

AUSLANDSINFORMATIONEN



America First, die Zweite

Wie die Welt mit Donald
Trumps Außenpolitik umgeht

AUSLANDSINFORMATIONEN

4 | 2025

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

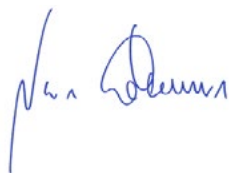
mit dieser Ausgabe der Auslandsinformationen endet eine Ära: Nach rund 200 Ausgaben und über zwei Jahrzehnten als Herausgeber verabschiedet sich Gerhard Wahlers zum Jahresbeginn 2026 in den wohlverdienten Ruhestand. Anlass genug, um auf eine beeindruckende Zeit wie eine prägende Persönlichkeit zurückzublicken.

In seiner Funktion als stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit hat Gerhard Wahlers maßgeblich dazu beigetragen, die internationalen Aktivitäten der Stiftung auszubauen und an die sich wandelnden geopolitischen Gegebenheiten anzupassen. Diese strategische Profilierung hat folgerichtig auch ihren Niederschlag gefunden in einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Auslandsinformationen. So wurde 2010 eine englischsprachige Ausgabe eingeführt, um die Inhalte einem internationalen Publikum zugänglich zu machen. 2016 erfolgte die Umstellung vom monatlichen auf einen vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus mit spezifischen Themenschwerpunkten, wodurch die Ausgaben an Tiefe und Profil gewinnen konnten. Ab 2017 wurde die digitale Präsenz der Publikation durch die Etablierung eigener Social-Media-Kanäle deutlich ausgebaut, die neue Zugänge zu unseren Zielgruppen eröffneten und die Sichtbarkeit der Inhalte erhöhten. Seit 2021 ergänzt ein deutschsprachiger Podcast das Angebot. Dieser wird seit 2025 von einem Podcast in englischer Sprache begleitet, der die internationale Reichweite weiter stärkt.

All dies belegt Gerhard Wahlers' Bereitschaft, die internationale Kommunikation der Stiftung an veränderte Rahmenbedingungen und Zielgruppenbedürfnisse anzupassen und dafür immer wieder neue Formate zu erproben. Heute sind die Auslandsinformationen eine Plattform, die weit über das klassische Printprodukt hinausreicht. Sie dienen als Schaufenster der Arbeit der mehr als 100 Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung und als Kanal, der in verschiedensten Formaten die internationale Stiftungsarbeit in ihrer ganzen thematischen und regionalen Vielfalt widerspiegelt.

Unter den vielen klugen Bemerkungen von Konrad Adenauer findet sich auch der schlichte Satz: „Der Mensch muß weiterstreben, ständig und unermüdlich“ – mit Blick auf das Wirken von Gerhard Wahlers lässt sich der Nachweis führen, dass er diesem Leitspruch in seiner Arbeit stets gerecht geworden ist. Sein Beitrag zur internationalen und medialen Profilbildung der Stiftung wird nicht nur in den Auslandsinformationen über seine aktive Zeit hinaus sichtbar bleiben.

Ihr



Prof. Dr. Norbert Lammert ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und Präsident des Deutschen Bundestages a.D.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten werden vom deutschen und europäischen Publikum seit Jahrzehnten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Sympathien und Abneigungen richteten sich häufig danach, welcher Kandidat den eigenen gesellschaftspolitischen und ideellen Präferenzen eher entsprach. Die Wahl im November 2024 aber war anders: Sie war die erste nach Russlands Überfall auf die Gesamtukraine, der uns Europäern die existenzielle Bedeutung der NATO-Sicherheitsgarantien und damit des Engagements der USA in Europa wieder klar vor Augen geführt hatte. Die bittere Erkenntnis: Die Wähler jenseits des Atlantiks entscheiden auch über unsere Sicherheit.

Ein gutes Jahr ist seit der Wahl vergangen und es mangelt hierzulande nicht an Analysen und Bewertungen der Außenpolitik des seit Januar erneut regierenden Präsidenten Donald Trump. „Isolationistisch“, „personalistisch“, „transaktional“, „unilateral“, „erratisch“ – all das sind Attribute, die in diesem Zusammenhang immer wieder die Runde machen. Der Fokus des Interesses liegt dabei verständlicherweise auf dem transatlantischen Verhältnis und der Frage, ob wir uns auf die Vereinigten Staaten als Wertepartner und Garanten unserer Sicherheit, insbesondere vor Moskau, noch verlassen können.

In dieser Ausgabe der Auslandsinformationen wollen wir den Blick auf andere Regionen ausweiten, stellen dabei aber bewusst Akteure in den Mittelpunkt, die sich – ähnlich wie Deutschland und Europa – als Verbündete der USA verstehen beziehungsweise aufgrund wirtschaftlich-finanzieller oder sicherheitspolitischer Abhängigkeiten ein besonderes Interesse an guten Beziehungen zu Washington haben. Wir schauen auf Kanada und Mexiko, die beiden unmittelbaren geografischen Nachbarn der USA, auf Israel und die Golf-Staaten, genau wie auf Taiwan und Vietnam – aber auch auf die afrikanischen Staaten und mögliche Folgen einer neuen US-Handelspolitik sowie auf die Weltgesundheitsorganisation, die nun ohne US-Zahlungen auskommen muss. Wie waren all diese Akteure von der Politik der neuen Trump-Regierung betroffen? Wie haben sie sich darauf eingestellt? Lassen sich bestimmte Muster erkennen und Schlussfolgerungen für uns in Deutschland und Europa ziehen?

Die Artikel zeichnen – jeder für sich, aber auch in der Gesamtschau – ein meist differenziertes und teils auch widersprüchliches Bild, das nicht recht zu den oft sehr pauschalen Einschätzungen passt, die die hiesige Debatte prägen. Schon die Ausgangslage war in den hier betrachteten Fällen durchaus unterschiedlich. Mexiko verband aufgrund der Erfahrungen aus Trumps erster Amtszeit mit seiner Rückkehr ins Weiße Haus eher Befürchtungen. Ähnlich ging es Kanada, das durch Wahlkampfaussagen Trumps (Kanada als „51. Bundesstaat“ der USA) aufgeschreckt war, wie Bernd Althusmann in seinem Beitrag zeigt. Israel und die Golf-Staaten dagegen hatten schon vor Trumps erneuter Wahl große Hoffnungen in ihn gesetzt. Beide Erwartungen haben sich nur bedingt erfüllt. Während in Ottawa und Mexiko-Stadt nach einem knappen Jahr Trump trotz einiger Reibungen der Eindruck vorherrscht, dass es deutlich schlimmer hätte kommen können, müssen die Entscheidungsträger in Israel und am Golf konstatieren, dass Donald Trump jedenfalls nicht der uneingeschränkte Verbündete ist, den manche von ihnen vor der Wahl in ihm sehen wollten. Aus Sicht der internationalen Gesundheitsinstitutionen wiederum ist es, wie Andrea Ostheimer in ihrem Artikel darlegt, wohl noch schlimmer gekommen als ohnehin befürchtet.

Auch die Eigenschaften, mit denen Trumps Außenpolitik oft beschrieben wird, erweisen sich vor dem Hintergrund der hier betrachteten Beispiele nicht in allen Fällen als zutreffend. „Isolationistisch“ beispielsweise ist die derzeitige US-Außenpolitik keineswegs durchgängig, wie insbesondere die Entwicklungen in Nahost verdeutlichen, wo die Trump-Administration beträchtliche diplomatische Ressourcen eingesetzt hat, um unter Einbeziehung der relevanten regionalen *player* zu einer Friedenslösung für den Gazastreifen zu kommen und jedenfalls aner kennenswerte Zwischenerfolge vorzuweisen hat – und wo dieselbe Regierung, im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen, sogar zu militärischen Schlägen gegen das iranische Atomprogramm bereit war.

Die Region Nahost zeigt zudem, dass das persönliche Element in Trumps Außenpolitik zwar eine überdurchschnittlich große Rolle spielen mag, jedoch nicht allein entscheidend ist. Israels Premier Netanjahu umschmeichelte den US-Präsidenten genauso wie die Golf-Monarchen – Letztere mit großzügigen Geschenken und Wirtschaftsdeals teils bis an den Rand der Korruption. Dies brachte zunächst auch Bilder der öffentlich zelebrierten Eintracht hervor. Bedingungslose Unterstützung aber konnte keine dieser Parteien dadurch gewinnen. Die USA konnten Israels Luftschläge in Katar nicht verhindern, was das Sicherheitsgefühl am Golf nachhaltig erschütterte, wie Philipp Dienstbier in seinem Beitrag herausstellt. Auf der anderen Seite, so Michael Rimmel in seinem Artikel, nötigte der „größte Freund, den Israel je im Weißen Haus hatte“, Benjamin Netanjahu ebendort vor laufenden Kameras zu einem Entschuldigungstelefonat mit dem katarischen Regierungschef.

Eine gemeinsame Erfahrung der in diesem Heft betrachteten Akteure ist, dass die neue US-Außenpolitik tatsächlich vor allem transaktional und unilateral geprägt ist. Unter Trump richten die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik kaum noch entlang von Werten, Institutionen oder Allianzen aus, sondern betrachten die jeweiligen Beziehungen sehr nüchtern als interessengeleitetes Geben und Nehmen – gern auch quer über die verschiedensten Politikfelder hinweg. Einige Länder haben sich hierauf eingestellt, besinnen sich auf das, was sie Trump geben können, und sind damit in manchen Fällen nicht schlecht gefahren. So analysiert Maximilian Strobel in seinem Beitrag, wie Mexiko demonstrativ mit dem eigenen Militär gegen illegale Migration nach Norden vorgeht, um die schlimmsten Zolldrohungen aus Washington abzuwenden. Am Ende aber scheinen weder gute persönliche Beziehungen noch die besten Deals sicher vor bösen Überraschungen zu schützen. Ob dies Ausdruck einer „erratischen“ Politik ist oder Teil einer Strategie, ist letztlich Spekulation. In jedem Fall bleibt Trumps Außenpolitik für Gegner und Verbündete der USA schwer vorhersehbar. Das gilt nicht zuletzt für uns Europäer angesichts der äußerst widersprüchlichen Signale, die bezüglich einer weiteren Unterstützung der Ukraine und der Abschreckung Russlands aus Washington kommen.

Was für Deutschland und Europa hieraus folgen sollte, ist ein außenpolitischer Dreiklang. Erstens sollten alle Bemühungen unternommen werden, weiterhin ein gutes, auch persönliches, Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und ihrem derzeitigen Präsidenten zu entwickeln beziehungsweise zu erhalten. Auch wenn dies keine Gewähr bietet, sind – so banal das klingt – gute persönliche Beziehungen zu Trump in jedem Fall besser als schlechte.


Zweitens müssen wir uns auf den transaktionalen Stil der aktuellen US-Regierung einlassen. Wenn für die USA unter Trump auch die transatlantischen Beziehungen hauptsächlich Geben und Nehmen bedeuten, sollte Europa möglichst viel in die Waagschale zu werfen haben. Dies können wir erreichen, indem wir unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und militärische Verteidigungsfähigkeit so schnell und so deutlich wie möglich stärken. Dass wir nicht auf dieselbe Weise agieren können und wollen wie die Golf-Staaten und Vietnam, die teilweise auf Trump und seine Familie persönlich zugeschnittene Wirtschaftsdeals anbieten, liegt auf der Hand. Handeln aber müssen wir, denn der transaktionale Ansatz der US-Regierung gilt auch dort, wo es um sicherheitspolitische Stabilität und wirtschaftliche Integration geht, wie gerade auch in Asien deutlich wird: Taiwan erlebt, so Marcin Jerzewski in seinem Artikel, wie Washington sicherheitspolitische Zusagen zunehmend an Eigenleistungen koppelt. Vietnam wiederum versucht mit pragmatischer Diplomatie, zwischen amerikanischen Erwartungen und chinesischem Einfluss zu navigieren, wie Lewe Paul in seinem Beitrag zeigt.

Drittens sind wir gut beraten, unsere wirtschaftlichen wie politischen Diversifizierungsbemühungen konsequent weiterzuverfolgen, um die Abhängigkeiten von den USA zumindest zu reduzieren. Anja Berretta, Chantelle Moyo und Jule Steinmann unterstreichen in ihrem Artikel, dass viele afrikanische Staaten angesichts der Unsicherheiten im Verhältnis zu Washington ihren Blick nach Peking richten. Dies ist für Europa keine Option. Es gibt aber von Lateinamerika über Afrika und den Nahen Osten bis nach Asien genug Staaten, die unser Interesse an einer stabilen und regelbasierten Weltordnung teilen und mit denen wir unsere Zusammenarbeit stärken sollten. Wenn es sich dabei um Demokratien wie Brasilien, Indien und Japan handelt, umso besser. Doch auch mit Ländern, die nicht unseren demokratischen Vorstellungen entsprechen, muss ein Interessensabgleich möglich sein.

Wir werden auch 2028 wieder gespannt über den Atlantik schauen, wenn der nächste US-Präsident gewählt wird, denn auf absehbare Zeit werden wir ohne die Vereinigten Staaten als Sicherheitspartner nicht auskommen. Auf jedes denkbare Ergebnis zumindest besser vorbereitet zu sein als beim letzten Mal, sollte in den kommenden Jahren aber weit oben auf unserer Prioritätenliste stehen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der *Auslandsinformationen (Ai)*, stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

8

Rückendeckung mit Nebenwirkungen
Israels Blick auf Trump 2.0

[Michael Rimmel](#)

18

Honeymoon und blaue Augen
Das erste Jahr der zweiten Trump-Regierung
aus Sicht der Golf-Staaten

[Philipp Dienstbier](#)

28

Die Trump-Flüsterin
Wie Mexikos Präsidentin mit der neuen
Politik der USA umgeht

[Maximilian Strobel](#)

40

Ellenbogen rauf, Ellenbogen runter
Die Beziehungen Kanadas zu den USA unter
Donald Trump

[Bernd Althusmann](#)

America First, die Zweite

Wie die Welt mit Donald Trumps
Außenpolitik umgeht



50

Balanceakt zwischen Nähe und Unabhängigkeit

Die Beziehungen zwischen Vietnam und den USA unter Trump 2.0

[Lewe Paul](#)

61

Rückkehr zur strategischen Ambiguität

Die Beziehungen der USA zu Taiwan unter Trump 2.0

[Marcin Jerzewski](#)

74

Vom Freihandel zu Zöllen

Trumps Protektionismus und seine Folgen für afrikanische Märkte

[Anja Berretta / Chantelle Moyo / Jule Steinmann](#)

84

Wenn alle Befürchtungen übertrumpft werden

Auswirkungen der US-Politik auf die globale Gesundheit

[Andrea Ellen Ostheimer](#)

Zentrum der Macht: Auf dem Schreibtisch im Oval Office werden nicht nur Executive Orders wie am Fließband unterzeichnet. Vor ihm versammeln sich auch Vertreter anderer Staaten, um die US-Außenpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Foto: © Newscom, AdMedia, Imago.

Rückendeckung mit Nebenwirkungen

Israels Blick auf Trump 2.0



Foto: © Anadolu Agency, Imago.

Auf einen Blick

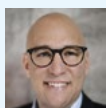
Donald Trumps zweite Amtszeit markiert eine Rückkehr zu einer klar israelfreundlichen, zugleich unilateralen Nahostpolitik. Von Beginn an setzte Trump deutliche Signale: Die Militärhilfe für Israel wurde ausgeweitet, Hilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde eingefroren. Mit Premierminister Netanjahu demonstrierte er enge politische Verbundenheit, was in Israel als strategischer Gewinn, international jedoch als destabilisierend wahrgenommen wurde.

Der sicherheitspolitische Schulterchluss zeigte sich besonders im gemeinsamen Vorgehen gegen den Iran und erreichte im Juni 2025 mit koordinierten Militärschlägen einen Höhepunkt, offenbarte jedoch Differenzen bei der Gazapolitik und multilateralen Prozessen.

Trump's zunehmend unilateral agierende Außenpolitik ließ Israel teils außen vor.

Zwar bleibt Israel zentraler Partner der USA, doch die strategische Entkopplung wächst. Trump's Fokus auf bilaterale Deals mit arabischen Staaten verdeutlicht den Vorrang US-amerikanischer Eigeninteressen.

Innerhalb Israels polarisiert Trump: Rechte Kräfte feiern ihn als historischen Verbündeten, während Zentristen und Linke seine Politik als eigennützig bewerten. Zugleich wächst die Sorge, Israels Abhängigkeit von einer parteipolitisch geprägten US-Unterstützung könne seine außenpolitische Handlungsfähigkeit langfristig schwächen.



Dr. Michael Rimmel ist Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hohe Erwartungen und realpolitische Signale

Mit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus im Januar 2025 waren in Israel hohe Erwartungen verbunden. Schon während des Wahlkampfs hatte Trump mehrfach betont, die strategische Partnerschaft mit Israel ausbauen zu wollen. In Jerusalem wurde dies als einmalige Chance begriffen, zur engagierten Nahostpolitik seiner ersten Amtszeit zurückzukehren – verglichen mit der in Israel als zurückhaltend bis kritisch wahrgenommenen Biden-Administration. Auf der Jahreskonferenz der Republican Jewish Coalition machte Trump während des Wahlkampfs große Versprechungen: „Ich werde mit Ihnen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Israel für Tausende von Jahren bei uns ist.“¹ Dabei bezog er klar Stellung zum Gazakrieg und kündigte Maßnahmen gegen Antisemitismus an US-Universitäten an.

Schon zu seinem Amtsantritt sendete Präsident Trump eine Vielzahl zunächst deutlicher Signale. Am 20. Januar 2025 unterzeichnete er die Executive Order 14169, die sämtliche US-Entwicklungshilfe für 90 Tage aussetzte – mit Ausnahme der Militärhilfe für Israel.² Am folgenden Tag verhängte er Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof und hob Sanktionen gegen gewalttätige israelische Siedler auf. Trump stellte sich damit demonstrativ gegen internationale Kritik an Israels Siedlungspolitik und Militäreinsätzen. Gleichzeitig froren die USA die finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde faktisch ein.

Rascher Washington-Besuch: Symbolik und Substanz

Am 4. Februar 2025 empfing Trump Premierminister Benjamin Netanjahu als ersten aus-

ländischen Gast seiner zweiten Amtszeit und setzte damit ein diplomatisches Zeichen. Das mehrstündige Treffen wurde als „Zeitenwende“ in den bilateralen Beziehungen gewertet. In der anschließenden Pressekonferenz betonte Trump die Unverbrüchlichkeit der bilateralen Beziehungen und Netanjahu revanchierte sich mit der Aussage: „Sie sind der größte Freund, den Israel je im Weißen Haus hatte.“³

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte Trumps Vorschlag zum Gazastreifen. In einer höchst umstrittenen Kombination aus wirtschaftlichem Entwicklungsplan und geopolitischem Paradigmenwechsel schlug er vor, die USA könnten den Gazastreifen „übernehmen“ und wieder aufbauen – mit dem Ziel, daraus „die Riviera des Nahen Ostens“ zu machen. Netanjahu lobte Trumps unkonventionelles Denken.

Auch die Schwächung des Iran wurde bereits hier als gemeinsames strategisches Anliegen betont. Netanjahu erklärte: „Sie [das iranische Regime] haben versucht, Sie zu töten, Herr Präsident – und sie haben versucht [...] mich zu töten. Wir sind beide entschlossen, die iranische Aggression in der Region zurückzudrängen und sicherzustellen, dass der Iran niemals eine Atomwaffe entwickelt.“⁴ Trump machte deutlich, dass die „maximale Druckkampagne“ gegen Teheran fortgesetzt oder verschärft werden würde. Zum Westjordanland äußerte sich Trump eher zurückhaltend. Auf die Frage möglicher US-Unterstützung für Annexionsszenarien bezog er keine eindeutige Position, zeigte aber, dass das Thema zunächst ergebnisoffen auf der US-Agenda stand.

Der sicherheitspolitische Schulterschluss zwischen den USA und Israel hat auch in finanzieller und operativer Hinsicht neue Intensität

erreicht. Verglichen mit der Biden-Administration fiel dabei nicht nur der Ton markanter aus, sondern auch die Praxis: Während die Unterstützung unter Präsident Biden von politischer Zurückhaltung, konditionaler Rüstungshilfe und menschenrechtlichen Erwägungen geprägt war, ist Trumps Ansatz kompromisslos, gelegentlich sogar bedingungslos – vor allem hinsichtlich des Iran –, aber als Ausdruck des zuweilen erratischen Politikstils Trumps auch durchaus unilateral.

Ein Vergleich der Rüstungshilfen unterstreicht den Paradigmenwechsel: Auch wenn die Biden-Administration in der Zeit zwischen dem 7. Oktober 2023 und Oktober 2024 rund 17,9 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe für Israel bereitstellte⁵ – darunter moderne Kampfflugzeuge, Artilleriesysteme und Präzisionsmunition –, war diese Hilfe teilweise an politische Bedingungen geknüpft. Lieferstopps, Bedarfsprüfungen und menschenrechtsbasierte Auflagen gehörten zu den Kriterien.

Demgegenüber hat die Trump-Administration innerhalb von zwei Monaten nach Amtsantritt Rüstungsgüter im Wert von mehr als 12 Milliarden US-Dollar genehmigt⁶ – worauf viele weitere folgten. Auflagen, Transparenzpflicht gegenüber dem Kongress, Berichtspflichten wurden weitestgehend umgangen oder gar ignoriert. Diese Linie ist eine klare und unmissverständliche Untermauerung von Trumps Nahostpolitik.⁷

Schon die ersten Wochen der zweiten Trump-Präsidentschaft zeigten eine konsequente Rückkehr zur israelzentrierten Nahostpolitik früherer Trump-Jahre. Der Präsident setzt weiterhin auf symbolische Stärke, politische Nähe zu Netanjahu und ein radikales Infragestellen bisheriger diplomatischer Standards. Für Jerusalem stellt dies eine massive politische Rückendeckung dar. Für viele andere Staaten birgt diese Konstellation ein zunehmendes Dilemma – hin- und hergerissen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Verbindung zu den USA und für manche auch mit Blick auf ihre Loyalität zu Israel einerseits, und der Sorge um eine wachsende regionale Instabilität andererseits.

Im sicherheitspolitischen Tagesgeschäft zeigen sich Risse in der Koordinierung zwischen Israel und den USA.

Gemeinsame Kriegsführung: Der Iran als Gradmesser

Der bisherige Höhepunkt der sicherheitspolitischen Koordination zwischen Washington und Jerusalem war der zwölf tägige Krieg mit dem Iran im Juni 2025. Nach gezielten israelischen Luftschlägen auf iranische Nuklearanlagen und Luftabwehrsysteme sowie Angriffen auf die militärische Führung des iranischen Regimes und leitende Nuklearforscher beteiligten sich die USA durch direkte militärische Schläge gegen die bestgeschützten iranischen Atomanlagen. Trump begrüßte die israelischen Angriffe als „ausgezeichnet“ und lobte die Zusammenarbeit: „Wir haben als Team zusammengearbeitet, wie vielleicht noch nie zuvor ein Team zusammengearbeitet hat.“⁸ Auch in Europa stieß das Vorgehen weitgehend auf Verständnis. Frankreich, Deutschland und Großbritannien riefen Iran und Israel zur Deeskalation auf, betonten aber gleichzeitig die Wichtigkeit „sicherzustellen, dass Iran niemals eine Nuklearwaffe erlangt, beziehungsweise erwirbt“.⁹

Trotz der engen Abstimmung im Israel-Iran-Krieg zeigen sich im sicherheitspolitischen Tagesgeschäft Risse in der Koordinierung zwischen Israel und den USA. In Gaza etwa begleitete die Trump-Regierung unter Vermittlung des US-Sondergesandten Steve Witkoff die Verhandlungen über eine Waffenruhe – ein Prozess, der formal mit Israel abgestimmt war, in der Praxis jedoch zunehmend unilateral geführt wurde. Der sogenannte Witkoff-Plan stieß in Teilen der israelischen Regierung auf Unmut:¹⁰ Man fühlte sich übergangen, etwa bei Zusagen an Ägypten oder beim Zuschnitt der Demilitarisierungszonen.

Im Westjordanland verfolgte Washington in den ersten Monaten nach der Amtseinführung eine noch eher distanzierte Politik: Israelische



Stunde des Triumphs: Donald Trump und Benjamin Netanjahu vor der Knesset am 13. Oktober 2025. Wenige Stunden zuvor hatte die Hamas die letzten lebenden Geiseln freigelassen. Foto: © ANI News, Imago.

Operationen werden weder offen unterstützt noch kritisiert – eine Form stiller Billigung, die Trump bereits in seiner ersten Amtszeit kultiviert hatte. In Bezug auf die anhaltenden Angriffe der Huthi im Roten Meer agierten die USA primär aus eigenem Interesse. Zwar erfolgten US-Schläge zunächst in Absprache mit Israel, doch betonte das Pentagon wiederholt die Eigenständigkeit US-amerikanischer Operationen. So erfolgte am Ende ein bilaterales Abkommen mit den Huthi ohne Berücksichtigung israelischer Sicherheitsinteressen. Diese partielle Entkopplung führte auf israelischer Seite zu Irritationen, auch wenn sie nicht öffentlich von der Regierung thematisiert wurden.

Auch diese Entwicklungen lassen erkennen, dass die Trump-Regierung außen- und sicherheitspolitisch zunehmend unilateral agiert. Obwohl sich in zentralen Fragen – etwa beim Iran – eine enge operative Zusammenarbeit mit Israel zeigt,

ist ein gemeinsamer Kurs in enger Abstimmung mit anderen Staaten im Sinne des multilateralen Konsenses der Vorjahre spürbar erodiert.

Strategische Entkopplung ohne neue Allianzen

Trotz der betonten Solidarität mit Israel zeichnet sich im Laufe der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps eine sukzessive strategische Entkopplung in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen ab. Was oft nach außen als Fortsetzung einer historischen Freundschaft inszeniert wird, ist bei genauerer Betrachtung ein asymmetrisches Verhältnis, das zunehmend durch Eigenlogik, Interessenpolitik und in mancher Hinsicht gelegentlich durch gegenseitige operative Exklusion geprägt ist. Die wachsenden Spannungen sind dabei nicht unbedingt das Resultat offener Brüche, sondern Ausdruck schleichender struktureller und innenpolitischer

Veränderungen innerhalb der USA, die zunehmend auch von radikalen Akteuren des einflussreicheren linken Flügels der Demokraten und auf der anderen Seite von exzentrischen Vertretern der MAGA-Bewegung geprägt werden – mit weitreichenden Implikationen für Israels regionale Stellung und die langfristige Ausrichtung US-amerikanischer Nahostpolitik.

Im Zentrum von Trumps Außenpolitik stehen bilaterale Deals mit arabischen Staaten zugunsten von US-Wirtschaft und Sicherheit.

Die Vereinigten Staaten unter Trump bleiben Israels wichtigster militärischer Partner. Doch in multilateralen Prozessen und regionalen Dialogformaten ist eine wachsende Differenz der USA zu israelischen Interessen erkennbar. Ein prägnantes Beispiel liefert Trumps erste Auslandsreise im Mai 2025, die ihn nach Saudi-Arabien, Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate führte – Israel ließ er bewusst außen vor. Der symbolische Gehalt dieser Entscheidung blieb in Jerusalem nicht unbeachtet. Die Nichtberücksichtigung Israels bei zentralen Gesprächen über die regionale Sicherheitsarchitektur ist weder ganz neu noch überraschend, verdeutlicht aber, dass unter Trump letztlich US-amerikanische Interessenpolitik im Vordergrund steht: Israel wird zwar weiterhin unterstützt, aber weder bedingungslos noch ausschließlich.

Der außenpolitische Kurs Trumps ist vom Grundprinzip getragen: „Make America Great Again!“ Im Zentrum stehen bilaterale Deals mit arabischen Staaten, die primär ökonomische und sicherheitspolitische Vorteile für die USA sichern sollen. Obgleich Trump sich immer wieder auf die Abraham-Abkommen zur diplomatischen Normalisierung zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten beziehungsweise Bahrain beruft und deren Erfolg für die regionale Sicherheit unterstreicht, ist das

israelisch-arabische Normalisierungsprojekt seit dem 7. Oktober 2023 ins Stocken geraten. Insbesondere Saudi-Arabien hat weitere Fortschritte an die Bedingungen geknüpft, dass der Krieg in Gaza zum Ende kommt und ein palästinensischer Staat auf der Agenda bleibt – ein Punkt, den nicht nur die aktuelle israelische Regierung vehement ablehnt, da Schritte in Richtung eines palästinensischen Staates zum jetzigen Zeitpunkt als „Erfolg“ der Terrororganisation Hamas betrachtet würden. In Riad versuchte Trump noch, Bewegung zu inszenieren. Parallel liefen Verhandlungen mit Syrien, Oman, Katar und sogar mit der Hamas und den Huthi, sehr oft ohne israelische Beteiligung oder Vorabinformation. Besonders brisant waren indirekte Gespräche mit der Hamas über eine Waffenruhe und Geiselfreilassungen im Rahmen des Witkoff-Plans unter US-Führung.

Während Netanjahu Trump Anfang Juli 2025 medienwirksam für den Friedensnobelpreis nominierte, nahm die Kritik innerhalb der US-Regierung an Israels Vorgehen deutlich zu: Hintergrund waren mit den USA nicht abgestimmte Luftschläge Israels in Syrien und die Eskalation der Militäroperationen im Gazastreifen, die aus Sicht mancher US-Repräsentanten diplomatische Prozesse torpedierten. Nicht nur sein Umfeld, sondern auch Trump selbst reagierte zuweilen gereizt. Im Falle des versehentlichen Beschusses einer Kirche in Gaza forderte er von Netanjahu persönlich eine Aufklärung und beklagte intern das eskalierende Verhalten. Solche Aussagen werfen ein Schlaglicht auf die wachsende Frustration in Washington gegenüber israelischen Alleingängen.

Gleichzeitig agiert die US-Regierung ebenfalls zunehmend unabhängig. Trump bleibt seinem pragmatischen Verständnis von Außenpolitik treu. Seine Entscheidungen dienen messbaren, oftmals kurzfristigen Interessen, die auch stark vom isolationistischen Flügel der MAGA-Bewegung beeinflusst werden. Dies betrifft beispielsweise die Beziehungen zu den Golf-Staaten, mit denen er umfassende Investitions- und Sicherheitsabkommen abschließt. Oder auch in Bezug auf den Iran, als die Trump-Administration

verdeckte Gespräche in Oman führte – mit dem Ziel einer temporären Deeskalation ohne vorherige israelische Einbindung. Die israelische Regierung, traditionell stark an der Eskalationskontrolle gegenüber Teheran interessiert, wurde dadurch vor vollendete Tatsachen gestellt – kein vollständiger Bruch, aber ein Zeichen schleichender Entkopplung in der oft betonten synchronisierten Entscheidungsfindung mit der Trump-Administration.

Das Verhältnis zwischen Trump und Netanjahu

Die persönliche Beziehung zwischen Trump und Netanjahu ist einer der ambivalentesten Faktoren in den aktuellen bilateralen Beziehungen. Sie bewegt sich zwischen politischer Instrumentalisierung und persönlicher Frustration. Die Dynamik zwischen beiden Regierungschefs ist nicht nur Ausdruck individueller Eitelkeiten, sondern hat konkrete Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis und politische Klima in beiden Staaten.

Bereits während Trumps erster Amtszeit (2017 bis 2021) galt das Verhältnis zu Netanjahu als außergewöhnlich eng. Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, der Rückzug aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran sowie die Unterstützung israelischer Positionen in multilateralen Foren waren politische Geschenke an den israelischen Premier, der Trump dafür regelmäßig öffentlich lobte. Doch die Ernüchterung folgte unmittelbar nach Trumps Abwahl. Im Interview mit dem israelischen Journalisten Barak Ravid äußerte sich Trump ungewöhnlich scharf über Netanjahu und beschimpfte ihn wegen seiner Gratulation an Joe Biden zur gewonnenen Wahl.¹¹

Mit Trumps Rückkehr ins Weiße Haus 2025 erfuhr die Beziehung eine neue Wendung. In der Phase wachsender Spannungen mit dem Iran, insbesondere im Kontext der koordinierten Militärschläge auf iranische Nuklearanlagen, inszenierte sich Trump erneut als enger Verbündeter Netanjahus. Er sprach von einer beispiellosen Zusammenarbeit und lobte sowohl die israelische Armee als auch Netanjahu persönlich. Dennoch bleibt die Beziehung nicht spannungsfrei.

Interne Aussagen aus dem Weißen Haus belegen die wachsende Irritation über Netanjahus unzureichend abgestimmte militärische Operationen nicht nur in Gaza oder Syrien, sondern zuletzt vor allem gegen die politische Hamas-Führung in Katar. Beschimpfungen aus dem Umfeld der Trump-Administration lassen erkennen, dass der israelische Premier zwar öffentlich gefeiert, intern jedoch zunehmend als Risiko wahrgenommen wird. Einige Beobachter werten die öffentlich ausgetragenen Differenzen als Teil einer strategischen Rollenverteilung zwischen Washington und Jerusalem. Ob das zutrifft, bleibt jedoch fraglich – zu offensichtlich sind die internen Spannungen und Israels zunehmend eigenmächtiges Vorgehen.

Einen besonderen Höhepunkt erreichten die persönlichen Beziehungen, als Trump sich im Juni 2025 in den israelischen Justizprozess gegen Netanjahu einmischte. In mehreren Beiträgen auf seiner Plattform Truth Social bezeichnete er das Verfahren als politische Verfolgung und forderte ein Ende des Prozesses.¹² Diese Äußerungen, die er in seiner Rede in der Knesset am 13. Oktober 2025 zur Vorstellung seines Friedensplans für die Region wiederholte,¹³ zeigen nicht nur Trumps Bereitschaft zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels, sondern auch seine Tendenz, politische Loyalität in bedingungslose persönliche Unterstützung zu übersetzen, wenn er das für seine Politik als nützlich erachtet – ungeachtet institutioneller oder juristischer Prinzipien.

Die zweite Amtszeit Donald Trumps stößt gesellschaftlich in Israel auf eine gespaltene, aber überwiegend wohlwollende Resonanz.

Die Beziehung zwischen Trump und Netanjahu bleibt in ihren Grundzügen konstant, ist aber auch von hoher politischer Volatilität geprägt. Die wechselseitige Instrumentalisierung ihrer



Wie viel wurde zerstört? Nach den gezielten US-Militärschlägen gegen die Nuklearanlagen in Fordo, Natanz und Isfahan bleibt unklar, wie erfolgreich die Angriffe waren. Das Satellitenfoto zeigt die iranische Atomanlage in Natanz vor den Angriffen. Foto: © ABACA Press, Imago.

Nähe – sei es zur politischen Selbstinszenierung, zur außenpolitischen Positionierung oder zur Delegitimierung von Kritik – zeigt Chancen, aber auch Risiken personalisierter Außenpolitik auf. Für die mittel- und langfristigen bilateralen Beziehungen birgt diese gegenwärtige Abhängigkeit von zwei politisch hochgradig polarisierenden Persönlichkeiten erhebliche Unsicherheiten.

Blick der israelischen Gesellschaft auf Trump

Die zweite Amtszeit Donald Trumps stößt auch gesellschaftlich in Israel auf eine gesplante, aber überwiegend wohlwollende Resonanz. Sowohl die Regierung und ihre Befürworter als auch einige Teile der Opposition und vor allem die Familien der israelischen Geiseln richteten ihre

Hoffnungen zur Lösung des Konflikts auf Trump. Obwohl die israelische Öffentlichkeit dabei Trumps zentrale Rolle bei der Lösung aktueller Krisen anerkennt, wächst das Bewusstsein für die Volatilität des US-Präsidenten und die strukturelle Unsicherheit durch die Abhängigkeit von Washington.

Umfragen zeichnen ein differenziertes, aber tendenziell positives Bild. Eine Erhebung des Israel Democracy Institute aus dem Januar 2025 zeigt, dass 74 Prozent der jüdischen und 64 Prozent der arabischen Israelis Trump eine entscheidende Rolle bei der im Januar erreichten Waffenruhe und dem Geisel-Gefangenaustausch zuschreiben.¹⁴ Daten des Pew Research Centers vom Juni 2025 bestätigen ein stabiles, teilweise wachsendes Ansehen der USA unter Trump: 83 Prozent



der Israelis äußerten eine positive Meinung von den Vereinigten Staaten, ein Anstieg von sechs Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings zeigen sich ideologische Brüche: Während 93 Prozent der rechtsgerichteten Israelis Trumps Nahostpolitik unterstützen, liegt die Zustimmung unter linksgerichteten Befragten bei nur 21 Prozent.¹⁵ Eine Umfrage des Institute for National Security Studies (INSS) aus demselben Zeitraum veranschaulicht die ambivalente Sichtweise auf Trump: 29 Prozent denken, dass er Israels Interessen in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik stellt. Die Mehrheit sieht seine Unterstützung als konditional und eigennützig. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die Trump für unberechenbar und unzuverlässig halten (18 Prozent, zuvor 23 Prozent).¹⁶

Demgegenüber ist der Blick der israelischen Bevölkerung auf Netanjahu deutlich durchwachsender. Nach der Freilassung der letzten lebenden Geiseln im Oktober 2025 hatten sich seine eigenen Zustimmungswerte und die seiner Partei Likud erheblich verbessert. Dennoch geben ihm viele weiter eine Mitverantwortung dafür, dass der Krieg so lange dauerte und die Geiseln nicht früher freikamen. Die Reihung ranghoher Besuche aus den USA nach der Ankündigung von Trumps Friedensplan für die Region, die manche Beobachter despektierlich als „Bibi-Sitting“ bezeichneten, zeigte die Skepsis auch der US-Administration gegenüber den politischen Absichten von Netanjahu.¹⁷

Repräsentanten der Siedlerbewegung begrüßten Trumps Wahlsieg im November 2024 euphorisch.

Die israelische Regierung und das (extrem) rechte Lager: Trump als historische Gelegenheit

Für die amtierende israelische Regierung unter Premierminister Netanjahu ist Donald Trump vor allem ein geopolitischer Ermöglicher. Seine

wiederholte Unterstützung in einer Reihe multilateraler Gremien, sein Widerstand gegenüber internationalen Ermittlungen gegen Israel und seine grundsätzliche Zustimmung für die Offensiven in Gaza, aber auch die Rücknahme von Sanktionen gegen radikale Siedler eröffnen politischen Spielraum – gerade vor dem Hintergrund einer zunehmenden internationalen Isolation Israels.

Repräsentanten der Siedlerbewegung begrüßten Trumps Wahlsieg im November 2024 euphorisch. Israel Ganz vom Yesha Council sprach von einer einmaligen Gelegenheit, um Souveränität im Westjordanland auszubauen.¹⁸ Shai Alon, Regionalratsvorsitzender einer Siedlung, verkündete „ein goldenes Zeitalter für die Siedlungen“¹⁹ und auch Sicherheitsminister Ben Gvir, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Otzma Yehudit, äußerte sich ähnlich in der Knesset. Trump bietet mit seiner Politik eine Rückendeckung für national-religiöse Agenden, was in Teilen der israelischen Rechten als Einladung zu weitreichenden territorialen und legislativen Maßnahmen interpretiert wurde – getragen nicht nur von ideologischen Gründen, sondern auch als Antwort auf die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch eine Reihe europäischer Länder. Die öffentlichkeitswirksame Absage Trumps an die Annexionspläne und auch sein Ende September in Anwesenheit von Netanjahu angekündigter Plan zur Befriedung der Region stießen nicht bei allen Mitgliedern der israelischen Regierung auf Begeisterung.

Zentristische und linksgerichtete Oppositionskräfte hingegen nehmen Trump differenzierter wahr. Oppositionsführer Yair Lapid betont in Interviews, dass Trump eindeutig pro-israelisch sei, aber zugleich ungeduldig, transaktional und nicht an Netanjahus innenpolitischen, umstrittenen Vorhaben interessiert. Für ihn sei das US-Israel-Bündnis zwar strategisch unverzichtbar, aber unter Netanjahu so schlecht wie nie.²⁰ Lapid kritisierte die fehlende Einbindung Israels in zentrale Entscheidungen der Trump-Administration: die Waffenruhe mit den Huthi oder die Verhandlungen mit dem Iran und Syrien – alles ohne enge Abstimmung mit Israel. In der Knesset warf er Netanjahu vor: „Du hast Trump verloren.“²¹

Besonders kritisch wurde in der Opposition auch Trumps Einmischung in Netanjahus laufenden Korruptionsprozess gesehen. Solche Spannungen verschärfen auch die innenpolitische Polarisierung Israels im Umgang mit den USA.

Strategische Selbstvergewisserung und internationale Abhängigkeit

Parallel zur politischen Auseinandersetzung diskutiert Israel über strategische Eigenständigkeit. Der wachsende Eindruck, dass die Trump-Regierung Entscheidungen über Israel hinwegtrifft – teils aus Kalkül, teils aus Unberechenbarkeit – führt zu Diskussionen, wie sich Israel künftig aufstellen soll. Das INSS weist in einem *policy paper* vom Januar 2025 auf die Gefahr hin, dass die Unterstützung der USA unter Trump zunehmend parteipolitisch kontaminiert sei. Israel riskiere, in den Vereinigten Staaten als „Republikaner-Angelegenheit“ wahrgenommen zu werden – ein Zustand, der die langfristige Tragfähigkeit der Allianz untergräbt, zumal auch in Teilen der MAGA-Bewegung die Unterstützung für Israel bröckelt.²² Diese Wahrnehmung wird von einer aktuellen Umfrage des Chicago Council on Global Affairs untermauert, wonach eine republikanische Mehrheit den Krieg Israels gegen Hamas zwar weiterhin unterstützt, eine wachsende Zahl von US-Amerikanern aber denkt, die Hilfe für Israel im Gazakrieg gehe zu weit.²³

Hinzu kommt, dass im Vergleich zur Wahrnehmung in Israel die internationale Einschätzung Trumps deutlich kritischer ist. In Deutschland etwa gaben Anfang März 2025 fast 80 Prozent der Befragten an, ihre Haltung zu Trump sei negativ – darunter 48 Prozent, bei denen sich das Bild seit seinem zweiten Amtsantritt sogar verschlechterte.²⁴ Auch solche Tendenzen verdeutlichen die wachsende Entfremdung zwischen Israel und Teilen Europas, die vor allem mit der scharfen Kritik vieler europäischer Staaten gegenüber Israel mit Blick auf die Kampfhandlungen im Gazastreifen nach den Terrorangriffen vom 7. Oktober 2023 verbunden ist.

Die Erkenntnis aus diesen Tendenzen mündet in Israel in unterschiedliche praktische Erwägungen:

Der Ausbau der eigenen Verteidigungsindustrie, stärkere Diversifizierung der diplomatischen Allianzen und verstärkte Zusammenarbeit auch mit europäischen Staaten bekommen mehr Aufmerksamkeit. So gibt es die Hoffnung, dass mit der Fortsetzung der Waffenruhe im Gazastreifen und einer weiteren Umsetzung des Trump-Plans eine Anpassung europäischer Betrachtung der israelischen Politik zumindest teilweise vorgenommen und somit der internationalen Isolierung Israels entgegengewirkt werden könnte.

Ausblick

Israel ist zu einer politischen Gratwanderung gezwungen – außen- wie auch innenpolitisch. Die enge Zusammenarbeit mit den USA unter Trump sichert kurzfristige militärische Handlungsfreiheit, ist aber politisch und strategisch nicht ohne Risiko. Die hohe Zustimmung für die Handlungen Trumps in Teilen der israelischen Bevölkerung darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Verhältnis zu den USA auf einem schmalen Grat zwischen politischer Zweckgemeinschaft und struktureller Abhängigkeit bewegt. In beiden Ländern ist der Ausgang dieser Entwicklungen aktuell noch ungewiss. Sollte sich die Lage im Nahen Osten trotz der großen Anstrengungen und des damit verbundenen Friedensplans von Trump nicht beruhigen und sich das politische Klima in Washington oder Jerusalem verschieben – was aufgrund der für nächstes Jahr vorgesehenen Wahlen zum US-Repräsentantenhaus und zur israelischen Knesset zumindest nicht ausgeschlossen ist –, könnte es sein, dass dieses Bündnis und seine gegenwärtige enge Ausprägung in vielerlei Hinsicht infrage gestellt werden.

Die Arbeit an diesem Beitrag wurde am 28. November 2025 abgeschlossen.

- 1 Magid, Jacob 2024: Vote for me or Israel will be annihilated, Trump says in pitch to Republican Jews, The Times of Israel (TOI), 06.09.2024, in: <https://ogy.de/fpnf> [23.09.2025].
- 2 Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration 2025: DCPD-202500136 - Executive Order 14169-Reevaluating and Realigning United States Foreign Aid, 20.01.2025, in: <https://ogy.de/0wiw> [23.09.2025].
- 3 TOI 2025: Trump, at press conference with Netanyahu, says US ‚will take over‘ Gaza, 06.02.2025, in: <https://ogy.de/xif4> [22.09.2025].
- 4 Ebd.
- 5 Knickmeyer, Ellen 2024: US spends a record \$17.9 billion on military aid to Israel since last Oct. 7, Associated Press (AP), 09.10.2024, in: <https://ogy.de/p22u> [22.09.2025].
- 6 Brunnstrom, David 2025: Rubio signs declaration to expedite delivery of \$4 billion in military aid to Israel, Reuters, 02.03.2025, in: <https://ogy.de/dxtg> [22.09.2025].
- 7 Zum Vergleich: Die Bundesregierung hatte seit dem 7. Oktober 2023 Rüstungsexporte im Wert von knapp 485 Millionen Euro genehmigt, Anfang August 2025 jedoch einen partiellen Exportstopp für Waffen verfügt, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Siehe hierzu: Boddenberg, Sophia 2025: Deutschland genehmigte Waffenexporte an Israel für 485 Millionen Euro, DIE ZEIT, 03.06.2025, in: <https://ogy.de/8xk8> [22.09.2025].
- 8 AP 2025: Transcript of Trump's speech on US strikes on Iran, Interview, 22.06.2025, in: <https://ogy.de/z9wi> [22.09.2025].
- 9 Auswärtiges Amt 2025: Gemeinsame Erklärung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs sowie der Hohen Vertreterin der EU zur Eskalation der Spannungen im Nahen Osten, 20.06.2025, in: <https://ogy.de/pp21> [22.09.2025].
- 10 Marcus, Imanuel 2025: Regierung prüft Vorschlag für Waffenruhe, Jüdische Allgemeine, 20.08.2025, in: <https://ogy.de/t2di> [25.10.2025].
- 11 TOI 2021: ‚F*ck him‘: Trump rages at Netanyahu, claims he saved Israel from destruction, 10.12.2021, in: <https://ogy.de/fxv9> [22.09.2025].
- 12 Shotter, James 2025: Donald Trump calls on Israel to cancel Benjamin Netanyahu's corruption trial, The Financial Times, 26.06.2025, in: <https://ogy.de/42I2> [22.09.2025].
- 13 Deutschlandfunk 2025: Trump ruft in Knesset-Rede zur Begnadigung Netanjahus auf, 15.10.2025, in: <https://ogy.de/1qwf> [25.10.2025].
- 14 Hermann, Tamar et al. 2025: Overwhelming Majority of Israelis Think President Trump Responsible for Ceasefire Deal; Think Trump will Pressure Netanyahu to Achieve Middle East Initiatives, The Israel Democracy Institute, 04.02.2025, in: <https://ogy.de/rp86> [22.09.2025].
- 15 AFP/TOI 2025: Poll finds Israelis high on Trump, while rest of world takes dim view of US leader, 12.06.2025, in: <https://ogy.de/pbjw> [22.09.2025].
- 16 Deitch, Mora et al. 2025: The Israeli Public and the Campaign Against Iran: Survey Results – June 2025, Institute for National Security Studies (INSS), 22.06.2025, in: <https://ogy.de/icql> [22.09.2025].
- 17 Wittenbrink, Franca 2025: Amerikaner beim Bibi-Sitting, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2025, in: <https://ogy.de/1p1e> [25.10.2025].
- 18 Sharon, Jeremy 2024: Two settlement leaders, Ben Gvir call to annex West Bank after Trump victory, TOI, 06.11.2024, in: <https://ogy.de/not9> [22.09.2025].
- 19 Ebd.
- 20 TOI 2025: Lapid: Pro-Israel Trump is ‚fed up‘ with Netanyahu, ‚wants results‘, cut hostage deal only for US citizen, 12.05.2025, in: <https://ogy.de/3oic> [22.09.2025].
- 21 Israel National News 2025: Lapid to Netanyahu: ‚You no longer understand America and lost Trump‘, 28.05.2025, in: <https://ogy.de/gbzi> [22.09.2025].
- 22 Hayman, Tamir / Rakocz, Boaz / Kurz, Anat (Hrsg.) 2025: The State of Israel's National Security. Doctrine and Policy Guidelines for 2025–2026, INSS, 01/2025, in: <https://ogy.de/hwgs> [22.09.2025].
- 23 El Baz, Lama / Smeltz, Dina 2025: Republicans Favor Trump Approach to Israel-Hamas War, The Chicago Council on Global Affairs, 18.09.2025, in: <https://ogy.de/3v24> [23.09.2025].
- 24 Statista 2025: Umfrage zur Haltung zu Donald Trump seit Amtsantritt in Deutschland 2025, 07.03.2025, in: <https://ogy.de/bt7s> [22.09.2025].

Honeymoon und blaue Augen

Das erste Jahr der zweiten Trump-Regierung aus Sicht der Golf-Staaten



Foto: © APImages, Imago.

Auf einen Blick

Donald Trump wurde von den Golf-Staaten zunächst als Hoffnungsträger für Frieden und wirtschaftliche Kooperation begrüßt. Persönliche Beziehungen zu regionalen Führern und privilegierte Wirtschaftsbeziehungen stärkten das Vertrauen in seine zweite Amtszeit. Die USA werteten die GCC-Staaten diplomatisch auf und ermöglichten ihnen Zugang zu KI-Technologie und Rüstungsgütern.

Doch militärische Eskalationen in Gaza, Jemen und Iran, insbesondere aber Israels Angriff in Katar, erschütterten das Sicherheitsgefühl in der Region und das Vertrauen in das Schutzversprechen der Vereinigten Staaten.

Strategische Differenzen wurden deutlich: Während Trump auf Konfrontation mit Iran und eine Ausweitung der Abraham-Abkommen setzte, verfolgten die Golf-Staaten eine Politik der Deeskalation gegenüber Teheran und verlangten Fortschritte in der Palästinen-erfrage.

Die Grenzen persönlicher Diplomatie wurden sichtbar. Trotz enger Beziehungen konnten die GCC-Staaten zentrale Entscheidungen kaum beeinflussen. Obwohl der Gaza-Deal den US-Golf-Beziehungen zuletzt wieder Aufschwung verlieh, könnte Europa aus der gemischten Bilanz Nutzen ziehen und die eigene Zusammenarbeit mit dem Golf strategisch vertiefen.



Philipp Dienstbier ist Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Amman.

Auf die Frage, welchem Kandidaten im US-Wahlkampf man eher den Sieg wünsche, antworteten Vertreter der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) – Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – im Herbst 2024 mit pflichtschulziger Neutralität: Man könne mit beiden Seiten, Demokraten wie Republikanern, gut zusammenarbeiten. Doch hinter den diplomatischen Klauseln verbarg sich eine klare Präferenz: Donald Trump.

Nachdem man sich schon mit Barack Obama aufgrund seiner Iran-Politik und seiner Kritik an der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen überworfen hatte, war auch das Verhältnis zu Joe Biden – der Saudi-Arabien im Wahlkampf wegen der Tötung des saudischen Regimekritikers Jamal Khashoggi zum „Pariastaat“ erklärte – trotz eines späteren Kurswechsels nie ganz aufgetaut.¹ Mit der demokratischen Kandidatin und Vizepräsidentin Kamala Harris befürchtete man eine ähnlich durchwachsene Beziehung.

Anders Donald Trump. In seiner ersten Amtszeit hatte dieser Saudi-Arabien und die VAE mit Verve umgarnt, seine erste Auslandsreise ins saudiarabische Riad durchgeführt, mit Kritik an Menschenrechts- oder Demokratiedefiziten gespart und sich stattdessen inmitten eines Sturms öffentlicher Entrüstung über die Khashoggi-Affäre² demonstrativ vor das Königreich gestellt. Zwar machten andere GCC-Länder eine zwiespältige Erfahrung mit Trump – Katar war zu dessen erster Amtszeit von seinen Nachbarstaaten blockiert und zunächst auch vom US-Präsidenten kritisiert worden. Erst später hatte Trump auf Betreiben seines Außenministers Rex Tillerson und seines Sicherheitsberaters Herbert R. McMaster eingelenkt. Doch insgesamt war die Bilanz positiv.

Vor allem Trumps Führungsstil traf auf Wohlwollen – im Gegensatz zu den formalistischen Beziehungen Obamas und Bidens kultivierte er ein persönliches Verhältnis zu Schlüsselfiguren wie Mohammed bin Salman, dem Kronprinzen Saudi-Arabiens, oder dem damaligen Thronfolger der VAE, Mohammed bin Zayed. Dies passte vortrefflich zum personalistischen Politikstil am Golf. Als selbsterklärter *deal maker* fügte sich Donald Trump zudem gut in die traditionelle Handschlagpolitik am Golf ein. Auch andere aus Trumps innerem Machtzirkel pflegten enge Beziehungen mit den GCC-Staaten. Vor allem sein Schwiegersohn und Berater Jared Kushner wurde zur treibenden Kraft hinter den Abraham-Abkommen – die Normalisierung der Beziehungen Israels mit den VAE und Bahrain war der außenpolitische Schlüsselerfolg aus Trumps erster Amtszeit.

„Friedensstifter“ Trump als Hoffnungsträger

Diese engen Kontakte rissen auch nach Trumps Wahlniederlage 2020 nicht ab und wurden noch während des US-Wahlkampfes 2024 schnell reaktiviert.³ Der ehemalige US-Präsident wiederum ging bereits vor seiner Wiederwahl ganz bewusst auf die Golf-Staaten zu – anders als Kamala Harris, welche die Region vollkommen ausklammerte.⁴ Im Oktober 2024 gewährte Donald Trump als einzigem internationalen Sender dem staatlichen TV-Kanal Saudi-Arabiens Al Arabiya ein Exklusivinterview. Darin drückte er nicht nur seinen Respekt für Mohammed bin Salman aus und nannte den Kronprinzen „einen Visionär“, sondern versprach auch, den Krieg im Gazastreifen umgehend nach seiner Wiederwahl zu beenden.⁵

Damit nahm der US-Präsident geschickt ein zentrales Anliegen der GCC-Länder in seine Agenda

auf. Am Golf erhoffte man nichts mehr als eine Stabilisierung der konfliktträchtigen Nachbarschaft. Besonders der nach dem Hamas-Terrorangriff vom 7. Oktober ausgebrochene Krieg im Gazastreifen nährte ihre Sorge, in eine weitere eskalierende Auseinandersetzung hineingezogen zu werden. Aus Sicht der Golf-Staaten war eine Beendigung der israelischen Militärkampagne in Gaza daher oberste Priorität, um die Region zu stabilisieren.

Trumps Versprechen aus seiner ersten Amtszeit, *forever wars* im Nahen Osten zu beenden, resonierte somit weiterhin am Golf. Von Biden, der vermeintlich nicht imstande war, den Krieg im Gazastreifen zu stoppen, zeigten sich Abu Dhabi, Riad oder Doha hingegen frustriert – und bezogen dies ebenfalls auf Vizepräsidentin Harris. Dass mit Trump ein weiterer dezidiert unterstützter Israels ins Weiße Haus einziehen könnte, wurde am Golf nicht als Nachteil, sondern als Stärke aufgefasst. Trump mit einer Mischung aus eigenwilligem Verhandlungsstil und unbedingtem Willen, Deals abzuschließen, sei der Einzige, der den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zur Beendigung des Krieges drängen könne, so ihre Denkweise.

Damit war Donald Trump unzweifelhaft der Lieblingskandidat der Herrscher am Golf. Nicht nur war er eine bekannte Größe, mit der man zurechtzukommen wusste. Allein ihm wurde eine Konfliktlösung im Nahen Osten zugehört. Und im Zweifel dachten die Golf-Staaten, könne man den Geschäftsmann Trump mit Investitionsversprechen – sowie auch *business deals* für ihn und seine Familie – auf die eigene Seite ziehen. Wenig überraschend erreichten Trump daher die ersten Glückwünsche in der Nacht seines Wahlsiegs vom Golf. Sein allererstes Telefonat als frisch vereidigter Präsident führte er im Januar 2025 mit niemand anderem als Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman.⁶

Ein Honeymoon am Golf

Zunächst schien es so, als würde Trump sämtliche in ihn gesetzten Hoffnungen der Golf-Staaten

erfüllen. Von Friedens- über Wirtschaftsabkommen lieferte die neue US-Regierung im Stakkato alles, was sich die GCC-Staaten von den Vereinigten Staaten gewünscht hatten.

Die Harmonie zwischen den Golf-Herrschern und dem US-Präsidenten machte sich besonders ökonomisch für die GCC-Staaten bezahlt.

Noch in der Übergangszeit handelte Steve Witkoff, der neue US-Nahostbeauftragte, der in Jared Kushners Fußstapfen getreten war, einen zweimonatigen Waffenstillstand in Gaza aus, der schon am Tag vor Trumps Amtsschwur in Kraft trat. Umgekehrt wertete die US-Regierung die Golf-Staaten als zentrale Mittler für Trumps weitere Friedensinitiativen auf. Nicht nur bei regionalen Verhandlungsformaten verließ sich Washington auf Katar und Oman als essenzielle Unterhändler. Auch Saudi-Arabien richtete gleich viermal Friedensgespräche mit russischen und ukrainischen Delegationen aus, für die Präsident Wolodymyr Selenskyj und Russlands Außenminister Sergei Lawrow ins Königreich reisten.

Besonders ökonomisch machte sich die Harmonie zwischen den Golf-Herrschern und dem US-Präsidenten für die GCC-Staaten bezahlt. Während der Rest der Welt mit schwindelerregenden Zöllen bestraft wurde, erhielten die Golf-Monarchien gerade einmal den Mindestsatz von zehn Prozent. Erdöl- und Erdgasprodukte blieben ohnehin vollkommen zollfrei – und diese machen den Löwenanteil der GCC-Exporte in die USA aus, selbst wenn das absolute Handelsvolumen des Golfs mit den Vereinigten Staaten vergleichsweise gering ist.⁷

Auch Trumps Staatsbesuch am Golf erwies sich als wirtschaftlich lukrativ. Nach 2017 führte er erneut seine erste große Auslandsreise in die Region durch – diesmal im Mai nach Saudi-Arabien, Katar





Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman begrüßt Präsident Donald Trump während des saudisch-amerikanischen Investitionsforums in Riad im Mai 2025. Foto: © UPI Photo, Imago.

und in die VAE. Bei Investmentkonferenzen und Staatsempfängen rangen die Golf-Staaten dem US-Präsidenten im Gegenzug für ihre Schmeicheleien, Geschenke sowie astronomische Investitionszusagen von insgesamt 2,2 Billionen US-Dollar das Versprechen ab, privilegierten Zugang zu hunderttausenden US-amerikanischen KI-Chips zu erhalten. Während andere Länder strikten Beschränkungen ausgesetzt sind, könnten die Golf-Staaten, die inmitten eines wirtschaftlichen Diversifizierungsprozesses weg von Öl und Gas stecken, ihre bislang kaum nennenswerten KI-Industrien künftig zu weltweiten Spitzensektoren ausbauen. Mit beinahe 200 Milliarden US-Dollar an Rüstungsexporten, die Trump auf seiner Reise unterschrieb, verkauften die USA zudem ungehemmt alles, was die GCC-Mitglieder für ihre Verteidigung verlangten. Die vollmundigen Versprechen der Golf-Staaten, Billionen in die US-Wirtschaft zu stecken, entpuppten sich jedoch bei näherem Hinsehen oft als das Gegenteil: milliardenschwere Investitionen von US-Unternehmen in die Länder am Golf.⁸

Nicht nur wirtschaftlich war Trumps Golf-Reise bemerkenswert, auch ihre außenpolitischen Erfolge konnten sich sehen lassen. Obwohl die neue US-Regierung nach dem Ende des Bürgerkriegs in Syrien dem neuen Machthaber Ahmed Al-Sharaa anfänglich skeptisch gegenüberstand, brachte Mohammed bin Salman, der seine Hoffnungen in Al-Sharaas Führungsriege und die stabilisierende Wirkung eines Wiederaufbaus des Nachbarlandes setzte, Donald Trump bei seinem Besuch in Riad zum Einlenken. Mit der Aufhebung ihrer Syrien-Sanktionen machten die USA den Weg frei für ein umfangreiches Engagement der Golf-Staaten beim syrischen Wiederaufbau, ganz nach deren regionalpolitischen Ambitionen.

Selbst bei kritischen Fragen vermochten es die GCC-Mitgliedstaaten also anscheinend, den oft eigensinnigen US-Präsidenten trotz Vorbehalten zu überzeugen und ihm Konzessionen abzurufen, die den Interessen der Golf-Staaten Rechnung trugen. Die Art und Weise, wie

Saudi-Arabiens Kronprinz, aber auch Mohammed bin Zayed, inzwischen Präsident der VAE, sowie Tamim bin Hamad, Emir von Katar, dafür persönliche Freundschaften zu Trump etabliert hatten, suchte weltweit ihresgleichen.

Nicht unbedenklich ist allerdings, dass die effektivste Strategie dabei nicht nur Lobhudeleien für den Präsidenten, sondern vor allem auch Investitionen der Golf-Staaten in Trumps Firmen und Umfeld waren. Mit insgesamt sieben Trump-Hotels, -Hochhäusern und -Golfclubs in vier Ländern waren die Golf-Staaten so gut im Geschäft mit dem Firmenimperium des Präsidenten wie kaum eine andere Weltregion.⁹ Zudem erhielten der Investmentfonds von Trumps KI-Beauftragtem David Sacks sowie eine von Trumps und Witkoffs Söhnen geführte Krypto-Firma Investitionen in Milliardenhöhe aus Abu Dhabi – während die Väter generöse Deals mit den Emiraten vorantrieben.¹⁰

Dass die Golf-Monarchien der Selbstbereicherung von Trump und seinem Umfeld ungeniert Vorschub leisten, ist kritikwürdig. Doch das enge persönliche wie geschäftliche Verhältnis zum US-amerikanischen Präsidenten verschaffte den Golf-Staaten in den ersten Monaten von Trumps zweiter Amtszeit offenkundig politische Handlungsspielräume, die anderen Staaten vorenthalten blieben.

Allmähliche Ernüchterung der Golf-Staaten

Allerdings riss dieses positive Momentum der US-Golf-Beziehungen bald wieder ab. Nicht nur Witkoffs Shuttle-Diplomatie zur Beilegung regionaler Krisen verlief schnell im Sande. Auch die Wirtschaftsdeals – der Höhepunkt von Trumps Staatsbesuch am Golf – wurden von einer Reihe geopolitischer Schockmomente infrage gestellt.

Als im Februar zunächst der Waffenstillstand im Gazastreifen, der zwischenzeitlich zur Beruhigung der GCC-Mitglieder beigetragen hatte, zu Bruch ging, wuchs bereits die Sorge der Golf-Staaten vor einer regionalen Destabilisierung – auch der Arabischen Halbinsel – wieder rapide an. Trotz der Hoffnungen, die man in Trump als *deal*

maker und Friedensstifter gesetzt hatte, konnte auch die neue Regierung in Washington die Eskalationsdynamik im Nahen Osten über das Frühjahr und den Sommer nicht weiter eingrenzen.

Schlimmer noch: Es waren nicht zuletzt die USA, die dafür sorgten, dass Krisen und Konflikte einen immer enger werdenden Kreis um die GCC-Staaten zogen. Erst hatten die USA plötzlich eine 52-tägige Militärkampagne gegen die Huthi-Miliz im südlichen Nachbarland Jemen begonnen. Die Golf-Staaten, zwar Gegner der Huthis, hatten jedoch seit 2022 einen fragilen *de facto* Waffenstillstand aufrechterhalten, um die Situation im Jemen ruhig zu halten. Dann im Juni 2025 war mit dem Zwölf-Tage-Krieg Israels gegen Iran der Konflikt endgültig vor der Haustür der Golf-Monarchien angekommen. Letztlich war es die Entscheidung Präsident Trumps, Israels Militärkampagne beizutreten und US-amerikanische Luftangriffe auf Irans Atomanlagen zu befehlen, die zum sicherheitspolitischen Wendepunkt führte.

Als Vergeltung für die US-Bombardierung schoss Iran am 23. Juni ballistische Raketen auf Katar, auf dessen Staatsgebiet mit der US-Militärbasis Al-Udeid der größte Stützpunkt der USA im Nahen Osten liegt. Damit war im kleinen Emirat ein geopolitisches Alptraumszenario der Golf-Staaten wahr geworden: Nach Jahren der Sorge davor, in den Sog regionaler Konflikte zu geraten, war schließlich ein Mitgliedstaat des GCC zum direkten Ziel geworden. Als Katar am 9. September bei einem Raketenangriff Israels auf die in Doha residierenden Hamas-Vertreter zum zweiten Mal ins Fadenkreuz geriet, war die letzte Illusion von Sicherheit erschüttert.

Nach den Angriffen auf Katar war das arabische Entsetzen über die USA hinter den Kulissen groß.

—

Nicht nur konnte Trump die Eskalation nicht abwenden, die Herrscher am Golf mussten sich

nun die unbequeme Frage stellen, ob seine Politik nicht sogar (in)direkt dazu beigetragen hatte, dass ein Golf-Staat in die Schusslinie geraten war. Dass nur Katar getroffen wurde, macht wenig Unterschied – das Alleinstellungsmerkmal der reichen Staaten am Golf bestand lange in ihrem kollektiven Sonderweg als sichere Häfen in einer fragilen Nachbarschaft, die Urlauber und Unternehmen, anstatt Raketen, anzogen. So vorteilhaft das privilegierte Verhältnis zu US-Präsident Trump wirtschaftlich auch sein mochte, so wenig wären die KI-Deals und Investitionsversprechen wert, wenn die Vereinigten Staaten den Status der Golf-Staaten als Hort der Stabilität nicht schützen oder sogar unterminieren würden.¹¹

Zwar dämpften die Golf-Staaten infolge des Doppelschlags auf Katar und eines hastig anberaumten arabisch-islamischen Gipfeltreffens ihre öffentliche Reaktion gegenüber den Vereinigten Staaten, um Trump nicht zu verärgern.¹² Doch hinter den Kulissen war das Entsetzen groß. Man hatte auf regionalen Frieden gehofft, stattdessen bekam man mit den Katar-Angriffen zwei blaue Augen verpasst. Wie hatte es trotz des engen Verhältnisses zwischen den zentralen Entscheidungsträgern in Washington und den Hauptstädten am Golf zu diesem Scheidepunkt kommen können?

Divergierende Visionen für die Region

Hinter dem Enthusiasmus, mit dem die Golf-Region einer zweiten Trump-Präsidentschaft entgegenfeuerte, standen bei genauer Betrachtung von Anfang an unterschiedliche strategische Prioritäten sowie Bedrohungsperzeptionen der Golf-Staaten und der Trump-Administration, die weit stärker auseinanderklafften als noch in Trumps erster Amtszeit. Dies zeigte sich an zwei zentralen Brennpunkten: Iran und Israel.

Donald Trumps Ansatz in der Region schien nahtlos an den letzten Tag seiner ersten Amtszeit anzuknüpfen. Im Anschluss an das damalige Kernstück seiner Nahost-Politik deklarierte er die Ausweitung der Abraham-Abkommen mit Israel auch zur Priorität seiner zweiten Präsidentschaft – vor allem im Hinblick auf eine Normalisierung

zwischen Saudi-Arabien und Israel. Darüber hinaus kündigte Trump an, die „Maximum Pressure“ getaufte Politik der Sanktionierung und Isolierung Irans, welche die Richtschnur seiner Außenpolitik gegenüber der Islamischen Republik von 2017 bis 2021 gewesen war, wieder aufleben zu lassen.¹³ Beide außenpolitischen Projekte waren damals auf Wohlwollen und Unterstützung wichtiger GCC-Mitglieder getroffen.

„Maximum Pressure“ gegen Iran war am Golf längst nicht mehr anschlussfähig.

Doch die Prioritäten der Golf-Staaten, insbesondere Riads, hatten sich in der Zwischenzeit verändert. Dass Saudi-Arabien und die Emirate jahrelang zum Ziel hunderter Raketen- und Drohnenangriffe der von Teheran unterstützten Huthi-Miliz wurden, die im Jahr 2019 kurzzeitig die Hälfte der saudi-arabischen Ölproduktion lahmlegten und Anfang 2022 in Abu Dhabi mehrere Menschen töteten, hatte ein Umdenken ausgelöst. Dass die USA aus Sicht der GCC-Länder den aus Teheran angeleiteten Angriffen jahrelang tatenlos zusahen, erodierte das Vertrauen in US-amerikanische Schutzzusagen und sorgte dafür, dass der Golf notgedrungen für eine Deeskalation mit der Islamischen Republik optierte.

Im Frühjahr 2023 nahm Saudi-Arabien seine ausgesetzten diplomatischen Beziehungen zum Erzrivalen Iran daher wieder auf. Obwohl die Détente-Politik Riads gegenüber Teheran oft kaum über Symbolpolitik hinausging, war der Austausch zwischen Iran und den Golf-Staaten bei Trumps erneutem Amtsantritt trotzdem enger als je zuvor in den vergangenen 20 Jahren.¹⁴ „Maximum Pressure“, die der US-Präsident zur neuen alten Maxime seiner Iran-Politik erhob, war am Golf längst nicht mehr anschlussfähig.¹⁵

Doch nicht nur im Hinblick auf Iran klafften die Ansätze in Washington und am Golf auseinander.

Nach Lesart der Golf-Staaten hatte Israel mit einem immer expansiveren Krieg gegen Iran und seine palästinensischen, jemenitischen und libanesischen Stellvertreter eine Eskalationsdynamik in der Region angeheizt, welche die Erfolge der von Saudi-Arabien angeführten Entspannungspolitik mit der Islamischen Republik gefährdete. Bei Amtsantritt von Trump Anfang 2025 dominierte anders als in dessen erster Präsidentschaft nicht mehr die Angst vor einem Ausgreifen Irans die strategische Sicht am Golf, sondern eine perzipierte Bedrohung der regionalen Stabilität durch Israels Kriegsführung.

Eine rasche Ausweitung der Abraham-Abkommen, wie sie sich der frisch gewählte US-Präsident wünschte, widersprach dieser Bedrohungswahrnehmung vollkommen. Ohne dass Normalisierungsbestrebungen mit Israel ganz vom Tisch waren, war deren Schwung dennoch längst zum Erliegen gekommen.¹⁶

Dass Saudi-Arabien diplomatische Beziehungen zu Israel ohne gleichzeitige Errichtung eines

Palästinenserstaates aufnehmen würde, wie es Bahrain und die VAE im Jahr 2020 getan hatten, wurde zudem immer unwahrscheinlicher – denn längst hatte sich auch die öffentliche Meinung im Königreich gedreht. So verlangte Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman spätestens seit Herbst 2024 auch öffentlichkeitswirksam eine glaubwürdige und unumkehrbare Perspektive für palästinensische Staatlichkeit als Vorbedingung für eine Beziehungsaufnahme mit Israel.¹⁷ Saudi-Arabiens Außenminister, Prinz Faisal bin Farhan, war sogar zur treibenden Kraft hinter einer internationalen „Allianz“ geworden, welche die Umsetzung der Zweistaatenlösung zu ihrem Kernanliegen erhob.¹⁸

Wunschdenken am Golf

Dass diese diametral unterschiedlichen Prioritäten nicht früher zum Vorschein traten, ist auch der Widersprüchlichkeit und Sprunghaftigkeit Trumps geschuldet. Seine janusköpfige Politik erlaubte den Golf-Staaten lange Zeit eine selektive Lesart der US-amerikanischen Interessen in



Demonstration der Geschlossenheit: Kurz nach dem israelischen Angriff am 9. September 2025 auf eine Hamas-Delegation in Doha fand ein arabisch-islamischer Sondergipfel statt. Die Teilnehmer verurteilten den Angriff aufs Schärfste und erklärten ihre uneingeschränkte Solidarität mit Katar. Foto: © Naushad, Imago.

der Region. Während der US-Präsident einerseits eine harte Linie gegenüber Iran proklamierte, sinnierte er andererseits darüber, einen neuen Atom-Deal mit der Islamischen Republik auszuhandeln. Sein Drängen auf eine rasche Ausweitung der Abraham-Abkommen schwächte Trump mitunter ab, indem er Saudi-Arabien „seine eigene Zeit“ dafür einräumte.¹⁹ Auch Trumps prinzipielle Unterstützung für Israels fortlaufende Gegenoffensive gegen die Hamas paarte der Präsident mit immer ungeduldigeren Forderungen nach einem Waffenstillstand im Gazastreifen.

Die Erwartungen an Trump als Friedensstifter blendeten aus, dass sein Mantra stets „Frieden durch Stärke“ war.

Daher konzentrierten sich die Golf-Staaten pragmatisch auf die Version des US-Präsidenten, welche besser zu ihren Interessen passte und auf ihre Entspannungspolitik einzahlte. Man redete sich ein, dass Trump mit seinen Allüren, den Friedensnobelpreis zu gewinnen, keine Konflikte wolle – auch nicht mit Iran –, sondern letztlich ebenso eine stabile Region anstrebe.²⁰ Nachdem der US-Präsident seine hastig begonnene Militärkampagne gegen die mit Iran verbündete Huthi-Miliz ebenso überstürzt wieder abbrach und stattdessen bei einem Washington-Besuch von Netanjahu Atomgespräche mit Teheran ankündigte, dachte man am Golf sogar, eine Kältephase zwischen Trump und dem israelischen Ministerpräsidenten auszumachen.

Doch der Blick von der Arabischen Halbinsel nach Washington hatte blinde Flecken. Die Erwartungen an Trump als Friedensstifter blendeten aus, dass sein Mantra stets „Frieden durch Stärke“ war. Als US-amerikanische B-2-Bomber plötzlich Bunkerbrecher über Iran abwarfen, war man am Golf verwundert, dass Trump – wenngleich widerwillig – Netanjahus Krieg beigetreten war. Mit anscheinend kurzem Gedächtnis vernachlässigte man außerdem, dass es schon einmal

Präsident Trump war, der 2019 beim iranischen Angriff auf Saudi-Arabien tatenlos zugesehen hatte. Dass er mit Israels Luftschlägen auf Katar eine weitere Attacke auf einen Golf-Staat – noch dazu von einem US-Verbündeten ausgeführt – nicht abwendete, stellte sicherheitspolitische Gewissheiten erneut infrage.

Mit Donald Trump mögen die Golf-Staaten einen Partner in Washington haben, mit dem sie schnell und einfach starke interpersonelle Beziehungen aufbauen konnten und der ihnen vielversprechende Wirtschaftsdeals bescherte. Doch beim Umgang mit den Regionalmächten Israel und Iran sind sich Washington, Riad oder Doha zutiefst uneins – mit Konsequenzen für die Sicherheit und Stabilität der Golf-Region. Dahinter steckt die Gretchenfrage für die Strategie der Golf-Staaten im Umgang mit den USA und Donald Trump: Sind persönliche Sympathien und freundschaftliche Rituale überhaupt sicherheitspolitisch belastbar?

Wankelmütige US-Politik als Gelegenheit für Europa

Die Bilanz nach dem ersten Jahr der zweiten Trump-Administration bleibt widersprüchlich. Nach einem euphorischen Start im Frühjahr und der Ernüchterung im Sommer könnte zum Jahresende eine neue Phase bevorstehen. Im Angesicht der Angriffe auf Katar rückten die Golf-Staaten zusammen und machten ihre Not zur Tugend, indem sie durch gemeinsame Verhandlungen mit Trump entscheidend dazu beitrugen, dass im Oktober der US-Präsident den israelischen Premierminister nicht nur zur öffentlichkeitswirksamen Entschuldigung an Katar, sondern auch zu einem Waffenstillstand und Geiseldeal mit der Hamas bewegte. Dies zeigt, dass die Gestaltungsmacht der Golf-Staaten trotz jüngster Rückschläge fortbesteht. Doch erneut erhielt diese einen Dämpfer, als der von Trump verkündete Gazaplan nach bilateralen Nachverhandlungen mit Netanjahu zentrale Forderungen der arabischen Staaten wieder ausklammerte oder abschwächte.²¹ Notgedrungen unterstützen die Golf-Staaten den Plan des US-Präsidenten trotzdem.

Ob sich das Blatt in den US-Golf-Beziehungen nun wieder zum besseren wendet, bleibt damit unklar. Die wankelmütige US-Politik versetzt die GCC-Staaten in ein strategisches Dilemma. Zwar sind sie verunsichert, ob das enge Verhältnis mit Trump den Golf wirklich verlässlich schützt. Doch gleichzeitig haben die Golf-Staaten alles auf eine Karte gesetzt – im Sicherheitsbereich sind sie so abhängig von den USA wie eh und je.

Alternativen sind rar. Auch punktuelle Rüstungseinkäufe aus China oder der Türkei sowie regionale Verteidigungsabkommen wie jüngst zwischen Pakistan und Saudi-Arabien ändern nichts daran, dass kein Staat der Erde dieselbe Tiefe und Breite an militärischem Abschreckungspotenzial zur Unterstützung der Golf-Staaten bieten kann wie die USA.²² Selbst die Volksrepublik China, welche gegenüber der Arabischen Halbinsel in Dschibuti ihre einzige Militärbasis im Ausland betreibt und aufgrund der Öl- und Gasimporte vom Golf dessen wichtigste Wirtschaftspartnerin ist, hat immer wieder gezeigt, dass sie nicht im Ansatz bereit ist, eine Rolle als Schutzmacht am Golf zu übernehmen²³. Nach den Angriffen auf Katar herrscht Katerstimmung am Golf – doch von den USA abwenden kann sich deshalb niemand.

Stattdessen werden die GCC-Länder versuchen, ihre Sicherheitspartnerschaft mit den USA wo möglich hieb- und stichfester zu machen. Wenige Wochen nach den Luftangriffen auf Doha erwirkte Katars Lobbyismus in Washington einen präsidentiellen Erlass Donald Trumps, der einen Angriff auf das Emirat als Bedrohung für die Sicherheit der USA deklariert und den Vereinigten Staaten auch militärische Gegenmaßnahmen vorbehält.²⁴ Zwar ist dies keine Artikel-5-Garantie, der Erlass formalisiert US-amerikanische Schutzzusagen an Katar jedoch weiter. Außerdem konnte das Emirat auch die Stationierung katarischer Kampfjets auf einem Militärstützpunkt in den Vereinigten Staaten aushandeln – ein bemerkenswerter Erfolg.²⁵ Auch Saudi-Arabien, das über die Jahre immer wieder eine NATO-ähnliche Sicherheitsallianz mit den USA eingehen wollte, sicherte sich letztlich während eines Washington-Besuchs von Mohammed

bin Salman im November den begehrten Status eines „major non-NATO ally“ der USA. Obwohl damit keine expliziten Sicherheitsgarantien einhergehen, verschafft der gleichzeitig verkündete Verkauf von amerikanischen F-35 Kampfjets an das Königreich Saudi-Arabien militärische Hochtechnologie, die im Nahen Osten bislang allein Israel vorbehalten war. Aus Mangel an Alternativen sucht der Golf also weiterhin sein Heil unter dem US-Schutzschirm.

Persönlicher Rapport mit Präsident Trump bedeutet nicht automatisch auch Einfluss auf US-Außen- und Sicherheitspolitik.

Dennoch: Der Umgang der Golf-Staaten mit den Vereinigten Staaten unter Präsident Trump dient inzwischen weniger zum Vorbild, als man noch im Frühjahr 2025 glauben mochte. Bei aller Begeisterung über ihren – auf gewisse Weise beachtlichen – Einfluss auf Trump müssen die Herrscher am Golf anerkennen, dass auch ihr Gewicht in Washington begrenzt ist. An zentralen Wendepunkten des ersten Trump-Jahres waren selbst die Golf-Staaten nicht mehr als Zaungäste.

Daraus ergeben sich auch Lehren für Europa: Persönlicher Rapport mit Präsident Trump bedeutet nicht automatisch auch Einfluss auf US-Außen- und Sicherheitspolitik. Und gegenüber den Golf-Staaten, mit denen sich Europa eine erweiterte Nachbarschaft teilt und die als zentrale Gestaltungsakteure im Nahen Osten immer wichtiger auch für Deutschlands Außenpolitik werden, könnte die Zeit reif sein, ein Alternativangebot zu machen. Eine Partnerschaft mit Europa, das zwar langsam agiert, sich aber an seine Versprechen hält und institutionelle Verlässlichkeit bietet, mag kein Ersatz für die US-Partnerschaft sein, aber den Golf-Staaten heute vielleicht attraktiver erscheinen als angenommen.

Dafür muss sich Europas Umgang mit dem Golf aber deutlich ändern: Die GCC-Mitglieder wollen weder 35 Jahre über ein Freihandelsabkommen mit der EU verhandeln noch im bürokratischen Dickicht von Brüssel den zuständigen Ansprechpartner suchen. Deutschland und Europa könnten von dem rasanten Tempo der Wirtschaftsreformen am Golf besser profitieren, wenn sie ihren ökonomischen Austausch mit dem Golf stärker vertiefen sowie rascher Investitions- und Innovationspartnerschaften schmieden. Dazu müssten sie das Beste von Trumps Golf-Politik übernehmen: schnell voranschreiten und die Partnerschaft zur Chefsache machen. Das für 2026 geplante EU-GCC-Gipfeltreffen in Saudi-Arabien ist dafür eine gute Gelegenheit.

-
- 1 Sanger, David E. 2021: Candidate Biden Called Saudi Arabia a ‚Pariah.‘ He Now Has to Deal With It., The New York Times, 26.02.2021, in: <https://tinyurl.com/2mrfc2pd> [02.10.2025].
 - 2 Jamal Khashoggi war ein saudi-arabischer Journalist und Regimekritiker, der am 2. Oktober 2018 im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul getötet wurde – ein Vorfall, der weltweit Empörung auslöste und Saudi-Arabien international stark unter Druck setzte.
 - 3 Kirkpatrick, David D. / Kelly, Kate 2022: Before Giving Billions to Jared Kushner, Saudi Investment Fund Had Big Doubts, The New York Times, 10.04.2022, in: <https://tinyurl.com/2f4m4bj2> [02.10.2025]; Lipton, Eric 2024: Kushner’s Fund Has Reaped Millions in Fees, but So Far Returned No Profits, The New York Times, 25.09.2024, in: <https://tinyurl.com/ytcfm4n7> [02.10.2025].
 - 4 Bloomberg Businessweek 2024: The Donald Trump Interview Transcript, Interview, Bloomberg, 16.07.2024, in: <https://tinyurl.com/bdzysx3h> [02.10.2025].
 - 5 Al Arabiya Network 2024: Trump says Middle East peace possible if elected, plans to expand Abraham Accords, 21.10.2024, in: <https://tinyurl.com/y77784uz> [02.10.2025].
 - 6 Meyer, Josh 2025: ‚A fantastic guy:‘ Trump again welcomes Saudi Arabia’s leader. Is that a problem?, USA Today, 25.01.2025, <https://tinyurl.com/mvj83wf2> [02.10.2025].
 - 7 Harvard University Kennedy School: The Atlas of Economic Complexity, in: <https://tinyurl.com/mr56s2z2> [02.10.2025].
 - 8 Dienstbier, Philipp 2025: Scheckbücher und Schmeicheleien. Was Europa von Trumps Auslandsreise an den Golf lernen kann, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 19.05.2025, in: <https://tinyurl.com/2s3ba6r8> [02.10.2025].
 - 9 Mills, Andrew / Maccioni, Federico 2025: Exclusive: Trump’s first real estate project in Qatar to be announced by Qatari Diar, Dar Global, Reuters, 29.04.2025, in: <https://tinyurl.com/2e57ancs> [02.10.2025]; Nereim, Vivian / Lipton, Eric 2025: New Mideast Project Is Latest Trump Company Deal Tied to a Foreign Government, The New York Times, 30.04.2025, in: <https://tinyurl.com/3t2mbc4n> [02.10.2025]; Fattah, Zainab 2025: Trump Firm Expands in Saudi Arabia With \$1 Billion Project, Bloomberg, 29.09.2025, in: <https://tinyurl.com/wmtd68r4> [02.10.2025].
 - 10 Lipton, Eric et al. 2025: Anatomy of Two Giant Deals: The U.A.E. Got Chips. The Trump Team Got Crypto Riches, The New York Times, 15.09.2025, in: <https://tinyurl.com/jt3fht4j> [02.10.2025].
 - 11 Said, Summer / Abdel-Baqui, Omar 2025: America’s Arab Gulf Partners Grapple With War on Their Doorstep, The Wall Street Journal, 21.06.2025, in: <https://tinyurl.com/m4rery8> [02.10.2025].
 - 12 England, Andrew / Cornish, Cloe / Al Omran, Ahmed 2025: Qatar calls for ‚concrete steps‘ against Israel after missile strikes, Financial Times, 15.09.2025, in: <https://tinyurl.com/mad78jnc> [02.10.2025].
 - 13 The Economist 2024: Get ready for ‚Maximum Pressure 2.0‘ on Iran, 19.11.2024, in: <https://tinyurl.com/bdefab55> [02.10.2025].
 - 14 Taub, Amanda 2024: Trump Will Encounter a Very Different Middle East in His Second Term, The New York Times, 15.11.2024, in: <https://tinyurl.com/5n8jhpc7> [02.10.2025].
 - 15 Lynch, Marc 2025: What Does Trump Want in the Middle East?, Foreign Affairs, 12.05.2025, in: <https://tinyurl.com/49whnfsk> [02.10.2025].
 - 16 Abrams, Elliott 2025: A Paradigm Shift for the Middle East, Foreign Affairs, 07.02.2025, in: <https://tinyurl.com/5yv6avpt> [02.10.2025].
 - 17 Naar, Ismaeel / Rasgon, Adam 2024: Saudi Crown Prince Says No to Israel Ties Without Palestinian State, The New York Times, 19.09.2024, in: <https://tinyurl.com/48mb46nb> [02.10.2025].
 - 18 Al Saud, Faisal bin Farhan 2024: Saudi foreign minister: A two-state solution is more urgent than ever, Financial Times, 02.10.2024, in: <https://tinyurl.com/y2n4uw5r> [02.10.2025].
 - 19 Magid, Jacob 2025: Visiting Riyadh, Trump tells Saudi Arabia: You’ll join Abraham Accords in your own time, The Times of Israel, 13.05.2025, in: <https://tinyurl.com/2t5wpwv9> [02.10.2025].
 - 20 Alhasan, Hasan T. / Hokayem, Emile 2025: The Middle East’s New Intermediaries, Foreign Affairs, 04.08.2025, in: <https://tinyurl.com/yzvpnw8r> [02.10.2025].
 - 21 Said, Summer / Peled, Anat / Ward, Alexander 2025: How a Missile Strike Unlocked a Deal for Peace in Gaza, The Wall Street Journal, 04.10.2025, in: <https://tinyurl.com/4k4swcds> [30.10.2025].
 - 22 Srivastava, Mehul / Jilani, Humza 2025: Petrodollars and the ‚Islamic bomb‘: how a Saudi-Pakistan pact was forged, Financial Times, 18.09.2025, in: <https://tinyurl.com/yuw53js8> [02.10.2025].
 - 23 Kine, Phelim 2023: Beijing shrugs at U.S. call for help protecting Red Sea shipping, Politico, 21.12.2023, in: <https://tinyurl.com/48sdy556> [02.10.2025].
 - 24 The White House 2025: Assuring the Security of the State of Qatar, 29.09.2025, in: <https://tinyurl.com/yus6c2r2> [02.10.2025].
 - 25 Chávez, Steff 2025: Qatar to build fighter jet facility at US base in Idaho, Financial Times, 10.10.2025, in: <https://tinyurl.com/2h6yemm7> [30.10.2025].

Die Trump-Flüsterin

Wie Mexikos Präsidentin mit der neuen Politik der USA umgeht

Foto: © Eyepix Group, Imago.



Auf einen Blick

Donald Trumps zweite Amtszeit stellt Mexiko erneut vor große Herausforderungen. Wirtschaftlicher Druck und sicherheitspolitische Drohungen zwingen die mexikanische Regierung in einen Balanceakt zwischen nationaler Souveränität und ökonomischer Abhängigkeit. Präsidentin Claudia Sheinbaum reagiert darauf mit ruhiger Diplomatie, indem sie Provokationen vermeidet und pragmatisch auf Kooperation setzt, wo dies Mexikos Interessen dient.

Trotz der asymmetrischen Machtverhältnisse bewahrt Mexiko eine stabile Verhandlungsposition. Die enge wirtschaftliche Verflechtung beider Länder und Mexikos Schlüsselrolle in Fragen von Migration und

Drogenbekämpfung geben Sheinbaum Handlungsspielraum. Ihr Ansatz, Konflikte durch kontrolliertes Entgegenkommen zu entschärfen, hat größere Konfrontationen bisher verhindert.

Die rote Linie ist für Mexiko die Souveränität und territoriale Integrität des Landes. Äußerungen von US-Seite, die diese infrage stellen, werden von Sheinbaum auch öffentlich zurückgewiesen.

Präsident Trumps Außenpolitik bleibt durch die Verbindung von Handels-, Sicherheits- und Migrationsfragen geprägt. Gleichzeitig erkennt seine Regierung die strategische Bedeutung Mexikos an.



Maximilian Strobel ist Referent in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zuvor war er zwei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Mexiko.

Das System Trump ist ein täglicher Stresstest – für die US-amerikanische Demokratie, die Partnerländer der USA und für die erodierende regelbasierte Ordnung ohnehin. Mexiko ist davon in besonderem Maße betroffen. Der neben Kanada einzige direkte Nachbar der USA ist seit Tag eins im politischen Leben Donald Trumps dessen präferierte Zielscheibe. Allerdings, oder gerade deswegen, ist Mexiko vielen anderen Regierungen in Trumps zweiter Amtszeit weit voraus. Man hatte vier Jahre Zeit, sich vorzubereiten, und nicht, wie die meisten europäischen Länder, Augen und Ohren vor der gefürchteten Möglichkeit seiner Rückkehr verschlossen.

Diese Rückkehr hat für Mexiko bis dato in erster Linie viel Stress bedeutet, viele Wendungen und Drohungen. Sei es hinsichtlich der Strafzölle oder einer öffentlich erwogenen militärischen Intervention zur Bekämpfung der Drogenkartelle. Die tatsächlichen Auswirkungen sind jedoch – ähnlich wie zu seiner ersten Amtszeit – weniger schlimm als befürchtet. Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum hatte nach ihrem Amtsantritt im Herbst 2024 nur knapp vier Monate, um sich auf Trump einzustellen. Sie verfolgt einen sachorientierten, nüchternen Kurs im Umgang mit dem US-Präsidenten, vermeidet öffentliche Konfrontation und betont zugleich konsequent die nationale Souveränität Mexikos sowie den Anspruch, bilaterale Beziehungen auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten zu führen.

Mexiko kann sicherlich nicht als Verlierer der „Trumpischen Abrissbirne“ gelten, auch wenn die Grenze zwischen Freund und Feind erfahrungsgemäß hauchdünn verläuft. Trump und seine Berater wissen nur zu gut um die strategische Bedeutung des Landes – insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht.¹ Einen offenen Handelskrieg mit den Freihandelspartnern Kanada und

Mexiko können sie sich schlicht nicht erlauben. Zu interdependent sind die Wertschöpfungsketten Nordamerikas, zu nervös die Finanzmärkte, zu groß der Einfluss der Automobilhersteller, deren Produktionsstätten in Mexiko essenziell für die US-amerikanische Volkswirtschaft sind. Darüber hinaus halten die Mexikaner zu vielen politischen Prioritäten Trumps den Schlüssel in den eigenen Händen – speziell hinsichtlich Migration und Drogenkriminalität. Dessen ist man sich in Mexiko-Stadt bewusst und daraus ergibt sich ein gewisser Verhandlungsspielraum. Trumps Nervenkostüm darf dennoch niemals unterschätzt werden. In seiner Impulsivität schadet er im Zweifelsfall auch dem eigenen Land und US-amerikanischen Interessen, wenn anderswo noch größerer Schaden anzurichten ist.

Mexikos Interessen in der asymmetrischen Beziehung sind klar definiert: Die Zugänge zum US-Markt im Rahmen des Freihandelsabkommens USMCA² müssen durch die Vermeidung von wirtschaftlichen Sanktionen und Zöllen gesichert, die politische Souveränität des Landes dabei gewahrt bleiben. Der eigene Handlungsspielraum ist beschränkt. Man tut gut daran, sich pragmatisch und defensiv zu geben, aber niemals unterwürfig zu agieren. Die Betonung von gemeinsamen Interessen und das gelegentlich geäußerte Verständnis für US-Positionen runden einen alles in allem deeskalierenden Ansatz ab. Unter der Führung von Sheinbaum hat Mexiko noch besser gelernt, mit Trump zu leben. Aktiv zu gestalten, vermag man jedoch kaum.

Ungleiche Nachbarn

Die Beziehungen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sind geprägt von einer historischen Rivalität, generationenübergreifenden

familiären Verbindungen, nationalen Traumata, vor allem aber von gravierenden Entwicklungsunterschieden und Abhängigkeiten. Kurzum: Sie könnten komplizierter und vielschichtiger kaum sein. Beide Länder teilen eine 3.145 Kilometer lange Grenze. Sie ist eine der gefährlichsten der Welt, die Grenzregion aber gleichzeitig eine der produktivsten weltweit.

Als das NAFTA-Abkommen³ 1994 in Kraft trat, wurde Nordamerika formell in eine Freihandelszone verwandelt. Dies verstärkte die industrielle Abwanderung aus den USA, die Politiker wie insbesondere Trump später nutzten, um Stimmung wahlweise gegen Globalisierung, mexikanische Einwanderer oder abgewanderte Industrien zu machen. Restrukturierungen kosteten Hunderttausende Jobs in den alten Industrieregionen des Nordens (*rust belt*), wovon wiederum viele aufgrund günstiger Produktions- und Lohnkosten in Mexiko angesiedelt wurden.

Mexiko verdankte dem Freihandelsabkommen große Industrialisierungsfortschritte und später die Integration in globale Handelsströme, allerdings verbunden mit gravierenden internen Entwicklungsunterschieden. Während der Norden Mexikos eng mit dem angrenzenden Nachbarn verwoben und industriell wie infrastrukturell stark entwickelt ist, finden sich im Süden sozio-ökonomische Begebenheiten, die man so nicht in einem OECD-Land vermuten würde. Darüber hinaus ist Mexiko Mitglied der G20 mit der erklärten Ambition, perspektivisch zu den zehn größten Volkswirtschaften weltweit aufzuschließen.⁴

Die Handelsbeziehungen zwischen Mexiko und den USA sind stark ausgeprägt, ihre Volkswirtschaften in einigen Industriezweigen interdependent. Beide Länder sind für das jeweils andere Land der wichtigste Handelspartner: 2024 kamen 16 Prozent der US-Importe aus Mexiko, das damit noch vor China und Kanada lag.⁵ Umgekehrt gingen mehr als 80 Prozent aller mexikanischen Exporte in die Vereinigten Staaten.⁶ Die mexikanische Wirtschaft ist also stark abhängig von den USA, wobei die US-Wirtschaft ebenso auf Mexiko als Produktionsstandort (Autobauer) oder Vorproduzenten (Kabel, Chemie, Metall,

Elektronik) angewiesen ist. Man schätzt, dass fünf Millionen US-Arbeitsplätze vom Handel mit Mexiko abhängen.⁷

Soziokulturelle Überschneidungen und ihre politischen Implikationen sind ähnlich relevant, da rund 38 Millionen US-Amerikaner⁸ (mehr als 11 Prozent der Bevölkerung) mexikanische Wurzeln haben. Darüber hinaus schätzt man, dass sich, je nach politischer und konjunktureller Lage, vier Millionen Mexikaner⁹ ohne Dokumente in den USA aufhalten und wichtige, wenn auch unterbezahlte, Lohnarbeit auf Baustellen, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor übernehmen.

Die mexikanischen Emigranten sind für den US-amerikanischen Staat und seine Gesellschaft von herausragender Bedeutung.

Dieses demografische Gewicht bedeutet längst politisch-elektoralen Einfluss, vor allem im Südwesten. Auch in einigen *swing states* sind die *Mexican Americans* zunehmend wahlentscheidend. Ihre Anliegen werden analog dazu relevanter in Debatten und ihre politische Repräsentation im Kongress und den Landesparlamenten kontinuierlich größer.

Die mexikanischen Emigranten sind also für den US-amerikanischen Staat und seine Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Aber auch für ihr Heimatland sind sie – nicht zuletzt wirtschaftlich – relevant: Vergangenes Jahr kamen laut offiziellen Angaben etwa 64,7 Milliarden US-Dollar in Form von Rücküberweisungen (*remesas*) zurück nach Mexiko – dies entspricht 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mehr als 95 Prozent der *remesas* kommen aus den USA.¹⁰ Dieses Geld kommt direkt Familien in strukturschwachen Regionen zugute und ist somit ein stabilisierender Faktor bei der Armutsbekämpfung. Schon kleine Abweichungen, verursacht



etwa durch eine restriktive Migrationspolitik, haben signifikante sozioökonomische Auswirkungen innerhalb Mexikos.

Donald Trump und Mexiko – eine ganz eigene Beziehung

Der Politiker Trump ist ohne Mexiko kaum zu denken. Zu der Ergründung seines politischen Erfolgs und der Betrachtung des globalen Phänomens, das er entfesselte und personifiziert, ist Mexiko fundamental – sein Wahlsieg 2016 gründete nicht nur im übertragenen Sinne „auf“ dem südlichen Nachbarn und seinen Menschen. Mexiko war für Trump ursprünglich ein Symbol für alles, was in den Vereinigten Staaten falsch lief. Die dynamische Globalisierung seit den 1980er-Jahren machte die USA in der Spitze zwar immer reicher, die Mittelschicht, den Kern

der US-amerikanischen Gesellschaft also, aber relativ gesehen ärmer.¹¹ Industrien wanderten ab und Migranten aus Lateinamerika ein. Dass die Industrie dank NAFTA häufig gen Mexiko abwanderte, verstärkte das Gefühl, dass die USA zum Vorteil anderer Länder verarmten.

Mexikaner waren in Trumps Reden immer wieder Referenzpunkt, stellvertretend für alle Migranten, für Gewalt, Drogenkonsum und Verfall.

Es mögen in diesem Zusammenhang viele soziologische, psychologische und ökonomische



Staus auf beiden Seiten der Zaragoza International Bridge in El Paso, Texas. Mexiko und die USA teilen sich eine 3.145 Kilometer lange Grenze. Sie ist eine der gefährlichsten, dennoch zählt die Grenzregion zu den wirtschaftlich produktivsten weltweit. Foto: © Imagn Images, Imago.

Faktoren eine Rolle gespielt haben; der stetig steigende Anteil der Hispanics¹² im Land und deren steigender Lebensstandard im Angesicht des relativ wie absolut fallenden Wohlstands der weißen Mittelschicht sind jedoch der ideale Nährboden für Trumps Rhetorik. Die „Zumutung“ eines schwarzen Präsidenten rundete das Bild für viele Wähler ab. Durch seine impulsive Rhetorik, sein Gebaren als volksnaher Vertreter des echten „Amerikas“, der die abgehobene Elite in Washington auf den Boden der Tatsachen zurückholen würde, wurde Trump für immer mehr Bürger politisch attraktiv. Mexikaner waren in seinen Reden immer wieder Referenzpunkt und Sündenbock, stellvertretend für alle Migranten, für Kriminalität und Verfall. Sie waren das zentrale Motiv einer so simplen wie erfolgreichen Wahlkampfstrategie.

Mexiko war das Symbol für eine neue Grenzpolitik – „we will build a wall!“ Migranten aus dem Süden, pauschal „Mexikaner“, unabhängig von ihrer tatsächlichen Herkunft, würden Drogen und Gewalt ins Land bringen und müssten daher deportiert oder noch besser direkt von der Einreise abgehalten werden. Kontrovers als Thema, wurde die Mauer zum Sinnbild des neuen US-amerikanischen Isolationismus, den man historisch mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg abgelegt hatte. Die Mauer stand für den Anspruch, die Souveränität der USA wiederzuerlangen. Souveränität definiert sich in erster Instanz durch Kontrolle über das Territorium und dessen Grenzen. Mexiko, auf der anderen Seite, wurde somit auch zum Stellvertreter für eine breite Debatte über kulturelle Identität und die demografischen Veränderungen im Land.



Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum empfängt den US-Außenminister Marco Rubio im September 2025 in Mexiko-Stadt. Besprochen wurden Sicherheitskooperation, Drogenbekämpfung und Migration – unter Wahrung der Souveränität Mexikos. Foto: © Zuma Press, Imago.

In diesem Diskurs war Mexiko auch Symbol des globalisierten Handels – „they are taking your jobs!“ In der Wahrnehmung der ländlichen US-amerikanischen Bevölkerung hatten Freihandel und Globalisierung der Mittel- und Unterschicht vor allem geschadet, dem Ausland (Mexiko also) massiv genutzt. Firmen und deren Eigner, die Eliten in Washington, die den *rust belt* verfallen ließen, hätten so das US-amerikanische Volk verraten.

Mit einer berüchtigten Aussage wurden Mexikaner außerdem pauschal als verantwortliche Gruppe für Kriminalität und Drogen dargestellt, stellvertretend für die schlechte Sicherheitslage in US-amerikanischen Städten degradiert – „they are bringing crime, they are rapists!“ In vielen Reden und Äußerungen stellt Trump bis heute einen kausalen Zusammenhang zwischen Migranten und den Sicherheitsproblemen seines Landes her. Da ein Großteil der konsumierten Drogen in der Tat aus Lateinamerika in die USA kommt und die beteiligten kriminellen Netzwerke und Kartelle in der Tat häufig in Ländern wie Mexiko beheimatet sind, ist eine gewisse Logik hier auch nicht von der Hand zu weisen.¹³

Insgesamt wird im populistisch-nationalistischen MAGA-Diskurs der gemeinsame Gegner somit klar definiert und eine Dynamik des „Wir gegen die“ etabliert, hinter der sich viele Wähler, auch nicht-US-amerikanischer Herkunft, versammeln können. Mexiko und Mexikaner waren in diesem Zusammenhang häufig das zentrale Bild, der gemeinsame Gegner.

Kooperation statt Konfrontation

In Trumps zweiter Amtszeit nun haben sich die Schwerpunkte seiner politischen Agenda nur geringfügig verschoben. Bereits vor Amtsantritt wurde ein Politikwechsel in drei zentralen, grenzüberschreitenden Bereichen angekündigt und diese miteinander verknüpft: Handel, Migration und organisierte Kriminalität / Drogenhandel.

Noch am ersten Tag im Amt baute Trump mit mehreren Dekreten maximalen Druck auf die Regierung Mexikos auf, etwa durch die Einstu-

fung der Kartelle als Terrororganisationen und einen Erlass, die USMCA-Freihandelspartner mit sofortigen Strafzöllen von 30 Prozent zu belegen. Nur zwei Tage später, als Reaktion auf das hektische Entgegenkommen Mexikos, das unter anderem zehntausend Soldaten der Nationalgarde an die gemeinsame Grenze entsandte, wurden diese Zölle pausiert.¹⁴ Ein Deal ganz nach dem Geschmack Trumps. Dieser weiß um die wirtschaftliche Übermacht seines Landes. Für Mexiko wären die Zölle verheerend. Auch mit der Ankündigung, die Rücküberweisungen von Migranten zu besteuern, wurden mexikanische Entscheidungsträger in höchste Alarmbereitschaft versetzt.¹⁵ Es gilt dann, dem meist transaktional denkenden Präsidenten zwar zu widersprechen, aber gleichzeitig anderweitig entgegenzukommen. Viel offener als andere Präsidenten vor ihm verbindet Trump unterschiedliche Themenfelder miteinander. Obwohl Sicherheit und Freihandel nur teilweise zusammenhängen, droht er auf der Ebene Handel, um seine Ziele im Bereich Sicherheit zu erreichen. Mexiko muss fast alles tun, um den Freihandel als solchen zu erhalten, und ist daher bereit, Trump Siege zu liefern, zum Beispiel durch engmaschigere Kontrollen der eigenen Südgrenze, die Verhinderung von illegalen Grenzübertritten im Norden oder öffentlichkeitswirksame Enttarnungen von Drogenlaboren.¹⁶

Eine effektivere Kooperation im Sicherheitsbereich ist für beide Seiten von Vorteil, um Drogenkartelle zu schwächen.

Allerdings, und das ist zentral für die Betrachtung der Dynamik zwischen Trump und Sheinbaum, hat die Mexikanerin die Kontrolle über einige seiner zentralen innenpolitischen Wahlversprechen. Migranten, Drogen und organisierte Kriminalität kommen aus oder durch Mexiko. Sie könnten dort gestoppt werden – oder eben auch nicht.

Im Prinzip ist eine effektivere Kooperation im Sicherheitsbereich für beide Seiten das zentrale

Anliegen, um die Drogenkartelle zu schwächen (beidseitiges Interesse), Migration zu minimieren (Interesse der USA) und nationale Souveränität zu wahren (Interesse Mexikos).¹⁷ Speziell gegenüber dem großen ungeliebten Bruder ist die territoriale Integrität heilig: Die mexikanische Präsidentin kann gegenüber den USA viel Flexibilität und Entgegenkommen zeigen, denn jeder im Land kennt die ökonomischen Abhängigkeiten. Aber unilaterale US-Aktionen auf mexikanischem Territorium wären gravierend und dürften aus innenpolitischen Gründen niemals hingenommen werden.¹⁸ In Washington, zum Beispiel in Person von Außenminister Rubio, dem aufgrund seiner Latino-Herkunft und politischen Heimat in Florida ein gewisses Verständnis für die Sensibilitäten südlich des Rio Grande nachgesagt wird, weiß man um die Komplexität des Themas. Kürzlich betonte Rubio in Mexiko wiederholt, auch auf Spanisch, den Respekt für die Souveränität des Partners und dankte für die enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität.

Migration, Drogen und Kartellgewalt hängen eng miteinander zusammen, sie entziehen sich aber direkter US-amerikanischer Kontrolle.

Die Einstufung der Kartelle als terroristische Vereinigungen räumt Trump nach US-amerikanischem Recht die Möglichkeit ein, militärisch gegen diese vorzugehen.¹⁹ Er hat damit gezielt zu Beginn seiner Amtszeit den Ton gesetzt und im gleichen Atemzug Tausende eigene Soldaten an die Grenze entsandt, vorgeblich zu ihrer Sicherung. Kinetische Aktionen, etwa mit bewaffneten Drohnen, um Kartelle im Landesinneren Mexikos zu treffen, wären für die hochgerüsteten US-Streitkräfte ein Leichtes. Vor dieser Drohkulisse, die regelmäßig mit der Ankündigung von Strafzöllen unterfüttert wird, erwirkt Trump effektiveres Handeln gegen die kriminellen Organisationen, die grassierende Korruption in

Politik, Justiz und Militär und gegen die bisweilen kaum kontrollierte Migration via Mexiko. Ironischerweise gibt dies wiederum Sheinbaum politische Deckung, um intern härter durchzugreifen und sich dabei vom leichtfertigen Ansatz ihres Vorgängers und politischen Ziehvaters Andrés Manuel López Obrador zu emanzipieren.²⁰

Es offenbart sich hier die zentrale strategische Schwäche Trumps hinsichtlich Mexikos: Migration, Drogen und Kartellgewalt hängen eng miteinander zusammen, sie entziehen sich aber direkter US-amerikanischer Kontrolle.

Sobald Trump Mexiko zu sehr brüskiert und man dort die Kooperation herunterfährt, gerät der US-Präsident in Schwierigkeiten, seine Ankündigungen einzulösen. In einem vielschichtigen Spannungsfeld wissen die Mexikaner um diesen politischen Trumpf, ohne ihn je öffentlich zu benennen.

Es lässt sich unter Berücksichtigung der erläuterten Dynamiken konstatieren, dass Trump Mexiko viel abverlangt und großen Druck ausübt. Seine machtpolitischen Instinkte kann er in Anbetracht der Lage allerdings nicht rücksichtslos durchsetzen. Dies gibt Mexiko einen gewissen politischen Hebel, um mit ihm ins Geschäft zu kommen und eigene Interessen gegenüber Washington zu formulieren oder auf deren Wahrung zu pochen. Mehrfach wurde Mexiko inzwischen, trotz der Ankündigung von hohen Strafzöllen, nach persönlicher telefonischer Intervention von Sheinbaum verschont.²¹

Zum Umgang mit Trump

Die mexikanische Präsidentin wurde bereits anerkennend als „Trump-Flüsterin“ bezeichnet.²² Das mutet etwas euphorisch an, denn bis dato sind sich die beiden persönlich nie begegnet. Ein geplantes Treffen am Rande des G7-Gipfels in Kanada, wohin Sheinbaum von Gastgeber Mark Carney eingeladen wurde, kam aufgrund der verfrühten Abreise Trumps nicht zustande. Dennoch hat sich der US-Amerikaner mehrfach ausgesprochen positiv über seine Amtskollegin geäußert. Da deren Gespräche nicht öffentlich

sind, lässt sich ihr Ansatz nicht direkt studieren, aber öffentlich getätigte Äußerungen und politische Maßnahmen geben doch gewissen Aufschluss über die gewählten Strategien.

Auf die Androhung von Zöllen reagierte Mexiko mit öffentlichen Gesten des Entgegenkommens (Festnahme von Kartellmitgliedern und Auslieferung von Drogenbossen, Entsendung von Soldaten an die gemeinsame Grenze). Trump wird damit implizit recht gegeben und er wiederum kann dies innenpolitisch nutzen. Durch direkte Sicherheitskooperation machen sich die Mexikaner somit nützlich bis unverzichtbar.

In gewissen Punkten darf Präsidentin Sheinbaum allerdings nicht nachgeben, denn auch sie hat eine eigene innenpolitische Arena zu befrieden. Das öffentliche Beharren auf der nationalen Souveränität Mexikos und der eigenen politischen Unabhängigkeit zieht klare Grenzen gegenüber dem Norden und verschafft ihr nebenbei hervorragende Umfragewerte im eigenen Land.²³ Leichte Gegendrohungen sind im Rahmen der Zolldiskussion ein probates und gelegentlich angewandtes Mittel, um Trump daran zu erinnern, dass man ebenfalls 25 Prozent auf alle US-Importe erheben und damit US-amerikanischen Firmen direkt schaden könnte.

Scharfe Zurückweisungen erfolgen dann, wenn Souveränität und nationale Integrität zu offensiv infrage gestellt werden. Sowohl im Verhältnis zu den USA als auch zu Kanada, das Mexiko zu Beginn des Jahres 2025 unter den sprichwörtlichen Bus werfen wollte, sah sich Sheinbaum zu teils deutlichen Reaktionen veranlasst. Auf den Vorwurf, Mexiko trage die alleinige Verantwortung für Drogenhandel und Gewalt in Nordamerika, reagierte sie mit dem Verweis, dass Mexiko nicht für die Verfolgung krimineller Netzwerke außerhalb der eigenen Grenzen zuständig sei. Zudem betont die mexikanische Regierung häufig, dass die hohe Nachfrage nach Betäubungsmitteln in den USA ein wesentlicher Faktor der Problematik sei und bleibe.

Zum Gegenangriff gehen die Mexikaner vor allem über, wenn es um die gravierenden Sicher-

heitsprobleme im eigenen Land geht. Seit Jahren ist bekannt, dass die blutigen Konflikte mit geschmuggelten US-Waffen geführt werden. Für Mexiko-Stadt ist dies ein zentrales, aber meist ignoriertes politisches Anliegen, mit dem sich auch das höchste US-Gericht bereits beschäftigte.²⁴ Im Norden wird wenig gegen die geschmuggelten Waffen unternommen, die jährlich etwa 30.000 Menschen das Leben kosten.²⁵

Zu guter Letzt sorgen geografische Nähe und strukturelle Abhängigkeiten dafür, dass die politische Präsenz Mexikos in den Vereinigten Staaten ihresgleichen sucht. Es gibt insgesamt 53 Konsulate im Land, auf regionaler und lokaler Ebene sind Tausende Mitarbeiter des Außenministeriums angehalten, Kontakte zu pflegen und in Wahlkreisen für die Belange und Interessen Mexikos und seiner Bevölkerung einzutreten.

Weder Sheinbaum noch ihre Berater scheinen es eilig zu haben, das persönliche Treffen der beiden Staatschefs nachzuholen. Man erinnert sich nur zu gut an die öffentlichen Demütigungen einiger Regierungschefs.

Fazit

Es lässt sich feststellen, dass Claudia Sheinbaum als erste weibliche Präsidentin Mexikos keine leichte Ausgangsposition gegenüber dem Rückkehrer im Weißen Haus hatte. Im Gegensatz zu vielen Amtskollegen scheint sie allerdings einen funktionierenden, sachlichen Umgang mit ihm gefunden zu haben.

Trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit und eines gravierenden Machtungleichgewichts lenkt sie die nationalen und persönlichen Beziehungen geschickt, wohlwissend um gewisse strategische Vorteile, die öffentlich nicht benannt werden müssen. So mag das bilaterale Verhältnis beider Länder gelegentlich widersprüchlich erscheinen.

Die spezielle Dynamik zwischen den ungleichen Nachbarn, zwischen dem erratischen Trump und der nüchternen Sheinbaum, kann keine Blaupause für andere darstellen, aber gewisse Schlussfolgerungen lassen sich dennoch ziehen.

Der Fokus im Umgang mit Donald Trump muss auf gemeinsamen Interessen und eigenen Stärken liegen, als Antagonist lässt sich kaum gewinnen. Auch Sheinbaum gewinnt sicherlich nicht „gegen“ Trump, aber sie verliert nicht – und erreicht damit schon mehr als die meisten ihrer Amtskollegen weltweit.

Allerdings darf auch im Kontext einer außenpolitischen Analyse Mexikos nicht unerwähnt bleiben, dass das Land auch unter Sheinbaum weiterhin gravierende Probleme im Innern aufweist. Vor allem wurden in den vergangenen Jahren eklatante demokratische Rückschritte gemacht. Die Regierungspartei MORENA kontrolliert neben der Regierung beide Kammern des nationalen Parlaments, einen Großteil der 32 Bundesstaaten und hat insbesondere durch eine Justizreform 2024 den mexikanischen Rechtsstaat unterminiert.

Richter auf allen administrativen Ebenen werden nun direkt vom Volk gewählt, der ohnehin schon grassierenden Korruption sind somit Tür und Tor geöffnet.²⁶ Die organisierte Kriminalität kontrolliert nicht nur Teile des Landes, sondern auch Wirtschaft und Politik und terrorisiert die Zivilbevölkerung. Die Sicherheitslage ist mindestens angespannt und Teile des Landes befinden sich de facto nicht unter staatlicher Kontrolle. Kritische investigative Medien werden von Regierungsseite mit Drohungen und Klagen überzogen. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Vielleicht erkennt Trump, der nicht für seinen besonderen Respekt für Demokratie, Gewaltenteilung und Transparenz bekannt ist, in Sheinbaum auch deswegen eine Schwester im Geiste.

Die Arbeit an diesem Beitrag wurde am 24. November 2025 abgeschlossen.

- 1 Rubio-Marquéz, Vanessa 2025: Despite Trump's threats, Mexico is of fundamental importance to the US economy, Chatham House, 10.02.2025, in: <https://ogy.de/da6s> [30.09.2025].
- 2 Das United States–Mexico–Canada Agreement (USMCA) ist ein Handelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada.
- 3 Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) war ein Wirtschaftsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Es wurde 2020 vom neuen Abkommen USMCA abgelöst.
- 4 2023 belegte Mexiko mit einem absoluten Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,789 Billionen US-Dollar den weltweit zwölften Platz vor Australien, Südkorea und Spanien sowie den 73. Platz hinsichtlich des BIP pro Kopf hinter Georgien, der Dominikanischen Republik oder Serbien. Worldometer: GDP by Country, in: <https://ogy.de/0kqc> [29.10.2025]; Worldometer: GDP per Capita, in: <https://ogy.de/8fkd> [29.10.2025].
- 5 Trading Economics: United States Imports by Country, in: <https://ogy.de/0r24> [28.10.2025].
- 6 Trading Economics: Mexico Exports by Country, in: <https://ogy.de/j1t6> [28.10.2025].
- 7 Adrienne Arsht Latin America Center 2025: Beyond the border: Your briefing on US-Mexico commerce, Atlantic Council, 31.01.2025, in: <https://ogy.de/k6db> [30.09.2025].
- 8 Moslimani, Mohamad / Noe-Bustamante, Luis / Shah, Sono 2023: Facts on Hispanics of Mexican origin in the United States, 2021, Pew Research Center, 16.08.2023, in: <https://ogy.de/sy3k> [28.10.2025].
- 9 Passel, Jeffrey S. / Krogstad, Jens Manuel 2025: U.S. Unauthorized Immigrant Population Reached a Record 14 Million in 2023, Pew Research Center, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/jxop> [28.10.2025].
- 10 Spiegel 2025: Exil-Mexikaner in den USA schicken deutlich weniger Geld nach Hause, 03.06.2025, in: <https://ogy.de/58hr> [28.10.2025].
- 11 Steingart, Gabor 2006: America's Middle Class Has Become Globalization's Loser, Spiegel, 24.10.2006, in: <https://ogy.de/7e3m> [28.10.2025].
- 12 Hispanics sind Menschen in den Vereinigten Staaten mit spanischsprachiger Herkunft oder Kultur. Latino ist eine geografische Bezeichnung, die Menschen aus Lateinamerika (einschließlich Mexiko, Zentralamerika, Südamerika und der Karibik) umfasst. Die Begriffe werden oft synonym verwendet.
- 13 In Mexiko ist man sich der Problematik durch den seit Jahrzehnten währenden Drogenkrieg mit Hunderttausenden Toten nur allzu bewusst. Allerdings stellt sich die Frage, was den globalen Handel mit Narkotika so lukrativ macht – das Angebot oder die nie endende Nachfrage im Westen?
- 14 Wagner, James 2025: Mexico Deploys 10,000 National Guard Members to U.S. Border: What to Know, The New York Times, 04.02.2025, in: <https://ogy.de/fpvx> [30.09.2025].
- 15 Käufer, Tobias 2025: Trump targets illegal migration with remittance tax plan, Deutsche Welle, 23.05.2025, in: <https://ogy.de/8iel> [30.09.2025].
- 16 The Watch 2025: Fentanyl flow drastically reduced on Mexico-U.S. border, 15.07.2025, in: <https://ogy.de/nkuf> [30.09.2025].
- 17 Wong, Edward 2025: U.S. and Mexico Vow to Fight Crime While Respecting Sovereignty, The New York Times, 03.09.2025, in: <https://ogy.de/ou8t> [30.09.2025].
- 18 Associated Press (AP) 2025: Mexican president rejects Trump's offer of military intervention against cartels, Politico, 18.11.2025, in: <https://ogy.de/ofzu> [25.11.2025].

- 19 Im September 2025 führten die USA mindestens zwei Angriffe auf vermeintliche Drogenschmuggler vor der Küste Venezuelas durch. Dies wird als klares Signal an die dortigen Machthaber verstanden. Buschschlüter, Vanessa / Rawnsley, Jessica 2025: US destroys alleged Venezuelan drug boat, killing three, BBC, 16.09.2025, in: <https://ogy.de/cc80> [30.09.2025].
- 20 Mexiko ist seit Jahrzehnten Schauplatz eines blutigen Drogenkrieges, insbesondere getrieben von Konflikten zwischen den Kartellen, in die der Staat mal mehr, mal weniger eingreift. Entscheidungsträger auf allen Ebenen sind in diese Strukturen verwoben, Korruption ist weit verbreitet. Effektive Korruptionsbekämpfung durch die neue Präsidentin wäre daher nicht zwingend im Interesse aller Mitglieder der politischen Elite des Landes.
- 21 Hawkins, Ari 2025: Trump extends Mexico tariff deadline for 90 days, Politico, 31.07.2025, in: <https://ogy.de/rkl9> [30.09.2025].
- 22 Sheridan, Mary Beth / Miller, Leila 2025: How Mexico's president became the world's leading Trump whisperer, The Washington Post, 09.03.2025, in: <https://ogy.de/4419> [30.09.2025].
- 23 AP 2025, N. 18.
- 24 Kruzell, John 2025: Supreme Court spares US gun companies from Mexico's lawsuit, Reuters, 05.06.2025, in: <https://ogy.de/xtph> [30.09.2025].
- 25 In diesem Zusammenhang folgende Hörempfehlung: Deutschlandfunk Kultur 2025: Krieg in Mexiko (1/4) – Der Weg der Waffen, ARD, 05.05.2025, in: <https://ogy.de/8t5c> [30.09.2025].
- 26 Blomeier, Hans-Hartwig / Rank, Hartmut / Campos, Juan Pablo 2025: Richterwahl in Mexiko. Zwischen Demokratieversprechen und Machtkonzentration, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 03.06.2025, in: <https://ogy.de/0i2c> [28.10.2025].

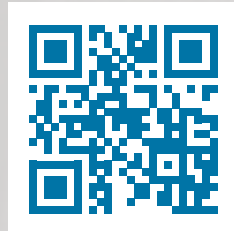


Vor seiner Zeit als Herausgeber der Auslandsinformationen war Dr. Gerhard Wahlers in seiner Funktion als Leiter mehrerer Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung auch als Autor für die Zeitschrift aktiv. Zu seiner Verabschiedung haben wir aus unserem Archiv diesen Artikel ausgegraben, der uns ins Jahr 1996 führt, als Benjamin Netanjahu zum ersten Mal israelischer Premierminister wurde.

➔ Israel nach den Wahlen 1996

Likud-Chef Netanjahu neuer Premierminister

[Gerhard Wahlers](#) / [Jan Senkyr](#)



Artikel lesen unter:
www.ogy.de/Israel_1996

Ellenbogen rauf, Ellenbogen runter

Die Beziehungen Kanadas zu den
USA unter Donald Trump

Foto: © UPI Photo, Imago.



Auf einen Blick

Nach der Wiederwahl Donald Trumps haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Kanada deutlich verschärft. Trumps protektionistische Wirtschaftspolitik und seine provokanten Äußerungen zu Kanada als „51. Bundesstaat der USA“ entfachten einen neuen Patriotismus und führten zu einem grundlegenden Wandel in der kanadischen Außen- und Wirtschaftspolitik. Premierminister Mark Carney reagierte mit einer klaren Hinwendung zu Europa und verstärkter Kooperation in Sicherheits- und Verteidigungsfragen.

Kanada bemüht sich seither, wirtschaftliche Abhängigkeiten von den USA zu verringern, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren und zugleich die militärische Zusammenarbeit im NATO-Rahmen zu stärken.

Carneys Kurs gilt als pragmatisch: Er sucht Stabilität im Verhältnis zu Washington, ohne nationale Interessen zu kompromittieren.

Innenpolitisch steht Kanada vor erheblichen Herausforderungen. Die Folgen des Zollstreits, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Lebenshaltungskosten belasten das Land. Gleichzeitig sollen Industrie- und Infrastrukturprogramme wirtschaftliche Resilienz fördern.

Kanada sieht sich gezwungen, seine geopolitische Position neu zu definieren. Angesichts der wachsenden Unsicherheit über den Kurs der USA setzt Ottawa auf strategische Eigenständigkeit und engere Partnerschaften mit Europa und dem Indo-Pazifik-Raum.



Dr. Bernd Althusmann ist Leiter des Auslandsbüros Kanada der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Ottawa.

Inmitten des globalen Handelskrieges erreichte der Konflikt zwischen den einst engsten Partnern USA und Kanada im Frühjahr 2025 mit gegenseitigen Straf- und Gegenzöllen einen neuen Höhepunkt. Nach seinem erneuten Amtsantritt im Januar setzte US-Präsident Donald Trump seine protektionistische Politik der ersten Amtszeit fort. Mit Drohungen von Strafzöllen in Richtung der Automobil- und Stahlindustrie, aber vor allem mit der Forderung nach der Annektierung Kanadas als „51. Bundesstaat der USA“ entfachte Trump einen fast in Vergessenheit geratenen kanadischen Patriotismus. Die Attacken Trumps hätten laut dem Kanada-Experten Gerd Braune in Kanada nationale Gefühle wie noch nie zuvor ausgelöst und die Beziehung zwischen den Nachbarstaaten nachhaltig verändert.¹ Zu Beginn des Wahlkampfes sprach Premierminister Mark Carney gar von unwiederbringlicher Zerstörung: „Die alte Beziehung, die wir zu den Vereinigten Staaten hatten und die auf einer vertiefenden Integration unserer Volkswirtschaften und einer engen sicherheitspolitischen und militärischen Zusammenarbeit beruhte, ist vorbei.“²

Nach den Erfahrungen mit der ersten Trump-Administration von 2017 bis 2021 will Kanada deshalb jetzt seine „Stärken stärken“, innerstaatliche Handelshemmnisse zwischen den Provinzen beseitigen und bisherige Abhängigkeiten im Bereich der Verteidigung neu ausbalancieren. Kanadas Industrie gilt als der größte Investor in den USA, aber mit neuen Märkten in Europa oder im Indo-Pazifik-Raum ist angesichts der protektionistischen Zollpolitik der USA eine Diversifizierung und Resilienz der kanadischen Handels- und Industriepolitik dringender denn je. Als Vorsitzland koordinierte Kanada Mitte Juni das Treffen der G7-Staaten in Kananaskis. Auf der Tagesordnung standen unter anderem

Beschlüsse zu Migration, Künstlicher Intelligenz und Quantentechnologien sowie zu kritischen Rohstoffen. „Die G7 wollen die Abhängigkeit von autoritären Staaten wie China verringern und eigene Lieferketten für Lithium, Kobalt oder seltene Erden absichern. Sie haben sich außerdem darauf verständigt, Investitionen zu erleichtern und Partnerschaften mit zuverlässigen Ländern zu stärken.“³

Eine Woche später unterzeichnete Kanada am 24. Juni in Brüssel ein Abkommen mit der EU zur Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, um an der EU-Initiative ReArm Europe über das Programm Security Action for Europe (SAFE) teilzuhaben. Der mit rund 800 Milliarden Euro unterlegte Plan „ReArm Europe/Readiness 2030“ der Europäischen Kommission will die Verteidigungsfähigkeit Europas erhöhen. Das Programm SAFE soll mit 150 Milliarden Euro Kreditoptionen die Interoperabilität der EU-Partner stärken.⁴ Kanada als Nicht-Mitglied der EU, das aber der NATO angehört, kann womöglich in Anlehnung an den Status Norwegens oder Großbritanniens hier partizipieren und so die hohe Abhängigkeit von der US-amerikanischen Verteidigungsindustrie verringern.⁵

Die strategische Ausrichtung Kanadas hin zu Europa wurde in den USA erneut kritisch aufgenommen. Beim anschließenden NATO-Treffen in Den Haag bekannte sich Kanada jedoch zum von den USA eingeforderten Fünf-Prozent-Ziel aller NATO-Partner und konnte so womöglich die US-Regierung vorläufig besänftigen. Wie das Land das Ziel umsetzen wird, bleibt abzuwarten. Mit dieser Ausrichtung korrigiert Premierminister Mark Carney die Vorgängerregierung und signalisierte den USA, dass Kanada sich nicht einschüchtern lässt, sich aber der Aufgaben im Nord-amerikanischen Luftverteidigungskommando

(NORAD), in der Arktis und im nordatlantischen Bündnis mit Europa annimmt. Die Provokationen der USA lassen die Kanadier also nicht nur zusammen-, sondern vor allem näher an ihre europäischen Verbündeten heranrücken – auch mit einem Abkommen im August 2025 zwischen Kanada und Deutschland über die Sicherung kritischer Rohstoffe.⁶

Der von der Regierung Carney eingeschlagene Kurs gegenüber den USA wirkt nach außen verbindlich und unaufgeregt.

Mark Carney und Donald Trump – unterschiedlicher geht es kaum

Kanada erlebte inmitten des Handelskonfliktes mit den USA einen kurzen, eher unspektakulären Wahlkampf. Der Stimmungsumschwung zugunsten der Liberalen mit Mark Carney war ungewöhnlich stark, die Unberechenbarkeit Donald Trumps und der US-Regierung der wichtigste Einflussfaktor bei dieser Wahl.⁷ Nach den wechselhaften Jahren unter Justin Trudeau galt der ehemalige Zentralbankmanager Mark Carney als krisenerfahren. Obwohl die Konservativen mit Pierre Poilievre ihr bestes Ergebnis seit 1984 erzielten, reichte es nicht für den erhofften Wahlsieg. Carney konnte mit drei Stimmen Vorsprung eine Minderheitsregierung bilden.

Als Premierminister war er gleich zu Beginn seiner Amtszeit und noch vor der Wahl zum Antrittsbesuch zunächst nach Paris und London gereist: ein klares Signal an Washington. Erst danach, im Mai 2025, traf der kanadische Regierungschef in Washington D.C. auf den US-Präsidenten. Die Gespräche waren nach Medienberichten von gegenseitigem Respekt geprägt. Der kanadische Premierminister zeigte sich zwar nicht zufrieden mit den Ergebnissen, aber der Verkauf der Interessen Kanadas stand seiner Aussage nach nicht zur Debatte.⁸

Der von der Regierung Carney eingeschlagene Kurs gegenüber den USA wirkt nach außen verbindlich und unaufgeregt. Carney selbst vermeidet unnötige Eskalationen. Der bereits von der Regierung beschlossene Digital-Services-Tax-Act wurde kurz vor Beginn der ersten Verhandlungen mit den USA über Strafzölle Ende Juni zurückgezogen.⁹ Mark Carney trat dennoch nicht als Bittsteller gegenüber US-Präsident Donald Trump auf. Während Premierminister Trudeau Ende November von Trump noch als „Gouverneur des 51. Bundesstaates“ bezeichnet wurde,¹⁰ akzeptierte Trump offenbar den neuen kanadischen Premierminister Carney als Finanzfachmann.

Premierminister Mark Carney punktete zwar zu Beginn seiner Amtszeit außenpolitisch mit der Vermittlerrolle Kanadas. Im Herbst 2025 steht die kanadische Regierung jedoch bereits vor allem innenpolitisch vor Herausforderungen, die auf das Verhältnis zu den USA ausstrahlen: Dazu gehören der Ausbau der Pipeline-Infrastruktur, die Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Unterstützung der vom Zollstreit betroffenen Unternehmen im Industriegürtel zwischen den USA und Kanada. Im Bereich des Automobilbaus und der Rohstoffindustrie sind beide Länder eng miteinander verknüpft. Bei stagnierender Industrieproduktion steigt in den Regionen auf beiden Seiten zwangsläufig die Arbeitslosigkeit schnell an. Der noch im August 2025 beschlossene Strategic Response Fund von fünf Milliarden kanadischen Dollar soll die Stahl- und Automobilindustrie stützen und den drohenden Verlust von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen aufgrund des Zollstreits mit den USA verhindern.¹¹ Die schon jetzt hohe Arbeitslosigkeit birgt Konfliktpotenziale nicht nur mit der Opposition. Die in den vergangenen Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten im Alltag besorgen viele Kanadier. Die Konservativen forderten in einem im Oktober vorgelegten Antrag die Senkung der Steuern auf Lebensmittel.¹²

Nach „Elbows-Up“ nun also im Herbst eine verbale Abrüstung, um sich der Bewältigung der innerkanadischen Herausforderungen zuwenden zu können? Ein erneutes Annähern an die USA





Unverzichtbar: Kanadas Rohstoffe sind für die Energieversorgung und Industrieproduktion der USA von zentraler Bedeutung. Foto: © Larry MacDougal, Imago.

im Sinne eines „Elbows-Down“ erscheint Carney womöglich nützlicher als eine fortgesetzte Konfrontation.

Am 22. August 2025 verdeutlichte Carney bei einer Pressekonferenz, dass Kanada trotz jüngster Spannungen nach wie vor die günstigsten Handelsbedingungen mit den USA genieße. Um diese Position zu bewahren, sollen die im Canada-United States-Mexico Agreement (CUSMA) verankerten Regelungen ausgebaut und alle verbleibenden Zölle auf US-Waren aufgehoben werden – ein Schritt, der ab dem 1. September 2025 weitgehend den freien Handel zwischen beiden Ländern wiederherstellen sollte.¹³

Kanada - USA: Eine wechselhafte Partnerschaft

Die bilateralen Beziehungen zwischen Kanada und den USA waren nie konfliktfrei. Die Regierungszeit etwa von Pierre Trudeau (1968 bis 1979 und 1980 bis 1984), Vater des zurückgetretenen Premierministers Justin Trudeau, kann als konfliktreich beschrieben werden. Als noch schwieriger

galten die Jahre der Wirtschaftskrise ab 1930, als der von den USA verabschiedete Smoot-Hawley Tariff Act bereits einen Handelskrieg mit Kanada und Großbritannien auslöste. „Entsprechend schwankte die Wirtschafts- und Handelspolitik Ottawas auch in den vergangenen 40 Jahren zwischen dem Ziel einer vertieften Integration Kanadas in einen nordamerikanischen Markt und Bemühungen, die Abhängigkeit gegenüber dem großen Nachbarn gezielt zu reduzieren.“¹⁴

Kanada-Trump I

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Kanada und den USA hat seit der ersten Amtsperiode Donald Trumps unter seiner „America-First“-Agenda erhebliche Spannungen erfahren. Bereits 2018 verhängte Trump Strafzölle auf kanadischen Stahl und Aluminium, die die wirtschaftliche Verflechtung beider Länder gezielt belasteten und auch innerhalb der USA kontrovers diskutiert wurden. Kurz nach Amtsantritt zog sich die US-Regierung zudem aus multilateralen Abkommen wie dem Transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP) zurück. Gleichzeitig stellte Trump

die NATO-Mitgliedschaft offen infrage, da er die Lastenteilung als unausgewogen und die Beiträge europäischer Staaten für ihre eigene Sicherheit als zu gering kritisierte. Kanada lag zu diesem Zeitpunkt unter dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO; erst für 2029/2030 wurden 1,76 Prozent des BIP als erreichbar angesehen.¹⁵

Unter der Präsidentschaft von Joe Biden entspannte sich das Verhältnis nur kurzzeitig. Aber auch er setzte entgegen mancher Behauptungen auf eine „America-First“-Politik, wenn auch mit einem anderen Ton und deutlich kooperativer als sein Vorgänger. Einige Ziele waren zudem neu und wären unter der Trump-Administration so undenkbar

gewesen, wie der starke Fokus auf Umwelt- und Klimapolitik oder auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit.¹⁶ Kanada unter Premierminister Justin Trudeau legte seinen Schwerpunkt ebenso auf multilaterale Zusammenarbeit. So wurde das Pariser Klimaschutzabkommen beibehalten, während mit dem Net-Zero Emissions Accountability Act¹⁷ von 2021 Klimaneutralität bis 2050 angestrebt wird – ein gesellschaftlich nach wie vor umstrittener Weg, bei dem insbesondere die CO₂-Steuer ein zentrales Thema der konservativen Kritik bleibt.

Parallel zu diesen politischen Entwicklungen traf der Handelskrieg zwischen den USA und



Regale ohne US-amerikanische Produkte: Die Spannungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten haben eine neue Welle des kanadischen Patriotismus ausgelöst. Verbraucher wählen bewusst Produkte aus kanadischer Herstellung. Foto: © VCG, Imago.

China die kanadische Wirtschaft insbesondere in der Stahlindustrie und im Automobilbau hart. Zugleich drängte die US-Regierung auf eine Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA mit Kanada und Mexiko. Dieser Druck führte 2018 zum United States–Mexico–Canada Agreement (USMCA), das Kanada als Canada–United States–Mexico Agreement (CUSMA) bezeichnet. Das Abkommen sollte Nachteile ausgleichen, die US-Produktion stärken und die Position der USA durch eine engere Energiekooperation mit Kanada festigen.

Kanada verstärkte in den vergangenen Jahren seine Kooperationen mit den Ländern des Indo-Pazifik-Raumes.

Kanada-Trump II

Mit Trumps zweitem Amtsantritt im Januar 2025 sanken die bilateralen Beziehungen zwischen Kanada und den USA auf einen historischen Tiefpunkt. Während die USA ihren konfrontativen Kurs gegenüber China fortsetzen, wird auch der Umgang mit den historisch engen Verbündeten Kanada und Europa zunehmend rücksichtsloser. Die Prioritäten wurden gleich zu Beginn unilateral verschoben. Es verdichteten sich Hinweise, dass die zweite Amtszeit Trumps dem Plan für eine erneute Präsidentschaft, dem „Project 2025 – Mandate for Leadership“¹⁸, der Heritage-Foundation folgt und diesen bis zu den Militäreinsätzen in US-amerikanischen Großstädten umsetzt.¹⁹ Die Drohungen der Trump-II-Administration gegen Kanada, Grönland oder Europa nehmen bewusst eine Beschädigung der regelbasierten Ordnung in Kauf. Zwischenzeitlich sprach Trump gar von einer militärischen Besetzung des selbstverwalteten Grönlands, das zum NATO-Partner Dänemark gehört. Das „Project 2025“ weist bereits auf die strategische Bedeutung Grönlands zur Abwehr Chinas hin.²⁰ In diesem Jahr kündigte Trump zudem ein Ende

des USMCA-Abkommens an, erkannte aber schnell, dass dies auch in den USA zu erheblichen Nachteilen geführt hätte, und ließ davon ab. Stattdessen nutzte die US-Regierung das bestehende trilaterale Handelsabkommen, das kanadische Export-Produkte zu rund 85 Prozent zollfrei stelle und somit ein Vorteil für Kanada sei.²¹

Über dieses Freihandelsabkommen hinaus verstärkte Kanada in den vergangenen Jahren seine Kooperationen mit den Ländern des Indo-Pazifik-Raumes. Die Zusammenarbeit mit Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea ist strategisch relevant, um den wachsenden Einfluss Chinas zurückzudrängen.

Wirtschaftliche Interdependenzen

Kanada – USA

Kanada und die Vereinigten Staaten unterscheiden sich nicht nur bei den Einwohnerzahlen, sondern auch der Wirtschaftskraft deutlich. Die USA als wirtschaftlich-technologische und militärische Supermacht sind mit rund 350 Millionen Einwohnern und einem BIP von rund 29,2 Billionen US-Dollar die derzeit stärkste Volkswirtschaft der Welt.²² Kanada sieht sich mit 41 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 2,25 Billionen US-Dollar im Jahr 2024 stets als Mittelmacht und oft im Windschatten der USA. Die Waren- und Handelsströme Kanadas sind mit rund 70 bis 75 Prozent eindimensional in Richtung USA ausgerichtet, obwohl der Export um etwa 10 Prozent aufgrund der Zollstreitigkeiten und mancher Unsicherheiten zurückgeht.²³ „Nicht nur gehen drei Viertel der kanadischen Warenexporte in die USA. Kanada ist auch das wichtigste Exportziel für die USA und der größte Exportpartner für 32 der 50 Bundesstaaten.“²⁴

Diese Verflechtung zweier Volkswirtschaften hat Vorteile, aber ebenso gewichtige Nachteile. Die jeweiligen Handelsüberschüsse haben zu unterschiedlichen Bewertungen im Handelskonflikt geführt. Zu Beginn des Jahres 2025 hat Trump dies gegenüber Kanada immer wieder betont, wobei der Handelsbilanzüberschuss sich in erster Linie auf die Energieexporte Kanadas in die USA

begründete. Kanadas Ressourcenreichtum ist für die Energieversorgung, die Automobil- oder Stahlindustrie, aber ebenso für die Landwirtschaft und damit die Ernährungssicherheit der USA von erheblicher Bedeutung. Kanada ist der größte Energie-Handelspartner und liefert rund 60 Prozent der Ölimporte und fast 99 Prozent der Erdgasimporte der USA. Es verfügt zudem über Rohstoffe, die von existenzieller Bedeutung sind – schweres Rohöl aus Ölsanden, Erdgas, Flüssiggas, kritische Mineralien und Metalle – und liefert rund 85 Prozent des importierten Stroms der USA.²⁵

Dieses Drohpotenzial als Antwort auf die US-Strafzölle hat Kanada mit Rücksicht auf die eigene Industrie nur aufgezeigt, aber nicht eingesetzt. Die Forderungen aus den für die Energieversorgung verantwortlichen Provinzen sind gleichwohl bis heute unüberhörbar.²⁶ Der im März 2025 wiedergewählte Premier der Provinz Ontario, Doug Ford, drohte gleich zu Beginn des Handelskrieges den USA mit einem Exportstopp für Energie.²⁷ Das hätte die USA durch steigende Energiepreise schwer getroffen und womöglich den Handelskonflikt weiter verschärft.

Für Kanada wird es darauf ankommen, einen Kurs strategischer Resilienz einzuschlagen.

Die Abhängigkeit Kanadas von den USA bleibt vermutlich weiterhin eine Konstante. Im Jahr 2024 importierten die USA Waren im Wert von rund 476 Milliarden US-Dollar aus Kanada – mehr als aus China (463 Milliarden US-Dollar), jedoch weniger als aus Mexiko (562 Milliarden), wie das Bureau of Economic Analysis für 2025 berichtet.²⁸ Entfielen diese Importe nur teilweise, wäre dies ein Schaden für die kanadische Wirtschaft. Unabhängig von der Dauer des Handelskonflikts mit den USA wird es für Kanada nach Jahren der Debatte nun darauf ankommen, einen Kurs strategischer Resilienz einzuschlagen:

1. Handelspolitische Emanzipation von den USA durch Diversifizierung der Handelspartner in Richtung der EU und des Indo-Pazifik-Raumes sowie eine sukzessive Absenkung der Integration der kanadischen und US-amerikanischen Wirtschaftszweige. Das ist kein neuer Gedanke, aber bisher nicht ausreichend umgesetzt.
2. Ausbau der industriepolitischen Sicherheitspartnerschaft mit der Europäischen Union durch konkrete Projekte im kanadischen Haushalt, um das vereinbarte Fünf-Prozent-Ziel der NATO bis 2030 zu erreichen, unter anderem durch Nutzung der EU-Programme SAFE und ReArm-Europe.
3. Ausbau der Rohstoffindustrie sowie einer hinreichenden Energie-, Wasserstoff- und LNG-Transportinfrastruktur, um sowohl in Richtung USA lieferfähig zu bleiben, aber gleichzeitig die Pipeline- und Hafenskapazitäten in West-Ost-Richtung zu erweitern. Diese Herausforderungen sind in den zurückliegenden Jahren in dieser Konsequenz von Kanada nicht erwartet, von der Regierung Justin Trudeau aber auch weitgehend ignoriert worden.

Es wird ungemütlicher für Kanada und Europa

Die Erosion der multilateralen Ordnung und der Systemwettbewerb fordern die freiheitlichen Demokratien zunehmend heraus. Die Anerkennung geltenden Rechts wird von autoritären Staaten immer häufiger durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Der künftige Weg der USA ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Kanada setzt anscheinend darauf, dass die zweite Amtsperiode Trumps vorübergeht und man wieder zur Tagesordnung übergehen kann. Diese Hoffnung könnte sich für Kanada als trügerisch erweisen, zumal Donald Trump nicht zögert, das Instrument der Strafzölle bei vermeintlichem Fehlverhalten einzusetzen.²⁹

Geostrategisch und militärisch waren die USA und Kanada in den vergangenen Jahrzehnten die wichtigsten Bündnispartner außerhalb der Europäischen Union und damit von hoher Relevanz.

Eine dauerhafte Störung der bilateralen Beziehungen zwischen Kanada und den USA bliebe nicht ohne Folgen für das Nordatlantische Bündnis und die Europäische Union. Setzte sich der Handelskrieg zwischen Kanada und den USA fort, wären bisherige Erfolge des CETA-Abkommens gefährdet. Der Handel zwischen Kanada und der EU hat sich seit der faktischen Anwendung seit 2017 um 70 Prozent gesteigert.³⁰ Dennoch wurde das Freihandelsabkommen bisher in zehn Ländern der EU nicht ratifiziert.

Ob Kanada in einer angespannten Haushaltslage seine bisherigen NATO-Zusagen wird halten können, darf infrage gestellt werden.

Die im Zollstreit mit den USA angekündigten Maßnahmen lassen Preissteigerungen für kanadische Produkte erwarten, die im Handel mit Europa und auch Deutschland selbst bei Steigerungen des Außenhandels mit der EU womöglich nicht aufgefangen werden können. Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie werde die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kanada immer bedeutender. „Im Jahr 2022 erreichte das bilaterale Handelsvolumen zwischen Deutschland und Kanada einen neuen Rekord. Ausgehend vom Jahr 2021 erfolgte eine Steigerung von 28 Prozent auf 20,8 Milliarden Euro, unter anderem durch eine größere Ausfuhr deutscher Kfz, Maschinen und Elektrotechnik.“³¹ Das inzwischen erreichte Handelsvolumen zwischen Deutschland und Kanada käme ins Stocken, was Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden würde. Allein die Verteuerung des importierten Stahls hätte weitreichende Auswirkungen auf die deutsche Industrie. Das Institut für Wirtschaftsforschung rechnete bereits im Frühjahr mit erheblichen indirekten Auswirkungen auf die deutsche Stahlindustrie.³² Schon 2018 haben die sogenannten Umlenkungseffekte Tausende von Arbeitsplätzen in der deutschen

Stahlindustrie gefährdet, was sich hier wiederholen könnte.

Ein weiteres Beispiel wären die Investitionen von über fünf Milliarden Euro durch Volkswagen in die weltgrößte Giga-Fabrik zur Batterieherstellung für Elektrofahrzeuge in St. Thomas, Ontario. Das Ziel eines zusätzlichen Absatzmarktes in Nordamerika wäre nicht nur durch Zollstreitigkeiten gefährdet, sondern ebenso aufgrund der Tatsache, dass US-Präsident Trump den Umbau der Automobilindustrie sehr grundsätzlich infrage stellt. Die Automobilindustrie in Deutschland würde aufgrund der weltweiten Integration inmitten der industriellen Transformation und der aktuellen Debatten über eine Verschiebung oder gar Streichung des sogenannten Verbrenner-Aus erneut geschwächt.

Ob Kanada in einer angespannten Haushaltslage seine bisherigen NATO-Zusagen wird halten können, zur Stärkung der NATO-Ostflanke bis 2026 rund 2.000 kanadische Soldaten in Lettland zu stationieren,³³ und gleichzeitig in die Modernisierung von NORAD und in neue Kapazitäten zum Schutz der Nord-Flanke der NATO entlang der Arktis bis zu den nordischen Staaten Europas zu investieren, darf zumindest infrage gestellt werden.

Sollte also die bisherige multilaterale Ordnung im „Globalen Norden“ einer einseitig den Interessen der USA dienenden Politik weichen müssen, wäre dies tatsächlich die schon vor zehn Jahren vom Politologen Matthias Kennert beschriebene Phase der Multipolarität, die eher Instabilität und Krisenanfälligkeit bedeute.³⁴

Laut einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik befinden sich die USA inzwischen im Prozess „von einer Demokratiekrise zur Staatskrise“ und es sei „mit einem neuerlichen Autokratisierungsschub“ zu rechnen.³⁵

Die bisherige militärische Lastenteilung im westlichen Bündnis wird zumindest vonseiten der USA nicht mehr akzeptiert. Das Fünf-Prozent-Ziel steht letztlich als Symbol für eine klare Aufgabenverschiebung innerhalb der NATO in Richtung Europa und Kanada.

In geopolitisch unsicheren Zeiten ist eine Neuausrichtung Kanadas nicht ohne Risiko, ein Beitritt zur EU nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) unwahrscheinlich. Kanada ist territorial kein europäisches Land. Ein Status vergleichbar mit dem Norwegens wird derzeit nicht zu den obersten Prioritäten Kanadas gehören, zumal dies eine Anerkennung europäischer Regularien voraussetzt – eine Debatte, die Kanada noch nicht geführt hat.

Vielmehr wird Kanada die einseitigen Abhängigkeiten von den USA erneut hinterfragen müssen. Es ist zweifelsohne im kanadischen Interesse, unabhängiger auf geopolitische Herausforderungen in Zeiten von Handelskriegen und Cyber-Angriffen reagieren zu können. Je weiter sich die USA aber mit Donald Trump isolieren oder gar, wie Historikerin Anne Appelbaum es formulierte, selbst in „Richtung einer Autokratie entwickeln, in der Medien manipuliert und die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt werden“³⁶, desto drängender richtet sich der Blick auf Kanada.

Die derzeit wahrscheinlichste Option ist jedoch, dass Kanada darauf setzt, die bilateralen Beziehungen zu den USA wieder ausreichend zu stabilisieren. Kanada hatte es sich genauso wie Europa im Windschatten der USA mehr oder weniger bequem eingerichtet. Der Weckruf aber hallt noch lange nach.

- 1 Braune, Gerd 2025: Kanadas neuer Blick auf die USA, Atlantik-Brücke, 28.07.2025, in: <https://ogy.de/ex8m> [13.09.2025].
- 2 t-online 2025: Kanada kündigt USA die Freundschaft – so reagiert Trump, 28.03.2025, in: <https://ogy.de/af5i> [12.08.2025].
- 3 Bundesregierung 2025: G7 zeigen Geschlossenheit, 18.06.2025, in: <https://ogy.de/d9wc> [11.10.2025].
- 4 Clapp, Sebastian et al. 2025: ReArm Europe Plan/Readiness 2030, European Parliamentary Research Service, 04/2025, in: <https://ogy.de/6dp5> [29.10.2025].
- 5 Lioe, Kim Eduard / Kauer, Pia 2025: Canada and Europe Deepen Defense Ties Amid Rising Global Instability, Atlantik-Brücke, 15.07.2025, in: <https://ogy.de/ogxx> [04.08.2025].
- 6 Liebrich, Silvia 2025: Deutschland will Seltene Erden aus Kanada beziehen, Süddeutsche Zeitung, 27.08.2025, in: <https://ogy.de/psbj> [11.10.2025].
- 7 Althusmann, Bernd 2025: Kanada hat gewählt. Die Weichen werden neu gestellt, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 06.05.2025, in: <https://ogy.de/066g> [14.09.2025].
- 8 Fouda, Malek 2025: Kanadischer Ministerpräsident Carney trifft Trump: „Kanada steht nicht zum Verkauf“, EuroNews, 07.05.2025, in: <https://ogy.de/k9ju> [14.09.2025].
- 9 Noakes, Taylor C. 2025: What was Mark Carney thinking when he walked back the digital services tax?, The Globe and Mail, 01.07.2025, in: <https://ogy.de/sq9n> [05.10.2025].
- 10 Tasker, John Paul 2024: Trump taunts Trudeau by calling him ‚governor‘ of ‚a great state‘, CBC News, 10.12.2024, in: <https://ogy.de/ijjz> [12.10.2025].
- 11 Zimonjic, Peter 2025: Carney unveils billions in funding, Buy Canadian policy to combat Trump's tariffs, CBC News, 05.09.2025, in: <https://ogy.de/0q9x> [05.10.2025].
- 12 Copps, Sheila 2025: Poilievre's getting traction with his focus on food prices, The Hill Times, 06.10.2025, in: <https://ogy.de/71vt> [12.10.2025].
- 13 Prime Minister of Canada 2025: Statement by the Prime Minister on CAN-U.S. trade, 22.08.2025, in: <https://ogy.de/zgt1> [23.08.2025].
- 14 Pressler, Florian 2011: Kanada, die transatlantischen Handelsbeziehungen und der nordamerikanische Markt: Von der Third Option zu NAFTA und CETA, Zeitschrift für Kanada-Studien 31: 1, S. 11–35, hier: S. 12, in: <https://ogy.de/ko7s> [29.10.2025].
- 15 Department of National Defence 2024: Our North, Strong and Free: A Renewed Vision for Canada's Defence, 03.05.2024, S. 11, in: <https://ogy.de/gm0o> [26.10.2025].
- 16 Mildner, Stormy-Annika 2024: Handelspolitik für die Mittelschicht – Reindustrialisierung, „Economic Security“ und die Zukunft der US-Handelspolitik, ifo Schnelldienst 77: 9, 18.09.2024, S. 3–8, in: <https://ogy.de/ckc7> [26.10.2025].
- 17 Steinacher, Heiko 2025: Politische Ziele, Germany Trade & Invest (GTAI), 18.03.2025, in: <https://ogy.de/ewoq> [04.10.2025].
- 18 Dans, Paul / Groves, Steven (Hrsg.) 2023: Mandate for Leadership. The Conservative Promise, The Heritage Foundation, in: <https://ogy.de/b73q> [04.10.2025]. Der wirtschaftspolitische Berater Trumps, Peter Navarro, und der heutige Botschafter der USA in Kanada, Pete Hoekstra, werden als Mitwirkende angeführt.
- 19 Deutschlandfunk 2025: Setzt Trump den radikalen Plan „Project 2025“ um?, 10.06.2025, in: <https://ogy.de/zfhp> [11.10.2025].
- 20 Dans / Groves (Hrsg.) 2023, N. 18, S. 256.
- 21 Blanchfield, Mike 2025: Carney on Trump: ‚We'll speak when it makes sense‘, Politico, 05.08.2025, in: <https://ogy.de/hckp> [04.10.2025].

- 22 Urmersbach, Bruno 2025: Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2024, Statista, 27.10.2025, in: <https://ogy.de/frvz> [29.10.2025].
- 23 Steinacher, Heiko 2025: Kanada könnte zukünftig mehr Maschinen aus Deutschland einführen, GTAI, 04.08.2025, in: <https://ogy.de/wluk> [14.09.2025].
- 24 Neinhaus, Andreas 2025: Kanadas ungewöhnliche Handelsbilanz, Finanz und Wirtschaft, 18.03.2025, in: <https://ogy.de/n5cv> [12.10.2025].
- 25 Canada Energy Regulator 2025: Market Snapshot: Overview of Canada-U.S. Energy Trade, 12.02.2025, in: <https://ogy.de/ok0s> [14.09.2025].
- 26 Koch, Matthias 2025: Richtung Hölle durch mehr Zölle, RedaktionsNetzwerk Deutschland, 02.04.2025, in: <https://ogy.de/z5b2> [11.10.2025].
- 27 Ebd.
- 28 Sargent, Tim/Shimooka, Richard/Tronnes, Jamie 2025: The Grand Bargain. A Path to Prosperity, Security, and Strength for the United States and Canada, Center for North American Prosperity and Security, 10.07.2025, S. 9, in: <https://ogy.de/rshu> [14.09.2025].
- 29 Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025: Trump kündigt zusätzliche Zölle gegen Kanada an, 26.10.2025, in: <https://ogy.de/g0x2> [26.10.2025].
- 30 De La Feld, Simone 2025: With CETA, the EU and Canada have increased bilateral trade by more than 70 per cent, Eunews, 16.06.2025, in: <https://ogy.de/nghl> [26.10.2025].
- 31 Lenkeit, Daniel 2023: Deutsch-kanadischer Handel wächst kräftig, GTAI, 14.02.2023, <https://ogy.de/s2pa> [26.10.2025], zitiert in: Krämer, Matthias 2025: Zusammenarbeit für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, BDI, 05.03.2025, in: <https://ogy.de/xm3j> [26.10.2025].
- 32 Kolev-Schaefer, Galina/Matthes, Jürgen 2025: US-Stahlzölle: Der Handelskrieg beginnt auch mit der EU, Institut der deutschen Wirtschaft, 11.02.2025, in: <https://ogy.de/nfgc> [26.10.2025].
- 33 ntv 2023: Kanada wird Militärpräsenz in Lettland „mehr als verdoppeln“, 10.07.2023, in: <https://ogy.de/ljgr> [11.10.2025].
- 34 Kennert, Matthias 2015: Die Mär von der multipolaren Weltordnung: Hegemonie in der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 05/2015, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, S. 1 und 4, in: <https://ogy.de/4aam> [29.10.2025].
- 35 Overhaus, Marco/Thimm, Johannes 2024: Die USA auf dem Weg in die Systemkrise, SWP-Aktuell 2024/A 16, Stiftung Wissenschaft und Politik, 11.03.2024, S. 8, in: <https://ogy.de/0asx> [11.10.2025].
- 36 Slomka, Marietta 2025: Was passiert da in den USA, Frau Applebaum?, Interview, ZDFheute, 09.03.2025, in: <https://ogy.de/fj48> [05.10.2025].

Balanceakt zwischen Nähe und Unabhängigkeit

Die Beziehungen zwischen Vietnam
und den USA unter Trump 2.0

Foto: © Zuma Press, Imago.



Auf einen Blick

Seit dem Ende des Krieges 1975 hat sich Vietnam von einem zerstörten Land zu einer dynamischen Exportnation entwickelt. Mit der Reformpolitik *doi moi* öffnete es sich 1986 der Marktwirtschaft und strebt an, bis 2045 eine Industrienation mit hohem Einkommen zu werden.

Die Beziehungen zu den USA wandelten sich von der Kriegsaufarbeitung zu enger wirtschaftlicher und strategischer Zusammenarbeit. Unter Präsident Biden erreichten sie 2023 mit einer „Umfassenden Strategischen Partnerschaft“ ihren Höhepunkt.

Nach guten Erfahrungen während Trumps erster Amtszeit blickte Hanoi zunächst positiv auf dessen

Wiederwahl, um schnell negativ überrascht zu werden. Nach der Verhängung eines 46-Prozent-Zolls reagierte Vietnam umgehend und handelte eine Reduktion auf 20 Prozent aus.

Die abrupte Einstellung von USAID-Programmen gefährdete jedoch Projekte zur Beseitigung von Kriegsfolgen und erschütterte das Vertrauen zwischen beiden Staaten.

Vietnam setzt auf wirtschaftliche Diversifizierung und technologische Weiterentwicklung. Mit seiner Bam-busdiplomatie balanciert es geschickt zwischen den Großmächten, um zur Not auch einen Rückschlag im Handel mit den USA verkraften zu können.



Lewe Paul ist Leiter des Auslandsbüros Vietnam der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als die Kämpfer des kommunistischen Nordvietnams im April 1975 in Saigon einmarschierten und den Zaun der US-Botschaft durchbrachen, war die Supermacht USA endgültig in ihre Schranken verwiesen. Der Demokratischen Republik Vietnam, die Ho Chi Minh 1945 ausgerufen hatte, war es gelungen, einen der brutalsten Konflikte des 20. Jahrhunderts für sich zu entscheiden. Damit endete die mehr als 100 Jahre währende Geschichte von Kolonialisierung und ausländischen Interventionen in Vietnam. So groß der Jubel in Hanoi war, die Wiedervereinigung von Nord und Süd zur Sozialistischen Republik Vietnam im Jahr 1976 brachte noch kein Ende des Leids: Durch den Krieg war das Land großflächig zerbombt, verseucht und traumatisiert. Um das kommunistische Vietnam größtmöglich zu isolieren, verhängten die USA direkt nach Kriegsende ein Handelsembargo. In den Folgejahren der sozialistischen Planwirtschaft lebte ein Großteil der Bevölkerung am Existenzminimum und Nahrungsknappheit war keine Seltenheit.

Im Jahr 1986 legte Vietnam schließlich mit seiner Politik der Erneuerung (*doi moi*), nach dem Vorbild der Volksrepublik China, den Grundstein für eine marktwirtschaftliche Entwicklung. Nachdem es größere Anreize gab, eine möglichst effektive Landwirtschaft zu betreiben, produzierte das Land innerhalb weniger Jahre einen Überschuss an Reis. Mit diesem Produkt begann auch der Außenhandel. Als sich das Land immer mehr der Weltwirtschaft zuwandte, hoben die USA unter Präsident Clinton 1994 schließlich ihr Embargo auf. Im Jahr darauf wurden diplomatische Beziehungen zwischen Washington und Hanoi aufgenommen. Im Zuge seiner Öffnung stellte Vietnam klar, dass es auf der Weltbühne nicht wieder zwischen die Fronten geraten würde. In seinem Weißbuch aus dem Jahr 1998

formalisierte es erstmals eine Politik der „Drei Neins“, nach der Vietnam keine militärischen Allianzen eingehen würde, keine ausländischen Militärbasen im eigenen Land dulden würde und in keiner Form die eigenen Ressourcen gegen Dritte einsetzen dürfte. Im Jahr 2019 fügte Vietnam ein viertes „Nein“ hinzu, wonach das Land jegliche Form von Gewalt und deren Androhung zur Durchsetzung nationaler Interessen verurteile.

50 Jahre nach dem Ende des Krieges, der in Vietnam heute der „Amerikanische Krieg“ genannt wird, hat sich das Land in eine dynamische Volkswirtschaft gewandelt. Seit 1985, als das Pro-Kopf-Einkommen noch bei 238 US-Dollar lag, hat es sich um den Faktor 20 erhöht und lag im Jahr 2024 bei 4.717 US-Dollar.¹ Angespornt von der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen 40 Jahre hat sich die politische Führung in Hanoi das Ziel gesetzt, ihr Land bis 2045, dem 100-jährigen Jubiläum der Staatsgründung, in eine Industrienation mit hohem Einkommen zu entwickeln. Der Motor für diese riesigen Ambitionen ist Vietnams exportorientiertes Gewerbe. In dieser Disziplin ist Vietnam fast mit keinem anderen Land zu vergleichen: Im Jahr 2023 trugen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen laut Weltbank 86,47 Prozent zu seiner Wirtschaftsleistung bei – verglichen mit einem Weltdurchschnitt von 45,02 Prozent, in dessen Größenordnung auch Deutschland rangiert. Eine offensichtliche Schwachstelle dieses Modells ist der Anteil von Vietnams Exporten in die USA; sie machen rund 30 Prozent des vietnamesischen Bruttoinlandsprodukts aus.² Gleichzeitig ist Vietnam in besonderem Maße auf China als Quelle von Rohstoffen und Bauteilen für die eigene Exportwirtschaft angewiesen. In beide Richtungen besteht daher ein großes Abhängigkeitsverhältnis.

Das Jahr 2025 markiert auch das 30-jährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Vietnam und den USA. In den Anfangsjahren konzentrierten sich die Beziehungen auf die Aufarbeitung des Krieges, den die USA zwischen 1965 und 1973 mit massiver Zerstörung in Vietnam führten. Zu dieser Aufarbeitung gehörten humanitäres Engagement und Abhilfen zur Überwindung der Folgeschäden durch das als Entlaubungsmittel eingesetzte Gift „Agent Orange“³. Ab den 2000er-Jahren nahm Handel eine zunehmend wichtige Rolle im Verhältnis der beiden Länder ein und mit dem ersten Hafenesuch eines US-amerikanischen Marineschiffs im Jahr 2003 signalisierten Hanoi und Washington eine weitere Normalisierung der Beziehungen. Unter Präsident Obama gingen die USA und Vietnam 2013 eine „Umfassende Partnerschaft“ ein, in der – neben vielen anderen Bereichen, von Bildung bis Klimawandel – auch eine Kooperation in der maritimen Sicherheit festgeschrieben war. Auch wenn dieses Niveau der Partnerschaft nur Rang drei in der diplomatischen Hierarchie Vietnams bedeutet, legten die beiden Länder damit den Grundstein für eine vertiefte Zusammenarbeit. Mit Nguyen Phu Trong besuchte 2015 erstmals ein Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams die USA.⁴ Im Jahr 2016 war die Vertrauensbasis so gewachsen, dass Obama die Entscheidung traf, ein bis dahin gültiges Waffenembargo gegen Vietnam aufzuheben.

Wenn zwei sich streiten ...

Wie in vielen anderen Kontexten markiert die erste Präsidentschaft von Donald Trump einen besonderen Punkt in den bilateralen Beziehungen. In der Rückschau ging Vietnam als einer der Gewinner aus dieser Episode hervor, die von einem Streit zwischen China und den USA geprägt war. Das bilaterale Handelsvolumen stieg von rund 52 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 auf mehr als 112 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021⁵, wobei das Handelsdefizit für die USA immer größer wurde: Während die US-amerikanischen Ausfuhren bei circa 11 Milliarden US-Dollar stagnierten, stiegen die vietnamesischen Exporte sprunghaft an. In diesem Zuge vergrößerte sich die Bandbreite des produzierenden

Gewerbes in Vietnam erheblich. Als Trump kurz nach seiner ersten gewonnenen Wahl zum Präsidenten die USA aus dem bis dahin lange vorbereiteten Handelsabkommen Trans-Pacific Partnership zurückzog, zeigte sich Hanoi enttäuscht, unterstützte aber nach Kräften die Alternative ohne die USA: Der APEC-Gipfel 2017 in Da Nang wurde ein Wegbereiter für die Unterzeichnung des Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership 2018 in Chile. Auch mit der EU wurden erfolgreich Verhandlungen geführt: Das EU-Vietnam Free Trade Agreement wurde 2019 unterzeichnet und ist seit August 2020 in Kraft, als zweites Freihandelsabkommen der EU in Südostasien (nach Singapur).

Groß- und Regionalmächte sind sich der Rolle Vietnams als wirtschaftlicher Motor und politischer Stabilitätsanker bewusst.

Die Beziehungen zwischen Hanoi und Washington erreichten ihren bisherigen Höhepunkt unter der Präsidentschaft von Joe Biden, als die beiden Länder 2023 eine „Umfassende Strategische Partnerschaft“ eingingen. Vorausgegangen waren Besuche des damaligen US-Verteidigungsministers Lloyd Austin und der Vizepräsidentin Kamala Harris sowie eine prominente Beteiligung US-amerikanischer Rüstungsunternehmen bei Vietnams erster internationaler Rüstungsmesse im Dezember 2022.⁶ Die neue Ebene der diplomatischen Beziehungen war ein Ausdruck steigender wirtschaftlicher Verflechtung und größeren Vertrauens in sicherheits- und rüstungspolitischen Fragen. Gleichzeitig manifestierte sich in diesem Upgrade die Bambusdiplomatie⁷, für die Vietnam inzwischen bekannt geworden ist. Nachdem Vietnam eine Umfassende Strategische Partnerschaft, als höchste Ebene seines diplomatischen Repertoires, bereits mit China (2008), Russland (2012) und Indien (2016) geschlossen hatte, nahm die Schlagzahl dieser Übereinkommen ab 2022 rapide zu: Vor

den USA trat Südkorea diesem Kreis bei, kurz darauf Japan und bis heute folgten mit Malaysia, Indonesien und Singapur drei südostasiatische Partner, Australien und Neuseeland als Vertreter des Indo-Pazifiks sowie Frankreich als erstes europäisches Land. Ende Oktober 2025 machte das Vereinigte Königreich diesen Schritt, nachdem Generalsekretär To Lam von Premierminister Keir Starmer in London empfangen wurde.

Dieses diplomatische Austarieren zeigt auf, wie sehr Hanoi darauf bedacht ist, Abhängigkeiten zu minimieren und seinen Anspruch auf Neutralität zu verankern. Gleichzeitig deutet die Ausweitung der Umfassenden Strategischen Partnerschaften auch darauf hin, dass sowohl Groß- als auch Regionalmächte ein eigenes Interesse an engen Beziehungen zu Hanoi haben und sich der Rolle Vietnams als ein wichtiger wirtschaftlicher Motor und politischer Stabilitätsanker in Südostasien bewusst sind. Dies gilt umso mehr im Falle der USA, die im Zuge der Aufwertung die zweite Stufe des vietnamesischen diplomatischen Werkzeugkastens – die „Strategische Partnerschaft“ – übersprangen. Besonders greifbar wird das wachsende politische Kapital Vietnams in einer Reihe von Besuchen auf höchster Ebene. In den Jahren 2023 bis 2024 erwarb sich Vietnam das Alleinstellungsmerkmal, in einem Zeitraum von neun Monaten die Präsidenten Biden, Putin und Xi jeweils zu Staatsbesuchen empfangen zu haben.

Vietnams Platz in Trumps Zoll-Universum

Um Vietnam in die Zollpolitik von Trump 2.0 einzuordnen, muss man sich vor Augen führen, auf welche Weise Vietnam während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump profitieren konnte. In dieser Zeit hatte Trump zwar bereits Handelsbarrieren als politisches Druckmittel eingesetzt, seine Maßnahmen richteten sich allerdings in erster Linie bilateral gegen China. In der Folge verlagerten viele chinesische und internationale Unternehmen ihre Produktion in andere Länder, wobei Vietnam sich durch ein niedriges Lohnniveau und verlässliche Rahmenbedingungen hervorhob. Angetrieben durch die Handelspolitik unter Trump 1.0, konnte Vietnam von

2018 bis 2022 seinen Anteil an den Einfuhren der USA, insbesondere im Bereich der Mobiltelefone und anderer elektronischer Geräte, von 4,6 auf 15,5 Prozent steigern. Bezeichnenderweise fiel der Anteil Chinas im Handel mit den USA für dieselbe Sparte in diesem Zeitraum von 63 auf 48 Prozent.⁸ Auch in diplomatischer Hinsicht konnte sich Hanoi während Trumps erster Präsidentschaft profilieren: Im Februar 2019 wurde Vietnams Hauptstadt zum Schauplatz des zweiten Gipfeltreffens zwischen Trump und Nordkoreas Diktator Kim Jong Un. Obgleich das Treffen keine besonderen Ergebnisse lieferte und sogar vorzeitig beendet wurde, bekräftigte es Vietnams Anspruch, als unabhängiger, stabiler und zuverlässiger Akteur wahrgenommen zu werden.

Die Bestürzung über Trumps Zollsatz von 46 Prozent war groß.

Da Trumps erste Regierungszeit in Vietnam mit einer positiven Entwicklung verknüpft war, fiel die Reaktion auf seine erneute Wahl zum Präsidenten im Jahr 2024 in Vietnam deutlich optimistischer aus als in Europa. Die USA waren als Absatzmarkt und damit als Rückgrat der vietnamesischen Industrie zu diesem Zeitpunkt fest etabliert, gekoppelt mit einer starken Importabhängigkeit von China für die eigene Produktion. Um bis zum Jahr 2045 den anvisierten Aufstieg zu einer Industrienation zu schaffen, muss die Kommunistische Partei den stark exportorientierten wirtschaftlichen Trend nicht nur beibehalten, sondern gleichzeitig in der Wertschöpfungskette einige Stufen nach oben klettern. Das Land ist in besonderem Maße auf Investitionen angewiesen, die technisches Know-how fördern und komplizierte, wertsteigernde Produktionsverfahren in Vietnam ermöglichen, um sein BIP über einen bestimmten Punkt zu bringen und das Szenario einer *middle-income trap*⁹ abzuwenden. Ein einschlägiges Beispiel dafür ist eine Investition von Nvidia von 250 Millionen US-Dollar in die angehende Zuliefererindustrie für Halbleiter in Vietnam.¹⁰ Diese und weitere Investitionen

gingen einher mit dem Aufschwung, den die Beziehungen seit rund einem Jahrzehnt erfuhren, und wurden in zeitlicher Nähe zur Aufwertung der Partnerschaft 2023 getätigt.

Umso größer war die Bestürzung, als Donald Trump am 2. April 2025 einen „reziproken“ Zollsatz von 46 Prozent gegen Vietnam verhängte.¹¹ Obwohl Vietnam im Vorfeld des „Liberation Day“ bereits angefangen hatte, Handelsbarrieren gegenüber den USA abzubauen, fand sich das Land in Trumps neuem Zoll-Universum ganz oben wieder und war unter den ASEAN-Staaten hinter Kambodscha (49 Prozent) und Laos (48 Prozent), die beide aber deutlich weniger wirtschaftlich mit den USA verflochten sind, am stärksten betroffen. Es dauerte nur zwei Tage, bis To Lam, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, nach der Zollankündigung mit Donald Trump telefonierte. Mit dieser schnellen Reaktion und der Versicherung, dass Vietnam seinerseits weitere Erleichterungen für die USA schaffen würde, zeigte To Lam seinem Gegenüber in Washington, wie wichtig ihm eine Einigung war. Der umgehende Anruf, den Donald Trump auf Truth Social lobend hervorhob¹², verdeutlichte auch den unbedingten Willen Vietnams, selbstbewusst für seine eigenen Interessen einzutreten und im Wettbewerb mit anderen Staaten nicht ins Hintertreffen zu geraten. Anfang April waren Konsultationen der ASEAN-Finanzminister zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region vorgesehen. Anstatt diese Gelegenheit unter Führung der malaysischen ASEAN-Präsidentschaft für eine abgestimmte Position gegenüber den USA zu nutzen, ging es der vietnamesischen Staatsführung offenbar darum, möglichst rasch die bestmöglichen Voraussetzungen für ein bilaterales Übereinkommen mit den USA zu schaffen.

Wichtige Säule der US-vietnamesischen Beziehungen: Auch 50 Jahre nach dem Ende des Vietnamkriegs werden weiterhin Minen und Blindgänger geräumt, wie hier in Quang Binh. Die US-Unterstützung für solche Projekte war in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend, um zwischen beiden Ländern Vertrauen aufzubauen.

Foto: © Anadolu Agency, Imago.

Anfang Juli, unmittelbar nach dem Ablauf der von Trump gewährten Schonfrist von 90 Tagen, in der ein Zollsatz von 10 Prozent galt, konnte Vietnam als drittes Land – nach dem Vereinigten Königreich und China – eine Einigung mit den USA vorweisen. Statt der angedrohten



46 Prozent, die einem Totalschaden gleichgekommen wären, sah sich Vietnam nun einem angepassten Satz von 20 Prozent ausgesetzt.¹³ Berichten zufolge hatten sich sowohl Verhandler als auch Unternehmer auf vietnamesischer Seite ein deutlich besseres Ergebnis erhofft¹⁴,

entscheidend ist letztlich jedoch, dass Vietnam damit unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit im regionalen Vergleich keinen Schaden davontrug. Allerdings behielt sich die US-Regierung vor, auf Durchgangsausfuhren eine höhere Abgabe von 40 Prozent zu erheben.



Nach traditionellem Verständnis betrifft dies jene Waren, die nach der Einfuhr in Vietnam schlicht mit einem neuen Etikett versehen und dann weiterverschifft werden. Beobachter der US-Handelspolitik gehen aber davon aus, dass Washington die Definition für Durchgangsexporte auf enger gefasste Herkunftsregeln ausweiten wird und dann auch Waren betroffen sein werden, bei denen der Großteil der Komponenten aus einem Drittland stammt, auch wenn die Weiterverarbeitung und Herstellung des Endprodukts im exportierenden Land erfolgt.¹⁵ Für Vietnam ergeben sich daraus zwei Handlungsimperative: Erstens muss es sich umso mehr darum bemühen, von der klassischen Produktfertigung in die breitere Herstellung von Bauteilen zu expandieren; zweitens muss es versuchen, sich soweit wie möglich von seiner Abhängigkeit von den USA als Konsummarkt zu lösen. Mit dieser Zielsetzung hat Premierminister Pham

Minh Chinh im September angekündigt, noch in diesem Jahr weitere Handelsabkommen mit dem Mercosur und den Staaten des Golf-Kooperationsrats zu schließen.¹⁶

Der Abbau von USAID zog Programmen zur Aufarbeitung von Kriegsfolgen den Boden unter den Füßen weg.

Wenn Transaktionalismus zu kurz greift

Abseits der Zollpolitik gab es zwei weitere markante Entwicklungen in den ersten Monaten der zweiten Amtszeit Trumps. Die erste betrifft Trumps transaktionalen Stil der Außenpolitik, den er seit Januar 2025 noch radikaler umsetzt



Bambusdiplomatie: Vietnam schließt zunehmend Umfassende Strategische Partnerschaften – so wie bereits 2012 mit Russland. Im September 2025 trafen sich Wladimir Putin und sein vietnamesischer Amtskollege Luong Cuong in Peking. Foto: © Zuma Press, Imago.

als in seiner ersten Amtszeit. Die zweite ist außerhalb der offiziellen Außenpolitik angesiedelt und bezieht sich auf die persönlichen und privatwirtschaftlichen Interessen des Präsidenten.

Die Entscheidung der Trump-Regierung, die Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit USAID abzubauen, zog in Vietnam verschiedenen Programmen zur Aufarbeitung von Kriegsfolgen den Boden unter den Füßen weg. Die Projekte zur Räumung von Minen und Blindgängern waren über Jahrzehnte eine Säule der Beziehungen und vor allem in den Anfangsjahren der diplomatischen Beziehungen essenziell, um Vertrauen zwischen Hanoi und Washington neu aufzubauen. Einen besonderen Stellenwert nahm ein Programm zur Beseitigung von Dioxin auf dem Gelände des ehemaligen US-Luftwaffenstützpunkts in Bien Hoa ein. Auf dieser Basis in der Nähe der Millionenstadt Saigon (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) hatte die US-Armee während des Kriegs einen Großteil des Gifts „Agent Orange“ verladen, von dem sie mehr als 40 Millionen Liter über Vietnam versprühte. Die verheerenden Langzeitfolgen für Mensch und Natur reichen bis in die Gegenwart. Daher war es ein Schritt von immenser Bedeutung, als die US-Regierung im Jahr 2019 eine Kooperation im Umfang von 430 Millionen US-Dollar mit dem vietnamesischen Verteidigungsministerium zusagte, um das verseuchte Gelände in einem aufwendigen Prozess nachhaltig zu reinigen.¹⁷

Als am 24. Januar 2025 alle USAID-Verträge abrupt eingestellt wurden, kamen auch die Säuberungsarbeiten in Bien Hoa zu einem Stopp. Bei diesem Projekt geht es aber nicht darum, eine Bombe nach der anderen unschädlich zu machen; die Arbeiter graben große Mengen vergifteter Erde auf und unterziehen sie einer Aufbereitung in verschiedenen Stufen. Als die Arbeiten zwangsweise unterbrochen wurden, konnten einige der offenen Becken nur behelfsmäßig abgedeckt werden und waren Wind und Regen ausgesetzt. Alarmiert von einer drohenden Verunreinigung der umliegenden Wasserläufe und der damit einhergehenden Gefahr für die Bevölkerung drängten die in Vietnam

stationierten US-amerikanischen Diplomaten Washington zum Umdenken.¹⁸ Vietnam verzichtete auf eine großangelegte öffentliche Bekanntmachung dieser Vorfälle, allerdings äußerte das vietnamesische Außenministerium am 13. Februar Bedenken zu der Einstellung der Aufbereitungsprogramme und ging dabei ausdrücklich auf Bien Hoa ein.¹⁹ Anfang März reagierte die Trump-Administration schließlich und ließ die Arbeit wieder aufnehmen. Im September erreichte das Projekt schließlich einen Meilenstein: Nach sechsjähriger Laufzeit übergab die US-Botschaft Zertifikate an das vietnamesische Verteidigungsministerium über die Dekontaminierung von sechs Hektar Land auf dem Gelände des ehemaligen Stützpunktes, was in etwa der Hälfte der betroffenen Fläche entspricht.²⁰ Ob das Projekt fortgesetzt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen.

Die Dramatik um das Rehabilitationsprojekt in Bien Hoa zeugt mindestens von Unwissen und Kurzsichtigkeit und schlimmstenfalls von Gleichgültigkeit aufseiten der Entscheidungsträger in Washington. Das Beispiel zeigt, wie die radikale Fokussierung auf reine Transaktionen zur Förderung von US-amerikanischen Interessen ihr Ziel verfehlen kann. Die Bedeutung der Aufbereitung von Folgeschäden des Kriegs ist im Verhältnis der beiden Länder kaum überzubewerten und wurde letztlich von der US-Regierung erkannt. Dennoch lässt sich festhalten, dass ein vermeidbarer diplomatischer Schaden eingetreten ist und die Beziehungen von einem klaren Bekenntnis zu allen Aufbereitungsprogrammen in Vietnam profitieren würden.

Privatwirtschaftliche Interessen der Trump-Familie

Seit Trumps zweitem Amtsantritt bemühen sich Staats- und Regierungschefs aus aller Welt um die persönliche Gunst des Präsidenten. In diesem Eifer hat das Überreichen von außergewöhnlichen Geschenken Schule gemacht. Bundeskanzler Merz überreichte Trump eine Geburtsurkunde dessen in Deutschland geborenen Großvaters, Premierminister Starmer holte im Oval Office einen persönlichen Brief von

König Charles hervor und das Emirat Katar hatte gar eine Boeing 747 im Wert von 400 Millionen US-Dollar parat. Wenn es aber um die Vorlieben des Präsidenten geht, stellt der Golfsport wahrscheinlich alles andere in den Schatten. Zwei Großprojekte der Trump Organization, im Verbund mit vietnamesischen Partnern, verdienen daher Beachtung.

Vietnam beschleunigt Genehmigungen für Trumps Golfanlage.

Das erste Projekt ist eine umfangreiche Golfanlage unweit von Hanoi. Mitte Mai 2025 feierte Eric Trump, zweitältester Sohn des Präsidenten und einer der Geschäftsführer der Trump Organization, gemeinsam mit vielen prominenten Gästen den Spatenstich. Erst im September 2024 hatte er die ersten Dokumente mit einer vietnamesischen Partnerfirma in New York unterzeichnet. Anwesend war dabei auch sein Vater Donald Trump, der sich wenige Wochen vor dem Wahltermin dafür Zeit nahm. Die erwartbare Dauer des Antragsprozesses, der zwischen diesen beiden Ereignissen liegen sollte, schätzte eine Recherche der New York Times für ein Projekt dieser Größenordnung auf zwei bis vier Jahre.²¹ Die nötigen Genehmigungen wurden auf vietnamesischer Seite jedoch priorisiert, wie Premierminister Chinh selbst verlauten ließ. Durch ihre Teilnahme an der Spatenstich-Zeremonie zeigte die vietnamesische Regierung ihre Unterstützung für das Projekt in aller Deutlichkeit. Für Eric Trump ging es nach der Feier direkt weiter nach Ho-Chi-Minh-Stadt, wo seine Firma in einem neu entstehenden Finanzzentrum ab 2026 einen Trump Tower mit mindestens 60 Stockwerken bauen will.²² In Anbetracht der Pläne, nach denen sich Vietnams größte Stadt und Wirtschaftszentrum des Landes in den kommenden Jahren zu einer integrierten Metropolregion entwickeln soll, ist diese Investition am Puls der Zeit.

Inwieweit die Bauprojekte der Trump Organization Einfluss auf das Verhältnis beider Länder

nehmen, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Das Weiße Haus erklärte, dass die in dieser Zeitspanne laufenden Verhandlungen über Handelsabkommen in keinem Zusammenhang mit den Aktivitäten der Trump Organization gestanden hätten. Für die Golfanlage lässt sich allerdings mit Gewissheit sagen, dass Vietnam den Plänen der Trump-Familie eine übergeordnete Bedeutung beimaß. Im Rahmen der Zeremonie im Mai betonte der Premierminister, dass das Projekt auch der Stärkung der bilateralen Beziehungen dienen sollte.

Ausblick: Wirtschaftsboom mit Netz und doppeltem Boden

In dem halben Jahrhundert seit 1975 haben sich die Beziehungen zwischen Vietnam und den USA auf beeindruckende Weise entwickelt. Der Vietnamkrieg stellt für beide Länder ein einschneidendes Trauma dar, das Generationen prägte und bis in die Gegenwart hineinwirkt. Umso bemerkenswerter ist der privilegierte Status der Beziehungen, den Präsident Biden und Generalsekretär Nguyen Phu Trong im Jahr 2023 beschlossen haben. Um dorthin zu gelangen, musste eine neue Vertrauensbasis geschaffen und über Jahre gefestigt werden: von der marktwirtschaftlichen Öffnung Vietnams 1986 über die Rehabilitationsmaßnahmen in den 1990er-Jahren bis hin zu den ersten Hafensbesuchen US-amerikanischer Marineschiffe Anfang des neuen Jahrtausends. In dieser Abfolge stellt die nahezu kompromisslose Streichung der USAID-Programme unter Trump ein erhebliches Risiko dar. Die Unterbrechung des Bien-Hoa-Projekts griff die Vertrauensbasis in ihrer Substanz an. Seine Fortsetzung war von großer Bedeutung.

Am wichtigsten für die Annäherung war die wirtschaftliche Integration beider Länder, die sich mit dem Wachstum Vietnams stetig erhöhte und insbesondere durch den Handelskrieg der ersten Trump-Regierung gegen China einen gewaltigen Sprung machte. Für die Entwicklung der nächsten 20 Jahre steht Vietnam vor einem enormen eigenen Anspruch und großen Herausforderungen. Will es sein Ziel erreichen, bis 2045 in den „Club der Industrienationen“ aufzusteigen, muss

es bereit sein, mutige und radikale Entscheidungen zur Neuordnung und Stärkung seiner Wirtschaft zu treffen. Dazu zählt die umfassende Verwaltungsreform, die To Lam fast unmittelbar nach seiner Amtseinführung als Generalsekretär der Kommunistischen Partei angestoßen hat, ebenso wie die massive Förderung des Privatsektors. Auch die schnelle Umsetzung von Projekten wie denen der Trump Organization zeugt von einem gefestigten politischen Willen zur Umsetzung von Vorhaben von großer Tragweite mit Blick auf die eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen.

Gleichzeitig versteht es Vietnam wie kaum ein anderes Land, auf pragmatische Weise Partnerschaften zu schließen und so das Risiko eines einseitigen Schocks zu minimieren. Beachtlich ist dabei vor allem, dass es Vietnam gelingt, bei einer Vielzahl von anderen Ländern ein hohes Gegeninteresse zu generieren und im Ausbalancieren verschiedener Partnerschaften nicht von den geopolitischen Mühlen zerrieben zu werden. Wissend um seine große Abhängigkeit von den USA im Export und bei Investitionen hat Vietnam eine Einigung im Zollstreit ganz oben auf die Agenda gesetzt und durch den Einsatz von großem politischem Kapital im Eiltempo vollzogen. Im selben Zug verliert Hanoi keine Zeit, seine Absicherung anderswo weiter voranzutreiben. Vietnam wird alles dafür tun, weiter schnell zu wachsen und sich in der Weltwirtschaft als unverzichtbarer Produktionsstandort auch im Segment der Hochtechnologie zu verankern. Es wäre äußerst schmerzhaft für Vietnam, bei der wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA zurückstecken zu müssen. Aber falls diese Säule zu bröckeln droht, will Vietnam bestmöglich vorbereitet sein. In Europa schaffen Frankreich und das Vereinigte Königreich in jüngster Zeit die diplomatischen Grundlagen, um noch zielgerichteter mit Vietnam zu kooperieren. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen, um den Anschluss an eine der wichtigsten Wachstumsgeschichten in den kommenden Jahrzehnten nicht zu verpassen.

- 1 World Bank Group: GDP per capita (current US\$) - Viet Nam, in: <https://ogy.de/m5by> [18.08.2025].
- 2 Guarascio, Francesco 2025: Vietnam's US exports account for 30% of GDP, making it highly vulnerable to tariffs, Reuters, 25.02.2025, in: <https://ogy.de/4ds3> [18.08.2025].
- 3 „Agent Orange“ ist ein chemisches Entlaubungsmittel, das die US-Streitkräfte während des Vietnamkriegs großflächig eingesetzt haben, um den dichten Dschungel, in dem sich die Guerillakämpfer des Vietcong versteckten, zu entlauben und deren Nahrungsgrundlagen zu zerstören. Das in dem Mittel enthaltene Dioxin rief sowohl bei der vietnamesischen Bevölkerung als auch bei US-Soldaten schwere Gendefekte hervor, die bis heute andauern.
- 4 U.S. Embassy & Consulate in Vietnam: Chronology of U.S. - Vietnam Relations, in: <https://ogy.de/r6js> [25.09.2025].
- 5 United States Census Bureau: Trade in Goods with Vietnam, in: <https://ogy.de/l8bw> [27.10.2025].
- 6 Mai, Lauren / Poling, Gregory B. / Quitzon, Japhet 2024: An Indispensable Upgrade: The U.S.-Vietnam Comprehensive Strategic Partnership, Center for Strategic and International Studies, 19.08.2024, in: <https://ogy.de/yahf> [30.08.2025].
- 7 Die Bambusdiplomatie ist zentraler Bestandteil der aktuellen Außenpolitik Vietnams. Sie nutzt das Bild des Bambus – starke Wurzeln, ein stabiler Stamm und flexible Äste – als Metapher für die Prinzipien und Strategien, nach denen Vietnam seine internationalen Beziehungen gestaltet.
- 8 Yamashita, Nobuaki / Ha, Doan Thi Thanh 2024: The Third-country Effect of the United States-China Trade War on Viet Nam, ERIA Discussion Paper Series Nr. 531, Economic Research Institute for ASEAN and East Asia, 26.09.2024, in: <https://ogy.de/kepl> [13.09.2025].
- 9 „Middle Income Trap“ bezieht sich auf ein wirtschaftliches Entwicklungsphänomen, bei dem Länder nach einer Phase raschen Wachstums von einem niedrigen zu einem mittleren Einkommensniveau aufsteigen, anschließend jedoch in ihrer weiteren Entwicklung stagnieren und den Sprung zu einem hochentwickelten, wohlhabenden Industrieland nicht schaffen.
- 10 Zhang, Vincent / Faida, Arrizka / Nishiuwatoko, Lei 2024: Vietnam's Semiconductor Industry Attracts US Investments, East-West Center, 25.03.2024, in: <https://ogy.de/w1t8> [25.09.2025].
- 11 The White House 2025: Regulating Imports with a Reciprocal Tariff to Rectify Trade Practices that Contribute to Large and Persistent Annual United States Goods Trade Deficits, Annex I, 02.04.2025, in: <https://ogy.de/75u8> [31.10.2025].
- 12 Viet Nam News 2025: Việt Nam takes swift, proactive actions in response to new US tariff policy, 08.04.2025, in: <https://ogy.de/imct> [29.10.2025].
- 13 Buerstedde, Peter 2025: Vietnam kommt bei US-Zöllen mit blauem Auge davon, Germany Trade & Invest, 01.08.2025, in: <https://ogy.de/mwul> [29.10.2025].
- 14 Ebd.
- 15 The Economist 2025: Fee-asco: why Trump's tariffs have hit South-East Asia so hard, Money Talks Podcast, 14.08.2025, in: <https://ogy.de/05on> [25.09.2025].
- 16 Vu, Khanh / Guarascio, Francesco 2025: Vietnam PM seeks new trade deals to counter US tariff impact, Reuters, 24.09.2025, in: <https://ogy.de/yk7q> [25.09.2025].

- 17 Barry-Jester, Anna Maria / Murphy, Brett 2025: Trump Halted an Agent Orange Cleanup. That Puts Hundreds of Thousands at Risk for Poisoning., ProPublica, 17.03.2025, in: <https://ogy.de/wzka> [06.10.2025].
- 18 Ebd.
- 19 Voice of Vietnam 2025: Vietnam's stance on US decision regarding USAID, 13.02.2025, in: <https://ogy.de/0eez> [25.09.2025].
- 20 Anh, Phương 2025: US Embassy Hands over 6 Hectares of Dioxin-remediated Land at Bien Hoa Airbase Area, Vietnam Times, 18.09.2025, in: <https://ogy.de/xup6> [29.10.2025].
- 21 Cave, Damien 2025: Why Vietnam Ignored Its Own Laws to Fast-Track a Trump Family Golf Complex, The New York Times, 25.05.2025, in: <https://ogy.de/qytn> [13.09.2025].
- 22 Guarascio, Francesco 2025: Exclusive: Work on \$1 bln Trump Tower in Vietnam could start next year, source says, Reuters, 30.05.2025, in: <https://ogy.de/g6n6> [30.09.2025].

Rückkehr zur strategischen Ambiguität

Die Beziehungen der USA zu Taiwan unter Trump 2.0

TSMC CEO C. C. Wei & Donald Trump, Foto: © ABACA Press, Imago.



Auf einen Blick

In der zweiten Amtszeit Donald Trumps erlebt das Verhältnis zwischen den USA und Taiwan eine Rückkehr zur strategischen Ambiguität. Während Trumps erste Amtszeit durch vertiefte sicherheitspolitische und wirtschaftliche Kooperation geprägt war, betont seine aktuelle Politik stärker Eigenverantwortung und Kostenteilung. Taiwan wird zunehmend aufgefordert, seine Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um Washingtons Unterstützung zu sichern.

Diese Forderungen treffen auf ein innenpolitisch polarisiertes Taiwan. Spannungen zwischen der Demokratischen Fortschrittspartei und der oppositionellen Kuomintang erschweren eine verlässliche Verteidigungsplanung. Verzögerte US-Rüstungslieferungen verstärken Zweifel an der Verlässlichkeit Washingtons.

Zugleich entstehen neue wirtschaftliche Abhängigkeiten. Trumps protektionistische Handelspolitik und die Verlagerung von Halbleiter- und Energieinvestitionen in die USA erhöhen Taiwans Verwundbarkeit. Auch in der Ernährungssicherheit wächst die Abhängigkeit von US-amerikanischen Importen.

Zur Stärkung seiner Resilienz sollte Taiwan seine außenwirtschaftlichen Beziehungen diversifizieren. Eine engere Kooperation mit Europa in Verteidigungstechnologie, erneuerbaren Energien und Kapazitätsaufbau könnte helfen, strukturelle Abhängigkeiten zu verringern und langfristige Stabilität zu sichern.



Marcin Jerzewski ist Leiter des Taiwan-Büros des European Values Centre for Security Policy.

Taiwan – eine selbstverwaltete, demokratische Inselrepublik, die von der Kommunistischen Partei Chinas als ihr eigenes Territorium beansprucht wird, obwohl sie dort niemals die Kontrolle ausgeübt hat – unterhält seit Langem enge und vielschichtige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und ist in Fragen internationaler Anerkennung, Rüstungsbeschaffung und diplomatischer Unterstützung in hohem Maße auf Washington angewiesen. Als seltenes Beispiel parteiübergreifender Einigkeit genießen die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan starke Unterstützung sowohl von Republikanern als auch von Demokraten, wie die enge Zusammenarbeit unter der ersten Trump-Administration und die beispiellose Ausweitung des militärischen und sicherheitspolitischen Austauschs unter der Biden-Administration zeigen. Dennoch wirft Trumps Ansatz der Zwangsdiplomatie während seiner zweiten Amtszeit Fragen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Beziehungen zwischen den USA und Taiwan auf. Inwieweit wird Washington, das „zwischen Isolationismus und imperialer Überdehnung schwankt“¹, seine Abschreckungsbemühungen zur Wahrung des prekären Friedens um Taiwan fortsetzen?

Donald Trumps Haltung gegenüber Taiwan scheint sich zwischen seiner ersten und zweiten Präsidentschaft gewandelt zu haben. In seiner ersten Amtszeit stärkte Trump die institutionelle Kontinuität und öffentliche Präsenz der US-Taiwan-Politik. Washington vereinfachte und normalisierte den Waffenverkaufsprozess, genehmigte Rüstungspakete in Rekordhöhe von insgesamt rund 18,3 Milliarden US-Dollar² und ergänzte diese durch intensiviertere Kontakte auf Führungsebene sowie neue Kooperationsfelder in Bereichen wie Cyberabwehr und Energie. Darüber hinaus machte die US-Marine ihre Durchfahrten durch die Taiwanstraße öffentlich

und etablierte sie als Routinepraxis, während der seit 2020 jährlich stattfindende Economic Prosperity Partnership Dialogue³ einen zusätzlichen Kanal für die wirtschaftliche und technologische Koordinierung schuf.⁴

In Trumps zweiter Amtszeit haben jedoch die Stimmen der Vertreter einer restriktiven Interventionspolitik innerhalb der Administration weiter an Einfluss gewonnen.⁵ Die sich abzeichnende neue Herangehensweise der US-Politik räumt Taiwans eigener Verteidigungsbereitschaft Vorrang vor Verpflichtungen zu einer offenen militärischen Intervention der USA im Falle einer Auseinandersetzung ein und argumentiert, dass die Risiken einer direkten Konfrontation zwischen Großmächten die potenziellen Vorteile überwiegen würden. Diese Neuausrichtung wurde von schärferer Rhetorik in Bezug auf die Lastenteilung unter Verbündeten begleitet – wobei Trump Taiwan als Trittbrettfahrer bezeichnete, der die USA „nicht anders als eine Versicherungsgesellschaft“⁶ behandle. Was Taipeh zu öffentlichen Beteuerungen veranlasste, man erwarte weder eine Rettung noch wolle man sich der Verantwortung entziehen.⁷ Jüngste Berichte, wonach Trump einen Teil der US-Militärhilfe für Taiwan ausgesetzt habe, um den Weg für ein mögliches Handelsabkommen mit China zu ebnen, unterstreichen einmal mehr die transaktionale Haltung seiner Administration⁸ – auch wenn die Waffenverkäufe an Taipeh weiterhin florieren dürften. Während Bidens Erklärungen zu Sicherheitsgarantien den Diskurs über Taiwan zweifellos in Richtung strategischer Klarheit verschoben haben, markiert die zweite Amtszeit Trumps eine Rückkehr zur strategischen Ambiguität.

Infolgedessen befindet sich Taiwan in einer vielschichtigen Krise, die seine Widerstandsfähig-

keit, Abschreckungsfähigkeit und internationale Legitimität auf die Probe stellt. Innenpolitisch hat die Unfähigkeit der beiden großen Parteien, effektive Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive aufzubauen, die politische Polarisierung verschärft und Taipehs Fähigkeit beeinträchtigt, angemessene Haushaltserhöhungen für Verteidigungsausgaben zu bewilligen. Diese innenpolitischen Spannungen wurden besonders während des Great Recall Movements im Jahr 2025 sichtbar. Ziel der Kampagne war es, Abgeordnete der oppositionellen Kuomintang (KMT) ihres Amtes zu entheben. Ihnen wurde vorgeworfen, eine zu große Nähe zu China zu pflegen und dadurch die demokratische Ordnung Taiwans zu untergraben. Im Kontext der Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg eskaliert China weiterhin seine aggressive Haltung gegenüber Taiwan durch verschiedene, in einer Grauzone und unterhalb der Kriegsschwelle liegende Taktiken, darunter die Militarisierung der Küstenwache, Einsätze in Taiwans Luftverteidigungsidentifikationszone (Air Defence Identification Zone, ADIZ) sowie Eingriffe in die kritische maritime Infrastruktur der Inselrepublik.

Taipeh ist stark auf US-amerikanische Waffenverkäufe angewiesen, um seine Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern.

Nicht zuletzt muss Taiwan in einem zunehmend globalisiertem System, das eher von materieller Macht und Eigeninteressen als von normativen Prinzipien oder moralischen Maßstäben definiert ist, seine Strategie der informellen diplomatischen Beziehungen überdenken, die auf dem Konzept der „Gleichgesinntheit“ und dem Streben nach gemeinsamen Werten beruht. Die Unsicherheit in Taipehs Beziehungen zu Washington unter Trump 2.0 könnte die Tragweite dieser miteinander verknüpften Aspekte noch weiter verschärfen.

Druck auf Taiwans Verteidigungsausgaben – Lastenverteilung im „NATO-Stil“

Unter Trumps erneuter Führung haben US-Beamte Taiwan offen dafür kritisiert, dass das Land nicht ausreichend in seine eigene Verteidigung investiere. Im März 2025 rügte Trumps Kandidat für einen Spitzenposten im Pentagon, Elbridge Colby – heute Staatssekretär für Kriegspolitik –, Taipeh dafür, dass es „deutlich weniger als drei Prozent seines BIP“ für Verteidigung ausgibt, und forderte in beispielloser Weise eine Vervierfachung der Ausgaben.⁹ Wichtig ist, dass diese Forderung nicht nur einen konzeptionellen Wandel in der Lastenteilung darstellt, sondern auch die kommerziellen Interessen der USA widerspiegelt, da Taipeh aufgrund diplomatischer Einschränkungen gegenüber anderen Anbietern fast ausschließlich auf US-amerikanische Waffenverkäufe angewiesen ist, um seine Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern.

Angesichts der Brisanz von Trumps Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben hat Taipeh mit der Zusage von Haushaltsaufstockungen reagiert. Präsident Lai Ching-te verkündete das Ziel, die Verteidigungsausgaben im Jahr 2025 auf mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Die Regierung plant nun, diesen Anteil bis 2026 auf 3,32 Prozent zu erhöhen – erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt würde damit die Drei-Prozent-Marke überschritten. Langfristig ist eine sukzessive Anhebung auf bis zu fünf Prozent des BIP bis zum Jahr 2030 vorgesehen.¹⁰ Doch selbst jene aufgestockten Ausgaben bleiben hinter den Erwartungen Washingtons. Die zurückhaltende Ausgabenpolitik Taiwans hat unter US-amerikanischen Entscheidungsträgern Besorgnis ausgelöst. Sie betonen, dass es nicht sein könne, dass das Maß an Dringlichkeit, das die USA in Verteidigungsfragen Taiwans an den Tag legen, jenes der Inselrepublik übersteigt. Tatsächlich erklärte Colby vor dem Kongress, er sei „zutiefst beunruhigt“ über Anzeichen, dass Taiwan seine Verteidigungsausgaben kürzen könnte,¹¹ während ein ehemaliger Berater Trumps unverblümt erklärte, wenn Taiwan nicht bereit sei, die Last seiner eigenen Sicherheit zu tragen, riskiere es, in Washington

eher als „Belastung statt als Gewinn“ angesehen zu werden.¹² Diese Dynamik – dass US-Sicherheitsgarantien an Taiwans eigenes Engagement gebunden werden – markiert einen bedeutsamen Wandel.

Innenpolitik und Verteidigungshaushalt

Innenpolitische Faktoren erschweren zudem Taipehs Kalkül in Bezug auf seinen derzeitigen Umgang mit Washington. Im Jahr 2024, dem globalen „Superwahljahr“, gingen sowohl die Bürger Taiwans als auch der Vereinigten Staaten an die Urnen. In der asiatischen Demokratie erzielte die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) einen beispiellosen dritten aufeinanderfolgenden Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen. Gleichzeitig verlor die Partei jedoch ihre Mehrheit im Legislativ-Yuan (Parlament), was eine – bislang nur wenig erfolgreiche – Zusammenarbeit zwischen der von der DPP geführten Exekutive und einer informellen Koalition aus KMT und

Taiwanesischer Volkspartei (TPP) erforderlich machte.

Einer der zentralen Streitpunkte zwischen den beiden Parteien war der Staatshaushalt: Die von der KMT kontrollierte Legislative verabschiedete den Haushalt für 2025 mit beispiellosen Kürzungen oder dem Verzicht auf Mehrausgaben in fast allen Politikbereichen. Auch die Verteidigungsprioritäten der DPP – heimische U-Boote und Zivilschutzprogramme – gerieten dabei deutlich ins Visier. Führende Vertreter der KMT äußerten offen Zweifel an der Umsetzbarkeit des U-Boot-Programms und rechtfertigten das Einfrieren der Mittel damit, dass diese Maßnahme sicherstellen solle, dass erst nach erfolgreichen Seeabnahmetests weitere Gelder freigegeben würden.

Die Abgeordneten der KMT stellten auch die Nachhaltigkeit einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf Kosten anderer Politikbereiche infrage, die ebenfalls für die gesamtstaatliche



Umstrittene Prioritätensetzung: Trotz der Einigung zwischen den USA und Taiwan auf eine asymmetrische Verteidigungsstrategie setzt Taipeh teils weiterhin auf traditionelle, kostspielige Systeme – wie etwa auf F-16-Kampfflugzeuge, die 2019 rund 70 Prozent des Verteidigungshaushalts verschlangen. Foto: © NurPhoto, Imago.

Resilienz von Bedeutung sind – eine Argumentation, die an die in Europa häufig geführten „Kanonen-statt-Butter“-Debatten angesichts der anhaltenden Völlinvasion in der Ukraine erinnert. Tatsächlich verstärkte der Rückzug der US-Unterstützung für die Ukraine Anfang 2025 die Skepsis der Opposition gegenüber dem, was sie als übermäßige Abhängigkeit von den USA in Fragen der nationalen Sicherheit betrachtete. „Hat die Ukraine nicht Entschlossenheit gezeigt? Und wurde sie nun nicht rücksichtslos im Stich gelassen?“, ¹³ fragte Kin Cyang, KMT-Abgeordneter und damaliger Co-Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Nationale Verteidigung.

Im August 2025 verabschiedete der Legislativ-Yuan eine Sonderregelung, die es der Exekutive erlaubt, einen Sonderhaushalt für Verteidigungsbeschaffungen als Reaktion auf Chinas militärische Aktivitäten rund um Taiwan aufzustellen. Die Beschaffung der erforderlichen Materialien sollte im Inland erfolgen, um der Wirtschaft des Landes angesichts des Zolldrucks durch Trump 2.0 einen zusätzlichen Impuls zu verleihen. Dennoch offenbaren die anfänglichen Versuche der informellen KMT-TPP-Koalition, Mittel für Verteidigungsprogramme zurückzuhalten, gravierende Schwächen in der sicherheitspolitischen Ausrichtung des Landes – bedingt durch parteipolitische Polarisierung und die zunehmende Instrumentalisierung von Sicherheits- und Verteidigungsausgaben.

Asymmetrische Verteidigung: Gemeinsame Ziele, unterschiedliche Visionen

Neben den Ausgaben ist ein weiterer wichtiger Verhandlungspunkt in den US-taiwanesischen Verteidigungsbeziehungen die Mittelverteilung auf einzelne Beschaffungsprojekte. Sowohl Taipeh als auch Washington sind rhetorisch der Ansicht, dass Taiwan eine asymmetrische Verteidigungsstrategie verfolgen sollte. Diese sogenannte „Stachelschwein“-Strategie setzt auf kleine, mobile und kosteneffiziente Waffensysteme, um die weitaus größere Volksbefreiungsarmee abzuschrecken. In der Praxis waren sich die beiden Seiten jedoch nicht immer einig darüber,

was asymmetrische Verteidigung konkret in Bezug auf Beschaffungsprioritäten bedeutet.

Die Vereinigten Staaten neigen dazu, ein optimales Arsenal für die asymmetrische Kriegsführung als eines zu definieren, das stark auf Schiffsabwehr- und Flugabwehrraketen, See- und Küstenverteidigungsfahrzeuge, Drohnen und Cyberfähigkeiten ausgerichtet ist – also Systeme, die einem Angreifer mit minimalen Kosten maximalen Schaden zufügen können.¹⁴ US-Beamte sind zunehmend frustriert, dass Taiwan stattdessen großzügig in traditionelle, kostspielige Rüstungsgüter investiert. So verschlang beispielsweise Taiwans Entscheidung aus dem Jahr 2019, neue F-16-Kampfflugzeuge zu kaufen, 70 Prozent des Verteidigungsbudgets jenes Jahres für ein einzelnes Beschaffungsvorhaben – ein Schritt, der in Washington angesichts des dringenderen Bedarfs Taiwans an überlebensfähigen Luftverteidigungssystemen und Lenkflugkörpern als ineffizient angesehen wurde.¹⁵ Zuletzt versuchte Taipeh, fortschrittliche Frühwarnflugzeuge vom Typ „E-2D Hawkeye“ und U-Boot-Jagd-Hubschrauber zu erwerben, doch die US-Seite lehnte die Anfrage ab, da sie nicht mit Taiwans Bedarf an asymmetrischen Fähigkeiten vereinbar sei.¹⁶ Diese Weigerung der USA, bestimmte High-End-Systeme zu verkaufen, spiegelt die Auffassung wider, dass Taiwan stärker in größere Mengen kleinerer Waffen investieren sollte, anstatt auf einige wenige teure Systeme zu setzen, die Chinas Volksbefreiungsarmee in einem konventionellen Konflikt frühzeitig zerstören könnte.

Washington legt den Schwerpunkt auf die Abwehr einer massiven Invasion oder eines Raketenangriffs.

Diese unterschiedliche Operationalisierung „asymmetrischer Fähigkeiten“ für Taiwan offenbart eine grundlegende Kluft zwischen

der Bedrohungswahrnehmung der USA und Taiwans. Washington legt den Schwerpunkt auf die Abwehr einer massiven Invasion oder eines Raketenangriffs und betrachtet asymmetrische Systeme als den wirksamsten Weg, einen schnellen Sieg zu verwehren. Taiwans Verteidigungsplaner erkennen zwar die Gefahr einer konventionellen kinetischen Auseinandersetzung an, insbesondere im Rahmen physischer Konfliktszenarien, setzen aber vorrangig auf die Fähigkeit, auf Angriffe im Grauzonenbereich zu reagieren, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind. Dazu gehören ständige Verletzungen des Luftraums und der Hoheitsgewässer durch chinesische Streitkräfte sowie andere Erscheinungsformen von Druckausübung unterhalb der militärischen Eskalationsschwelle. Folglich befürchten viele in Taiwan, dass eine ausschließliche Abhängigkeit von asymmetrischen Mitteln (etwa Raketen ohne Luftstreitkräfte oder Mini-Raketenboote ohne größere Schiffe) die Fähigkeit des Staates beeinträchtigen könnte, auf solche Grauzonentaktiken angemessen zu reagieren oder die Kontrolle über seinen Luftraum und seine Seegebiete zu wahren.

Selbst überzeugte Befürworter der Asymmetrie in Taiwan räumen ein, dass ein Verzicht auf traditionelle Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe den Verlust der „Grundkapazitäten“ bedeuten könnte, die für die Bewältigung einer Reihe von Notfällen erforderlich sind. Einerseits unterstreicht ihr Argument möglicherweise die Notwendigkeit für Taiwans Militär, einige moderne Kampfflugzeuge, Schiffe und Panzer zu behalten, um in Szenarien ohne vollständige Invasion zu gewährleisten, dass Taiwan gegenüber Peking handlungsfähig bleibt. Andererseits könnte diese Argumentation auf eine institutionelle Trägheit hindeuten: Generationen von taiwanesischen Offizieren wurden für den Einsatz traditioneller Waffensysteme ausgebildet, und eine plötzliche Umstellung auf unkonventionelle asymmetrische Konzepte schürt Befürchtungen innerhalb der Streitkräfte, den Anforderungen dieser neuen Strategien nicht gewachsen zu sein.¹⁷ Diese Faktoren erklären, warum Taiwan trotz der Befürwortung asymmetrischer Prinzipien auf dem Papier weiterhin eine Mischung aus symmetrischen Fähigkeiten (F-16Vs, heimische U-Boote,

fortschrittliche Raketen) kauft – ein Absicherungsansatz, der US-Berater manchmal frustriert. Die wichtigste Lehre für Taiwan ist hier, dass es möglicherweise die Modernisierung seines Militärs beschleunigen muss, um den Erwartungen der Trump-2.0-Administration gerecht zu werden. Während die oben genannten wirtschaftlichen Interessen weiterhin eine wichtige Rolle bei den Verteidigungsbeziehungen zwischen den USA und Taiwan spielen werden, ist Washington offensichtlich nicht nur an den ausgegebenen Dollars interessiert, sondern auch daran, wie diese ausgegeben werden. Die vierjährige Überprüfung der Verteidigungsstrategie (Quadrennial Defence Review) im Jahr 2025 sieht vor, dass die Anschaffung von Ausrüstung zur Stärkung asymmetrischer Fähigkeiten künftig Vorrang haben wird.¹⁸ Es bleibt jedoch abzuwarten, ob Taipeh in der Lage sein wird, sich mit der Trump-2.0-Administration hinsichtlich der Ausrichtung seiner Militärmodernisierung zu verständigen.

Verzögerte Waffenlieferungen: Die logistische Grenze des Vertrauens

Selbst wenn Taiwan sein Verteidigungsbudget aufstockt und neue Waffen bestellt, droht eine weniger diskutierte Einschränkung, seine militärische Einsatzbereitschaft zu untergraben: chronische Verzögerungen bei der Lieferung von US-Waffen. Im Juni 2025 belief sich der Wert der nicht gelieferten US-Waffenverkäufe an Taiwan auf rund 21,5 Milliarden US-Dollar – ein Rückstand, der sich hauptsächlich aus Geschäften ergab, die während Trumps erster Amtszeit genehmigt wurden.¹⁹ Sollten Washington und die US-amerikanische Rüstungsindustrie ihre anhaltenden Lieferprobleme nicht beheben können, liefe Taiwan Gefahr, China mit veralteter Ausrüstung – etwa Artillerie aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs – entgegenzutreten, da neue Ersatzsysteme noch nicht geliefert wurden.

Die Verzögerungen sind mit erheblichen strategischen Kosten verbunden, die sowohl finanziell als auch im Hinblick auf Taiwans internationale Reputation messbar sind. Zum einen behindern sie die Modernisierung der Streitkräfte, sodass trotz hoher Beschaffungskosten wichtige Lücken

in den Fähigkeiten bestehen bleiben. Zum anderen untergraben sie das politische Vertrauen und die Dynamik in Taiwans Verteidigungsinvestitionen. Die taiwanesischen Gesetzgeber sind zunehmend zurückhaltend bei der Bewilligung großer Budgets, wenn die bezahlten Waffen möglicherweise nicht rechtzeitig geliefert werden. Tatsächlich waren die verzögerten US-Waffenverkäufe auch ein wesentlicher Grund für die Haushaltssperre, die das Parlament Anfang 2025 verhängt hatte. Die Logik dahinter ist, die Mittel so lange treuhänderisch zu verwalten, bis Fortschritte bei den Lieferungen nachgewiesen werden können – ein klares Zeichen der Frustration über die Verzögerungen US-amerikanischer Lieferanten.

Trumps transaktionale Herangehensweise bei Sicherheitsfragen hat dazu geführt, dass er von Taipeh verlangt, für seinen Schutz zu „bezahlen“.

Das Ausbleiben der versprochenen Waffen untergräbt das Vertrauen der Steuerzahler in den Wert der Verteidigungshaushalte, was es für die Gesetzgeber schwieriger macht, solche Zuweisungen – und vor allem deren Aufstockung – gegenüber ihren Wählern zu rechtfertigen. Dies führt zu einem Teufelskreis: Verspätete Lieferungen verlangsamen den militärischen Aufrüstungsprozess Taiwans und die Enttäuschung wiederum führt dazu, dass das Parlament Anschaffungen noch kritischer prüft, bevor es sie genehmigt. Um diesen Kreis zu durchbrechen, sind gezielte Maßnahmen in Washington erforderlich. Eine Beschleunigung der Produktionslinien, die Priorisierung Taiwans in den Exportwarteschlangen oder sogar die Entnahme aus US-Lagerbeständen (wie es unter Biden teilweise mit Stinger-Raketen im Rahmen der Presidential Drawdown Authority²⁰ geschehen ist) könnten dazu beitragen, den Rückstand abzubauen. Wenn es der Trump-Regierung gelingt, den Rückstand während ihrer

zweiten Amtszeit sichtbar zu verringern, würde dies die kurzfristige Einsatzbereitschaft Taiwans stärken und auch der taiwanesischen Öffentlichkeit versichern, dass die USA ein verlässlicher Sicherheitspartner sind. Umgekehrt wären weitere Verzögerungen – sei es aufgrund bürokratischer Trägheit oder neuer Konflikte, die Lieferungen umleiten – ein schwerer Schlag für Taiwans Verteidigungsvorbereitungen – und das zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Wirtschaftliche und nichttraditionelle Sicherheitsdimension der US-Taiwan-Beziehungen

Die Unsicherheit in den Beziehungen zwischen den USA und Taiwan geht über den Verteidigungsbereich hinaus. Trumps Angriff auf das globale Freihandelssystem – insbesondere die Einführung eines Zollsatzes von 20 Prozent auf Importe aus Taiwan, der höher ist als die 15 Prozent von Verbündeten wie Japan und Südkorea – belastet Taiwans Wirtschaft. Gleichzeitig hat Trumps transaktionale Herangehensweise bei Sicherheitsfragen dazu geführt, dass er von Taipeh verlangt, für seinen Schutz zu „bezahlen“. Diese „Quid-pro-quo-Dynamik“ birgt die Gefahr, neue Abhängigkeiten zu schaffen, die Taiwans Anfälligkeit in nichttraditionellen Sicherheitsbereichen wie der wirtschaftlichen Sicherheit und der Ernährungssicherheit verschärfen.

Der Silizium-Schild

Ein wesentlicher wirtschaftlicher Preis für die Aufrechterhaltung enger Sicherheitsbeziehungen zu den USA ist der starke Druck auf die führende taiwanesishe Hightech-Industrie, wichtige Produktionsstätten in die USA zu verlagern mit umfangreichen Investitionen. Trump hat Taiwan offen beschuldigt, die US-Halbleiterindustrie „gestohlen“ zu haben, und auf Zölle für taiwanesishe Chips gedrängt – Maßnahmen, die Berichten zufolge dazu beigetragen haben, dass der Halbleiterhersteller Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC) einen Investitionsplan in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar für eine Chipfabrik in Arizona angekündigt hat.²¹ Tatsächlich hat TSMC nun rund 165 Milliarden

US-Dollar für neue Anlagen in Arizona zugesagt, obwohl das Unternehmen darauf besteht, dass der Großteil seiner fortschrittlichen Produktion in Taiwan verbleiben wird. Die Forderungen Washingtons gehen sogar noch weiter – US-Beamte schlugen eine „50:50“-Aufteilung der Chip-Produktion vor, was Taipeh jedoch als ausbeuterisch und als Untergrabung des gepriesenen Silizium-Schildes Taiwans ablehnte.²²

Taiwans Importabhängigkeit macht es sehr anfällig für Seeblockaden und Versorgungsunterbrechungen.

Dieser Druck hat zu Gegenreaktionen im Inland geführt. Oppositionspolitiker warnen davor, dass die Umleitung solch umfassender Ressourcen ins Ausland Taiwans technologische Basis aushöhlen könnte. Sowohl KMT- als auch TPP-Abgeordnete kritisierten den „50:50“-Vorschlag scharf, wobei die KMT-Abgeordnete Hsu Yu-chen ihn als „Akt der Ausbeutung und Plünderung“ bezeichnete.²³ Da wichtige Halbleiterressourcen von den USA kontrolliert werden, haben taiwanesishe Unternehmen nur begrenzte Möglichkeiten, sich gegen Druck von außen zu wehren, was sie dazu zwingt, ihre Abhängigkeit vom US-Markt zu verringern, um strategische Schwachstellen zu vermeiden. Kurz gesagt: Während Taiwan die Verteidigungszusammenarbeit mit Washington verstärkt, zahlt es einen wirtschaftlichen Preis – es opfert Teile seiner technologischen Vorrangstellung und sieht sich mit internen Streitigkeiten darüber konfrontiert, wie es die Sicherheitserfordernisse mit der Integrität seines Silizium-Schildes in Einklang bringen kann.

Energiesicherheit

Taiwan importiert rund 98 Prozent seines Treibstoffbedarfs und verfügt lediglich über geringe strategische Reserven – derzeit etwa Erdgasvorräte für nur zwölf Tage auf der Hauptinsel. Diese starke Importabhängigkeit hat zur Folge,

dass die Insel sehr anfällig für eine Seeblockade oder einen Versorgungsschock ist.²⁴ Simulationen zeigen immer wieder, dass in einer Krise, die dazu führen würde, dass Taiwan seine knappen Erdgasvorräte aufbraucht, die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft untergraben und die Kontinuität der exportabhängigen Fertigungswirtschaft gefährdet würde.²⁵ Dies verdeutlicht, dass die Energieversorgung in jedem Konfliktszenario eine potenzielle Achillesferse darstellt. Diese Risiken sind nicht unbemerkt geblieben. Unter der vorherigen Regierung von Präsidentin Tsai Ing-wen startete Taipeh Bemühungen zur Aufstockung der Reserven und Diversifizierung der Lieferanten mit dem Ziel, die Speicherkapazitäten von Flüssigerdgas (LNG) bis 2030 auf mehr als 20 Tage Verbrauch auszuweiten. Anstatt Taiwan jedoch einfach dabei zu helfen, seine Widerstandsfähigkeit zu verbessern, hat die Trump-Regierung die Unsicherheit Taiwans genutzt, um die US-Energieexporte voranzutreiben.

Washington drängt Taipeh, die Importe von US-amerikanischem LNG deutlich zu steigern – insbesondere aus dem ehrgeizigen neuen Alaska-LNG-Projekt, für das sich Trump stark macht. Im März unterzeichnete die staatliche taiwanesishe CPC Corporation eine unverbindliche Absichtserklärung über den Kauf von jährlich sechs Millionen Tonnen LNG aus Alaska und Investitionen in die dazugehörige Infrastruktur.²⁶ Präsident Lai Ching-te hat diese Käufe als notwendig bezeichnet, um „die Energiesicherheit der Insel zu gewährleisten“, und sogar versprochen, die Energieimporte aus den USA „massiv zu steigern“, um Taiwans bilateralen Handelsüberschuss zu reduzieren. Diese wachsende Angewiesenheit auf US-LNG schafft jedoch eine neue Form der strategischen Abhängigkeit.²⁷ Sie bindet Taiwans Energieversorgung an eine einzige ausländische Quelle und ein kostspieliges Projekt, wodurch die Diversifizierung auf andere Lieferanten ausbleibt, während das Land weiterhin anfällig für Störungen der maritimen Versorgungswege ist. Trumps LNG-Diplomatie gegenüber Taiwan mag oberflächlich zur Stärkung der bilateralen Beziehungen beitragen. Tatsächlich jedoch vertieft sie





Um die sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten, wächst der Druck auf Taiwans Hightech-Industrie. So sagte der Halbleiterhersteller TSMC Investitionen in Höhe von 165 Milliarden US-Dollar für Anlagen in Arizona zu. Foto: © Pond5 Images, Imago.

Taiwans strukturelle Abhängigkeit von importierten Energiequellen. Eine robuste energiepolitische Resilienz würde demgegenüber eine strategische Diversifikation der Bezugsquellen, substantielle Investitionen in erneuerbare Technologien sowie die gezielte Förderung nationaler Energiereserven erfordern.

Landwirtschaftliche Abkommen und Ernährungssicherheit

Aufgrund seiner geografischen Lage und Isolation muss Taiwan einen Großteil seiner Lebensmittel importieren, was eine weitere Schwachstelle im Falle einer Blockade darstellt. Nach den neuesten Daten des Landwirtschaftsministeriums ist die Selbstversorgungsquote des Landes bei Lebensmitteln, gemessen an Kalorien, im Jahr

2023 auf knapp 30 Prozent gesunken. Fast 40 Prozent der Getreide- und Ölsaaten stammen aus den USA. Folglich könnte selbst eine begrenzte Seeblockade durch China die Lebensmittelversorgung schnell zum Erliegen bringen, was zu Preisanstiegen und Engpässen bei Grundnahrungsmitteln führen würde.

Im September 2025 bereiste eine große taiwanische Delegation die USA, um die freundschaftlichen Beziehungen zu mehreren US-amerikanischen Agrarstaaten zu fördern, und unterzeichnete dabei eine Reihe von Beschaffungsvereinbarungen. Taiwanesische Unternehmen haben sich verpflichtet, in den kommenden vier Jahren US-amerikanische Agrarprodukte im Wert von zehn Milliarden US-Dollar zu kaufen – darunter Mais, Sojabohnen, Weizen und

Rindfleisch. Präsident Lai lobte diese Käufe als Maßnahme zur „Stärkung der Ernährungssicherheit Taiwans“, welche die Versorgung mit Futtermitteln für die taiwanesisch-wirtschaftliche Verbesserung.²⁸ Zwar könnten solche Abkommen in Washington auf Wohlwollen stoßen und Handelsungleichgewichte abmildern, doch bergen sie das Risiko, Taiwans Abhängigkeit von externen Nahrungsquellen weiter zu vertiefen.

Chancen zur Stärkung der Beziehungen zwischen Taiwan und Europa

Da die Kosten und Schwachstellen einer übermäßigen US-Abhängigkeit immer deutlicher werden, sollten Taiwans Entscheidungsträger Diversifizierungsstrategien in Betracht ziehen – einschließlich einer Vertiefung der Beziehungen zu Europa – als wesentliche Instrumente zur Risikominderung und Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit.

So wie Taiwan Risiken durch die Diversifizierung seiner Beziehungen abfedert, sollte auch Europa seine Zusammenarbeit mit Taiwan stärken, und zwar durch eine Strategie, die Taiwans Eigenständigkeit als gleichgesinnter, demokratischer Partner respektiert und nicht auf ständige transatlantische Rückendeckung angewiesen ist. Die folgenden konkreten Schritte könnten die Beziehungen zwischen Taiwan und Europa vertiefen:

- **Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Dual-Use-Technologien:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die gemeinsame Entwicklung von Dual-Use-Technologien (wie unbemannte Luftfahrzeuge) mit Taiwan vorantreiben, um die asymmetrischen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Beispielsweise könnte die EU Taiwan in ihre Initiative Readiness 2030²⁹ einbeziehen, um gemeinsame Forschung und Entwicklung sowie die Beschaffung unbemannter Systeme zu ermöglichen. Dies würde Taiwan dabei helfen, die Produktion militärischer Drohnen auszuweiten, und gleichzeitig die Risiken für die europäischen Lieferketten verringern,

indem Taiwans „China-freie“ Technologiebasis genutzt wird.

- **Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien:** Europa sollte seine Partnerschaften mit Taiwan im Bereich erneuerbarer Energien ausbauen, um die Energiesicherheit beider Seiten zu stärken. Europäische Investitionen unterstützen bereits Taiwans Energiewende – das dänische Unternehmen Ørsted ist inzwischen der größte Beitragende zur Offshore-Windkapazität Taiwans und Projekte des schwedischen Unternehmens Baseload Capital werden Taiwans geothermische Leistung verdoppeln. Dies verringert die Abhängigkeit von importierten Brennstoffen und stärkt Taiwans Energieresilienz. Eine Ausweitung solcher gemeinsamer Initiativen in den Bereichen Offshore-Windenergie, Geothermie und anderer klimafreundlicher Energietechnologien würde dazu beitragen, Versorgungsschocks abzufedern und die Umsetzung gemeinsamer Klimaziele zu fördern.
- **Teilnahme an gemeinsamen Kapazitätsaufbauinitiativen:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich aktiv an Taiwans internationalen Trainingsprogrammen beteiligen, um pragmatische Austauschformate zu gemeinsamen Herausforderungen zu ermöglichen. Insbesondere könnte Europa seine Teilnahme an Workshops im Rahmen des Global Cooperation and Training Frameworks (GCTF) systematisieren – einer Plattform für internationalen Kapazitätsaufbau. Ein solches Engagement zu Themen wie öffentliche Gesundheit oder Resilienz von Lieferketten würde die Zusammenarbeit beider Seiten beim Schutz globaler öffentlicher Güter stärken und Taiwans Rolle als gleichberechtigter Partner bei der Lösung internationaler Probleme unterstreichen – trotz der Einschränkungen, die sich aus den jeweiligen Auslegungen der Ein-China-Politik einzelner Länder ergeben.

– übersetzt aus dem Englischen –

- 1 Janes, Jackson / Ziener, Markus 2025: The West at War with Itself, Internationale Politik Quarterly, 10.07.2025, in: <https://ogy.de/4xh6> [01.10.2025].
- 2 US Taiwan Business Council 2024: USTBC President Follow-up Comments Examining Data on Taiwan Arms Sales, 20.09.2024, in: <https://ogy.de/ff3l> [01.10.2025].
- 3 Der EPPD ist ein formeller jährlicher wirtschaftspolitischer Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan, um die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu stärken. Geleitet wird er vom American Institute in Taiwan (AIT) auf US-Seite und dem Taipei Economic and Cultural Representative Office in the United States (TECRO) auf taiwanesischer Seite.
- 4 Hsiao, Russell 2024: Taiwan Policy under the Second Trump Administration, Global Taiwan Brief 9: 22, Global Taiwan Institute, 27.11.2024, in: <https://ogy.de/qyov> [01.10.2025].
- 5 Ruge, Majda 2025: J.D. Vance's foreign policy: When restraint meets culture war, European Council on Foreign Relations, 24.09.2025, in: <https://ogy.de/my8s> [01.10.2025].
- 6 Bloomberg Businessweek 2024: The Donald Trump Interview Transcript, Interview, Bloomberg, 16.07.2024, in: <https://ogy.de/zdem> [01.10.2025].
- 7 Iyengar, Rishi 2025: Taiwan's Message to Trump and the U.N.: 'We're Not a Freeloader', Foreign Policy, 19.09.2025, in: <https://ogy.de/xsdq> [01.10.2025].
- 8 Robertson, Noah / Nakashima, Ellen 2025: Trump nixed \$400 million in Taiwan military aid, pushing future arms sales, The Washington Post, 19.09.2025, in: <https://ogy.de/4vyr> [01.10.2025].
- 9 Lee, Yimou / Blanchard, Ben / Kao, Jeanny 2025: Taiwan to massively hike 2026 defence budget as US presses spending increase, Reuters, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/rwme> [01.10.2025].
- 10 Lai, Yu-chen / Teng, Pei-ju 2025: Cabinet unveils 2026 central government spending plan, Focus Taiwan, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/kwre> [01.10.2025].
- 11 Reuters 2025: Taiwan needs to hike defense spending to 10% of GDP-Pentagon nominee, 04.03.2025, in: <https://ogy.de/j276> [01.10.2025].
- 12 Shan, Shelley 2025: Low defense spending risks US support: ex-official, The Taipei Times, 18.08.2025, in: <https://ogy.de/hdt0> [01.10.2025].
- 13 Wang, Chien-Hao 2025: 批綠拿國防預算向美告洋狀 賴士葆噏: GDP 10%跟嗎? (Lai Shih-pao kritisierte die DPP dafür, dass sie den Verteidigungshaushalt nutze, um sich bei den USA zu beschweren, und entgegnete: „Gilt das überhaupt für ein BIP-Wachstum von 10%?“), United Daily News, 06.03.2025, in: <https://ogy.de/hwc9> [01.10.2025].
- 14 Kavanagh, Jennifer / Wertheim, Stephen 2025: The Taiwan Fixation. American Strategy Shouldn't Hinge on an Unwinnable War, Foreign Affairs, 25.02.2025, in: <https://ogy.de/ihjr> [01.10.2025].
- 15 Greer, Tanner 2019: Taiwan's Defense Strategy Doesn't Make Military Sense, Foreign Affairs, 17.09.2019, in: <https://ogy.de/3rgo> [01.10.2025].
- 16 Ming, Chu 2025: 美方拒售E-2D預警機 空軍改增購4套愛三及2套強弓防空飛彈系統 (Die USA lehnten den Verkauf von E-2D-Frühwarnflugzeugen ab; die Luftwaffe kaufte stattdessen vier A-3 und zwei Strongbow-Luftverteidigungssysteme), Up Media, 07.08.2025, in: <https://ogy.de/isc4> [01.10.2025].
- 17 Grieco, Kelly A. / Slingbaum, Hunter 2025: Taiwan's Squandered Defensive Potential, Stimson Center, 11.09.2025, in: <https://ogy.de/l2cv> [01.10.2025].
- 18 Quadrennial Defense Review Editing Committee, Ministry of National Defense 2025: 2025 Quadrennial Defense Review, Ministry of National Defense, 03/2025, in: <https://ogy.de/0cbj> [01.10.2025].
- 19 Gomez, Eric: Taiwan Arms Sale Backlog, June 2025. Update: New MND Document Sheds Light on Arms Sale Status, Taiwan Security Monitor, George Mason University, in: <https://ogy.de/83dn> [01.10.2025].
- 20 Die Presidential Drawdown Authority (PDA) ermächtigt den Präsidenten, bei einem „unvorhergesehenen Notfall“ den sofortigen Transfer von Verteidigungsgütern aus US-Beständen bis zu einer gesetzlich festgelegten Obergrenze zu veranlassen.
- 21 Hou, Philip 2025: The Danger of a Trump Doctrine for Taiwan, The Diplomat, 18.04.2025, in: <https://ogy.de/cp2t> [01.10.2025].
- 22 Wu, Jui-chi / Lai, Yu-chen / Hsiao, Hsu-chen 2025: Taiwan won't agree to U.S. ‚50-50‘ chip idea, vice premier says, Focus Taiwan, 01.10.2025, in: <https://ogy.de/mhms> [01.10.2025].
- 23 Ebd.
- 24 Rickards, Jane 2025: Taiwan worsens its vulnerability to a Chinese energy blockade, The Strategist, 13.05.2025, in: <https://ogy.de/p8fm> [01.10.2025].
- 25 Montgomery, Mark et al. 2025: 10 Takeaways From Simulated Attacks on Taiwan's Energy Sector, Foundation for Defense of Democracies, 04.09.2025, in: <https://ogy.de/irbs> [01.10.2025].
- 26 Chung, Yu-chen / Chao, Yen-hsiang 2025: Taiwan close to record deal with Alaska for 6 million tons of LNG: Governor, Focus Taiwan, 04.08.2025, in: <https://ogy.de/3qiq> [01.10.2025].
- 27 Reuters 2025: Senior Taiwan official visits site of new Alaska LNG project, 07.06.2025, in: <https://ogy.de/5eds> [01.10.2025].
- 28 Office of the President, Republic of China (Taiwan) 2025: President Lai meets US Under Secretary for Trade and Foreign Agricultural Affairs Luke Lindberg, 30.09.2025, in: <https://ogy.de/fqrh> [01.10.2025].
- 29 Die Initiative Readiness 2030 zielt darauf ab, die Verteidigungsbereitschaft Europas bis 2030 durch gemeinsame Beschaffung, industrielle Zusammenarbeit und strategische Investitionen zu stärken.

Die Auslands- informationen

Viel mehr als ein Print-Magazin

2010: Englischsprachige
Version der
Auslandsinformationen
eingeführt:
International Reports



AUSLANDSINFORMATIONEN INTERN

2003

2010

2011

2012

2013

2014

2015

2016

Seit unser derzeitiger
Herausgeber die
Auslandsinformationen
übernahm, hat sich viel
getan: neue Sprache, neuer
Rhythmus, neues Layout,
neue Medien ...

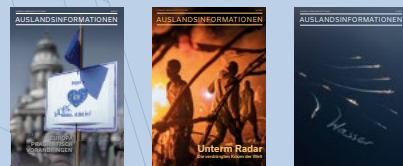


- Vom monatlichen zum vierteljährlichen Publikationsrhythmus

2016: • Neues Erscheinungsbild

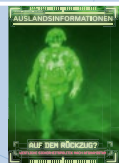
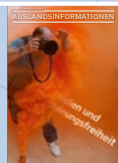
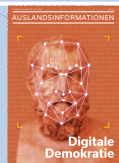
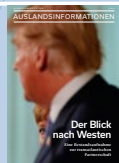


2021: Außenpolitik aufs Ohr: Der Podcast Auslandsinfo Spotlight startet



NATIONAL REPORTS AUSLANDSINFO

2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025



2019: Die Auslandsinformationen sind jetzt auf Instagram



2017: Die Auslandsinformationen starten ihre Präsenz bei Facebook und Twitter, heute X

2025: Und für alle, die lieber Englisch hören: Der Podcast International Reports ist da

Vom Freihandel zu Zöllen

Trumps Protektionismus und seine Folgen für afrikanische Märkte



Foto: © Jürgen Schwenkenbecher, Imago

Auf einen Blick

Mit dem Auslaufen des African Growth and Opportunity Act (AGOA) im September 2025 gehen jahrzehntelange präferenzielle Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und afrikanischen Ländern zu Ende. Gleichzeitig hat die US-Regierung ihre protektionistische Handelspolitik durch die Einführung von allgemeinen Zöllen von mindestens 10 Prozent verschärft, wobei einige afrikanische Länder mit Zöllen von bis zu 30 Prozent konfrontiert sind. Dies markiert einen bedeutenden Wendepunkt für die Handelsbeziehungen zwischen Afrika und den USA.

Seit 2000 hatte AGOA afrikanischen Staaten zollfreien Zugang zum US-Markt gewährt und damit die Diversifizierung der Exporte und die Beschäftigung gefördert. Die Initiative erzielte jedoch gemischte Ergebnisse mit

begrenzten Auswirkungen auf das Handelsvolumen. Dies wirft die Frage auf, ob Zollbefreiungen allein ausreichen, um die Handelsbeziehungen Afrikas mit dem Rest der Welt so zu verbessern, dass der Kontinent wirklich davon profitiert.

Afrikanische Regierungen streben eine Diversifizierung ihrer Märkte und eine Stärkung der innerafrikanischen Zusammenarbeit durch die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) an. Langfristig ergeben sich Chancen für engere Partnerschaften mit der EU und China, wobei jedoch weiterhin Risiken neuer Abhängigkeiten bestehen. Das Engagement Europas könnte für die Gewährleistung fairer und nachhaltiger Handelsbeziehungen von entscheidender Bedeutung sein.

Die Autorinnen



Anja Berretta ist Leiterin des Regionalprogramms Wirtschaft Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Nairobi.



Dr. Chantelle Moyo war als Programmmanagerin beim Regionalprogramm Wirtschaft Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Nairobi tätig.



Jule Steinmann hat als Praktikantin beim Regionalprogramm Wirtschaft Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nairobi gearbeitet.

Mit der zweiten Amtseinführung von Präsident Donald Trump hat sich die Handelspolitik der Vereinigten Staaten deutlich verändert. Die Regierung hat protektionistische Maßnahmen eingeführt, darunter einen universellen Mindestzollsatz von 10 Prozent, der seit dem 2. April 2025 für alle Handelspartner der USA gilt.¹ Mehrere Länder im südlichen Afrika, aber auch Libyen und Algerien sind sogar mit noch höheren Zöllen von bis zu 30 Prozent konfrontiert. Seit dem Jahr 2000 hatten die USA mehreren Ländern südlich der Sahara im Rahmen von AGOA zollfreien Zugang zu bestimmten Produkten auf dem US-amerikanischen Markt gewährt. Im Laufe der Jahre wurden Länder je nach Regierungsführung suspendiert oder wieder aufgenommen, sodass sich der Kreis der Nutznießer änderte und 2024 noch 32 Länder teilnahmen.² AGOA lief am 30. September 2025 aus und die Zukunft der bevorzugten Handelsbeziehungen zwischen den USA und den afrikanischen Staaten bleibt ungewiss. Das Ende der AGOA-Handelsära hat erhebliche Auswirkungen auf Afrikas exportorientierte Industrien.³

Handelsbeziehungen zwischen Afrika und den USA: Ein Überblick

Im Jahr 2024 beliefen sich die afrikanischen Exporte im Rahmen von AGOA in die USA auf insgesamt 9,7 Milliarden US-Dollar. In den vergangenen 25 Jahren machte Rohöl den größten Teil der AGOA-Exporte aus, ging jedoch stetig von mehr als 80 Prozent im Jahr 2008 auf rund 45 Prozent im Jahr 2024 zurück. Im gleichen Zeitraum stiegen die Exporte von Bekleidung und Agrarprodukten stetig von 3 auf 13 Prozent

beziehungsweise von 2 auf 11 Prozent.⁴ Mit den von den USA im Jahr 2025 eingeführten Zöllen entfiel jedoch der bislang durch AGOA garantierte zoll- und quotenfreie Zugang zum US-Markt für die Länder Subsahara-Afrikas. Exporteure sind nun gezwungen, entweder US-Zölle zu entrichten oder alternative Absatzmärkte für ihre Produkte zu suchen. Ein Teil der Exporte der AGOA-begünstigten Länder kann in die Europäische Union umgeleitet werden; insgesamt wird jedoch ein Rückgang der Exporte um bis zu 1,1 Prozent prognostiziert. Auch wenn dieser Rückgang auf regionaler Ebene moderat erscheint, zeigt eine Analyse auf Länderebene ein differenzierteres Bild: So sinken beispielsweise Nigerias Exporte in die USA um 17 Prozent und die des Tschad um 11 Prozent.⁵ Besonders gefährdet sind junge Branchen, die aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit unter dem neuen Zollregime mit Entlassungen oder gar dem Zusammenbruch rechnen müssen.⁶

Vom zollfreien AGOA hin zu übereilten Zollverhandlungen

Für die Entwicklungsperspektiven der afrikanischen Volkswirtschaften hat das AGOA-Programm den Exporteuren einen erleichterten Marktzugang eröffnet und schätzungsweise zwischen 300.000 und 400.000 Arbeitsplätze in Subsahara-Afrika geschaffen.

In den für AGOA berechtigten Ländern führte das Abkommen sowohl zu einem höheren Handelsvolumen als auch zu einer stärkeren Exportdiversifizierung zwischen Subsahara-Afrika und den Vereinigten Staaten.

Die Exportdiversifizierung ist ein zentrales Ziel für Länder mit niedrigem Einkommen in Subsahara-Afrika, da sie hilft, wirtschaftliche Risiken zu verringern, das Wachstum zu stabilisieren und die Widerstandsfähigkeit zu stärken, indem mehrere Exportsektoren erschlossen werden, statt sich auf wenige zu verlassen.

AGOA war auch als Instrument gedacht, um gute Regierungsführung und Menschenrechte in Subsahara-Afrika zu fördern.

Bemerkenswerterweise exportierten die für AGOA berechtigten Länder mehr Bekleidungsprodukte in die USA als ihre nicht berechtigten Länder, was den positiven Einfluss des erweiterten Marktzugangs auf die Exportdiversifizierung unterstreicht.⁷

Über die wirtschaftlichen Vorteile hinaus war AGOA auch als Instrument gedacht, um gute Regierungsführung und Menschenrechte in Subsahara-Afrika zu fördern. Durch die Verknüpfung bevorzugter Handelsbedingungen mit Fortschritten in diesen Bereichen schuf das Programm Anreize für politische Freiheit und Maßnahmen gegen Korruption und trug so zur Entwicklung robusterer und nachhaltiger Wirtschaftssysteme bei.⁸ Andere Akteure, wie die Europäische Union, haben ebenfalls Strategien wie Global Gateway eingeführt, um durch gezielte Investitionen die Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ähnlich wie bei AGOA liegt ihr Schwerpunkt auf der Förderung besserer Regierungsführung, der Achtung der Menschenrechte sowie höherer Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards, etwa in den Bereichen Energieeffizienz, Arbeitspraktiken oder Korruptionsbekämpfung.⁹

Das Vermächtnis von AGOA besteht darin, zu zeigen, dass bevorzugter Marktzugang und eine

gezielte Industriepolitik zu einer tragfähigen industriellen Entwicklung und Exportsteigerung in Afrika führen können. Das Programm führte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Diversifizierung der Exporte, zur Anziehung von Investitionen und zur Stärkung der Handelsgovernance und legte damit den Grundstein für strategische globale Partnerschaften.¹⁰ Während der gesamten Laufzeit von AGOA haben die Vereinigten Staaten konsequent die Anspruchsvoraussetzungen in Bezug auf Regierungsführung und Menschenrechte durchgesetzt. Länder wie Uganda, Äthiopien, Kamerun und Mauretanien wurden aufgrund von Verstößen in diesen Bereichen aus dem Programm suspendiert. Dieser strenge Ansatz unterstreicht das Engagement der USA, bevorzugten Handelszugang mit Fortschritten in Regierungsführung und Menschenrechten zu verknüpfen, und hebt AGOA von anderen Handelsabkommen ab.

Es besteht jedoch weitgehender Konsens darüber, dass die Nutzung von AGOA begrenzt blieb. AGOA bot zollfreien Zugang für über 6.500 Produkte, doch viele Länder haben diese Vorteile nicht vollständig ausgeschöpft. Im Jahr 2019 nutzten nur 13 von 39 berechtigten Ländern die AGOA-Vorteile vollständig, wobei der Großteil der Exporte auf wenige Länder wie Nigeria und Angola entfiel, hauptsächlich im Ölsektor.¹¹ Dies zeigt, dass Marktzugang allein nicht ausreicht und von gezielter Unterstützung der Exportländer begleitet werden muss. Bemerkenswert ist, dass ausländische Eigentümer von AGOA-bezogenen Unternehmen häufig auf niedrige Produktionskosten fokussiert waren und weniger auf langfristige Entwicklung. Daher ist es wichtig, dass zukünftige Initiativen zur Förderung der Handelsbeziehungen den Schwerpunkt auf lokale Unternehmensgründungen und inklusives Wachstum legen, um den Transfer von Fähigkeiten und Technologien zu gewährleisten und zu vermeiden, dass Beschäftigungsmöglichkeiten auf Niedriglohnssektoren mit geringem Wertzuwachs pro Einheit beschränkt bleiben. Die erhoffte strukturelle Transformation der afrikanischen Volkswirtschaften trat somit nicht in dem erwarteten Umfang ein.¹²



So sehr das Ergebnis des AGOA-Programms schwer zusammenzufassen ist und im Ländervergleich sowie im sektoralen Kontext betrachtet werden muss, so schwer lässt sich auch die Perspektive für die betroffenen Länder nach dem Ende von AGOA einschätzen. Die WTO deutet sogar darauf hin, dass das Auslaufen des Programms keinen maßgeblichen Einfluss auf den afrikanischen Handel haben wird.¹³ Einige Analysten gehen zudem davon aus, dass Länder, die zuvor nicht Teil von AGOA waren – wie Gambia oder Mauretanien –, nun einen Wettbewerbsvorteil erlangen könnten, da sie nicht dem gleichen Anpassungsdruck ausgesetzt sind wie ehemalige AGOA-Nutzungsländer.¹⁴

Es ist ebenfalls bemerkenswert, dass das Auslaufen von AGOA nicht unmittelbar auf die Politik

der Trump-Administration zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu den Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) war AGOA von Anfang an als zeitlich begrenzte Maßnahme konzipiert. Ursprünglich auf 15 Jahre angelegt, wurde es 2015 um ein weiteres Jahrzehnt verlängert, wobei davon ausgegangen wurde, dass eine weitere Verlängerung unwahrscheinlich sei.¹⁵ Die unzureichende Nutzung von AGOA war bereits 2015 bekannt, verbunden mit dem Aufruf an die afrikanischen Staats- und Regierungschefs, Handelsstrategien für die Zeit nach AGOA ab 2025 zu entwickeln.¹⁶ Diese Aufforderungen blieben jedoch weitgehend unbeachtet und die Bemühungen, die drohende Lücke zu schließen, beschränkten sich größtenteils auf diplomatische Initiativen in Washington, die auf die Sicherung einer bilateralen Verlängerung abzielten.



Bergleute arbeiten in einer Coltan-Mine in Rubaya, DR Kongo. In den Hochländern von Masisi tobt ein stiller Krieg um dieses strategisch wichtige Mineral. Die USA erhalten für militärische Unterstützung Zugang zu Mineralien im Wert von bis zu 24 Billionen US-Dollar. Foto: © Xinhua, Imago.

Handelspolitik und Zölle jenseits von AGOA

Am 2. April 2025 setzte US-Präsident Donald Trump den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) in Kraft, was zu der stärksten Erhöhung der US-Zölle seit 1930 führte. Laut Angaben der US-Regierung verfolgte die Maßnahme vorrangig die Ziele, US-amerikanische Verbraucher zum Kauf inländisch produzierter Güter zu bewegen, die Steuereinnahmen aus Importen zu steigern und Investitionen im Inland anzuregen.¹⁷ Durch die Ersetzung der Bundesertragssteuern durch Einfuhrzölle gelten die sogenannten reziproken Zölle nun für bis zu 86 Prozent der US-Importe. Sie betreffen alle Handelspartner ohne Ausnahme, einschließlich der subsaharischen Länder, die zuvor vom Freihandelsabkommen AGOA profitiert hatten.

Die Ankündigung des neuen US-Zollregimes löste sofortige Reaktionen auf den globalen Finanzmärkten aus und führte zur Einrichtung einer 90-tägigen Neuverhandlungsfrist, während der die betroffenen Länder versuchen konnten, niedrigere Zolltarife zu vereinbaren.¹⁸ Jeder US-Handelspartner unterliegt nun einem individuell festgelegten Zollsatz, wobei der Basissatz bei zehn Prozent liegt. Mehrere afrikanische Länder sehen sich mit deutlich höheren Zöllen konfrontiert, was die ungleiche Wirkung der neuen US-Handelspolitik verdeutlicht.

Fertigprodukte unterliegen deutlich höheren Zöllen, während Rohstoffe und kritische Mineralien häufig ausgenommen sind.

Strategische Ausnahmen: Fertigprodukte versus Rohstoffe

Die Struktur der neuen US-Zölle unterscheidet klar zwischen Fertigprodukten und Rohstoffen. Fertigprodukte unterliegen deutlich höheren Zöllen, während Rohstoffe und kritische Mineralien

häufig ausgenommen sind. Dieser Ansatz soll den fortgesetzten Zugang der USA zu Afrikas natürlichen Ressourcen sichern, schränkt jedoch gleichzeitig die Möglichkeiten afrikanischer Länder ein, durch den Export höherwertiger, verarbeiteter Produkte in der Wertschöpfungskette aufzusteigen. Infolgedessen sind Chancen für Vermögensbildung und Beschäftigungswachstum durch wertschöpfende Exporte stark begrenzt.

Ein Beispiel hierfür ist Lesotho, ein Land, das stark auf den Export von Fertigprodukten in die USA angewiesen ist. In der Vergangenheit profitierte das Land weitgehend von AGOA und erzielte durch den Export überwiegend fertiger Produkte in die USA bis zu 237 Millionen US-Dollar. Während der 90-tägigen Neuverhandlungsfrist sah sich Lesotho einem Zollsatz von 50 Prozent ausgesetzt. Obwohl die Verhandlungen den hohen Zollsatz auf 15 Prozent senken konnten, treten dennoch Konsequenzen ein. Viele Hersteller überlegen nun, ihre Belegschaft zu reduzieren oder die Produktion in ein anderes Land zu verlagern.¹⁹ Da die Zölle auf fertige Bekleidungsprodukte abzielen, bremst dies den Aufbau der Textil- und Bekleidungsindustrie, den Lesotho wie mehrere andere afrikanische Länder in den vergangenen Jahren vorangetrieben hat. Gleichzeitig wurden niedrigere Zollsätze für Garne und Stoffe beibehalten, was einen zusätzlichen Anreiz für die Bekleidungsproduzenten in Lesotho darstellt, wieder vermehrt unverarbeitete Produkte zu exportieren.²⁰

Abgesehen von der Bekleidungsindustrie in Lesotho sind auf gesamtafrikanischer Ebene bestimmte kritische Mineralien sowie Rohstoffe wie Öl vollständig von den Zöllen ausgenommen. Dies verdeutlicht das fortbestehende Ungleichgewicht und zeigt, dass der Kontinent weiterhin eher als Quelle für günstige Rohstoffe denn als Standort für Wachstumspotenziale und innovative Strategien betrachtet wird.²¹ Obwohl der Rohstoffexport für afrikanische Länder aus den genannten Gründen nachteilig ist, haben afrikanische Regierungen in den vergangenen Monaten bereitwillig weitere zollfreie Rohstoffabkommen mit den USA abgeschlossen und dies als diplomatischen Erfolg gefeiert. Dies

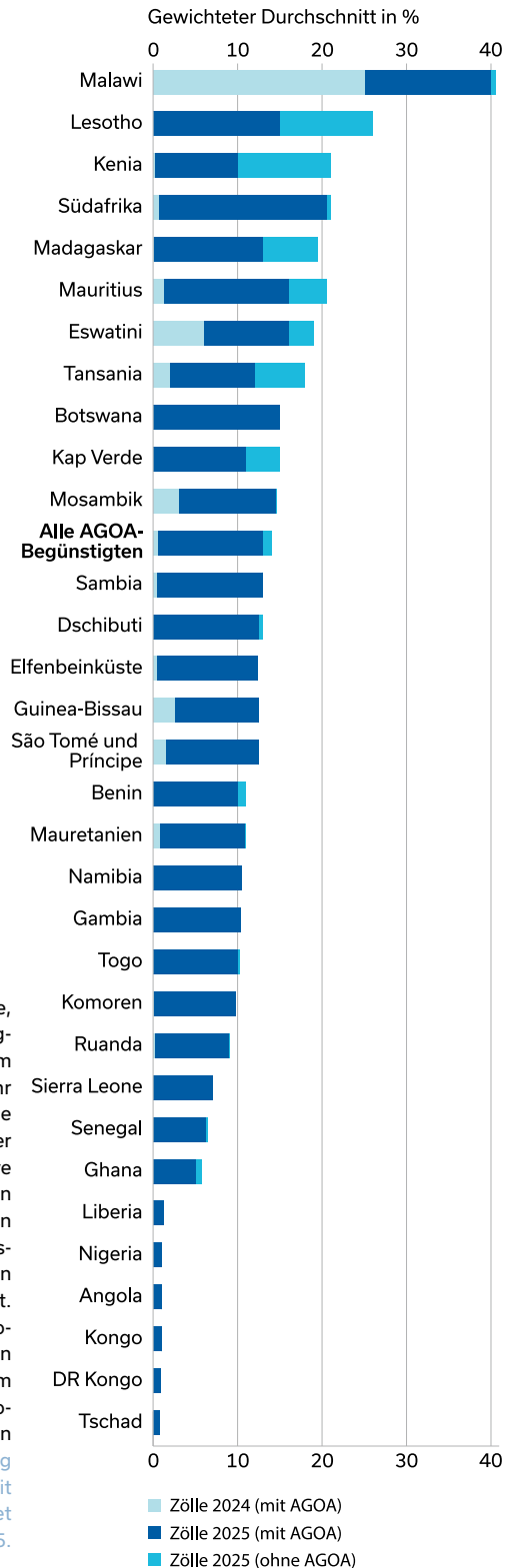
verdeutlicht die beschränkte Kapazität, innovative Industrie- und Handelsstrategien zu implementieren, wie auch die Schwierigkeiten beim Versuch, die Nachfrage der USA nach Rohstoffen strategischer zu nutzen.

Die Demokratische Republik Kongo verdeutlicht die strategische Bedeutung der afrikanischen Mineralressourcen im aktuellen Handelskontext. Anfang 2025 tauchten Diskussionen über ein Mineralabkommen zwischen den USA und der DR Kongo auf. Im Gegenzug für militärische Unterstützung im Kampf gegen die Rebellen, die auch viele Minen kontrollieren, erhalten die USA Zugang zu kritischen Mineralien im Wert von bis zu 24 Billionen US-Dollar. Viele Experten argumentieren, dass diese Partnerschaft ausschließlich den Vereinigten Staaten im Rahmen der neuen „America-First“-Agenda²² zugutekommt, indem sie den USA eine verlässliche Versorgung mit essenziellen Ressourcen sichert, während die Demokratische Republik Kongo nur begrenzte langfristige Vorteile erzielt.

Durch den Zugang zu diesen kritischen Mineralien können die Vereinigten Staaten weiterhin Einfluss auf afrikanische Länder und deren

Das Balkendiagramm zeigt die durchschnittlichen Zölle, die auf Exporte von AGOA-Begünstigten in die Vereinigten Staaten unter drei Szenarien angewendet werden: im Jahr 2024 mit AGOA, im Jahr 2025 mit AGOA und im Jahr 2025 ohne AGOA. Es zeigt sich, welche Auswirkungen die Zollerhöhungen im Jahr 2025 auf die einzelnen Länder haben und wie das Auslaufen von AGOA die relative Wettbewerbsfähigkeit weiter verändert. Betrachtet man alle AGOA-Begünstigten, so erhöhen die Zollmaßnahmen für 2025 die durchschnittlichen Zölle um schätzungsweise 12 bis 14 Prozentpunkte, während das Auslaufen von AGOA weitere 0,7 bis 1 Prozentpunkte beiträgt. Insgesamt ergibt sich ein Anstieg von etwa 14 bis 17 Prozent. Die handelsgewichteten Zölle basieren auf den US-Importwerten für 2024. Die Gewichtung nach dem Handelsmuster der Referenzgruppe reduziert die Endogenitätsverzerrung und macht die Ergebnisse zwischen den Ländern besser vergleichbar. *Quelle: Darstellung nach ITC Trade Briefs (tradebriefs.intracen.org), mit Daten der ITC Trade Map (trademap.org) und der Market Access Map (macmap.org) 2025.*

Abb. 1: Durchschnittliche Zölle für AGOA-Begünstigte auf dem US-Markt





Südafrikas Präsident Ramaphosa und US-Präsident Trump beim bilateralen Treffen im Oval Office, Mai 2025. Im August 2025 kündigte Trump 30 Prozent Zölle auf südafrikanische Exporte an, möglicherweise aufgrund von politischen Unstimmigkeiten mit Südafrika. Foto: © Zuma Press, Imago.

Rohstoffe ausüben, um ihre strategischen Interessen zu sichern. Das Abkommen steht zudem im Einklang mit der geopolitischen Strategie der USA, Chinas wachsenden Einfluss auf dem Kontinent entgegenzuwirken.²³ Die Bedeutung dieses Ansatzes wird durch ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und Ruanda Ende September noch unterstrichen, das Exporte von Rohstoffen wie Gold, Wolfram, Uran und Graphit von Zöllen ausnimmt. Mit diesem Schritt soll die US-Abhängigkeit von China bei diesen wichtigen Mineralien verringert werden, wodurch das Muster verstärkt wird, Rohstoffimporte gegenüber Fertigwaren aus afrikanischen Ländern zu bevorzugen.

Zölle als Instrument politischer Einflussnahme

Man könnte argumentieren, dass die Höhe des Zollsatzes auch von der Beziehung abhängt, die die USA auf Regierungsebene mit dem jeweiligen Land unterhalten. Dies wird am Beispiel

Südafrikas deutlich: Die 30-prozentigen Zölle auf alle Exporte Südafrikas in den US-Markt scheinen mehr zu reflektieren als nur ein angeblich untragbares Handelsungleichgewicht und angeblich ungerechte Handelsbarrieren für US-Waren, wie von der US-Regierung angegeben. Vielmehr deuten die Zölle auch auf eine außenpolitische Vergeltungsmaßnahme der USA hin, insbesondere im Zusammenhang mit Südafrikas Klage beim Internationalen Gerichtshof, wonach das Verhalten Israels im Gazastreifen angeblich gegen Verpflichtungen aus der Genozid-Konvention verstoßen habe. Da Israel ein wichtiger Verbündeter der USA ist, bezeichneten die Vereinigten Staaten dies als inakzeptable, unbegründete Aggression gegen Israel und warnten, dass die südafrikanische Außenpolitik nicht mit den nationalen Sicherheitsinteressen der USA übereinstimme. In der Folge kürzten die USA mehrere Entwicklungshilfeprogramme in Südafrika.²⁴ Bezüglich der Innenpolitik Südafrikas, einschließlich der kürzlichen Verabschiedung eines Gesetzes, das Enteignungen ohne Entschädigung

ermöglicht, behaupten die USA, dass die nationalen Maßnahmen „unbegründete Hindernisse“ für US-Unternehmen schaffen.²⁵

Südafrika setzt auf Exportvielfalt und neue Märkte.

Laut einer Erklärung des südafrikanischen Ministeriums für Handel, Industrie und Wettbewerb basiert die Reaktion der Regierung auf die Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu den USA auf mehreren Elementen. Dazu gehören fortgesetzte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Senkung der Zölle. Unabhängig von den Beziehungen zu den USA strebt die südafrikanische Regierung zudem eine Diversifizierung ihrer Exporte und die Erschließung alternativer Märkte an. Alle Maßnahmen der Regierung sind im Wirtschaftspaket für exportierende Unternehmen zusammengefasst.²⁶ Bisher hat das Exportförderungsbüro 23 Unternehmen unterstützt und steht mit 54 Exporteuren in Kontakt, die von den einseitig von den Vereinigten Staaten verhängten Zöllen betroffen sind.²⁷

Wie geht es weiter?

Das Ende von AGOA und der Beginn einer stärker protektionistischen US-Handelspolitik stellen die afrikanischen Länder vor große Herausforderungen. Sie müssen ihre Exportstrategien neu bewerten und nach neuen Wegen für wirtschaftliches Wachstum suchen. Mögliche Optionen liegen in der Nutzung der African Continental Free Trade Area (AfCFTA) sowie in der Vertiefung von Handelsbeziehungen mit Drittstaaten wie der Europäischen Union oder China.

Obwohl die AfCFTA sich noch in einem frühen Implementierungsstadium befindet, bietet das intrakontinentale Abkommen eine Chance, die afrikanischen Volkswirtschaften vor externen Verwundbarkeiten zu schützen.²⁸ Im Rahmen der AfCFTA besteht die Möglichkeit, kurzfristige alternative Abnehmer (EU, Großbritannien,

Naher Osten, regionale Märkte) zu identifizieren und mit Exportförderungsagenturen zusammenzuarbeiten, um Verkaufschancen zu eröffnen, Genehmigungen zu beschleunigen und E-Commerce-Kanäle zu nutzen. Solche Kanäle könnten die Nutzung von Exportfinanzierungen über nationale Exportkreditagenturen (ECAs) in Afrika, die Afrikanische Entwicklungsbank oder die African Export-Import Bank umfassen, um Käuferkredite oder Garantien anzubieten, die afrikanischen Lieferanten Preiskonkurrenzfähigkeit verschaffen, während Zölle umgesetzt werden. Bislang haben 47 von 54 Ländern das Freihandelsabkommen ratifiziert, um 90 Prozent der innerafrikanischen Zölle abzuschaffen. Dies bietet eine große Chance für wachstumsorientierte, nach innen gerichtete Strategien, bei denen jedes Land seine Produktion nutzen kann, um die wachsende Nachfrage auf dem Kontinent zu bedienen und gleichzeitig die hohen Importmengen zu reduzieren. Dennoch bleiben weiterhin Hindernisse bei den Verhandlungen, die langwierig sind und oftmals stagnieren. Hinzu kommen Barrieren im Bereich logistischer Kapazitäten und infrastruktureller Schwächen, die den Fortschritt weiterhin bremsen. Sobald diese adressiert sind, können regionale Wertschöpfungsketten robustere Volkswirtschaften schaffen.²⁹

Eine weitere mögliche Option liegt in der Vertiefung der Handelsbeziehungen mit China. Stand Juni 2025 hat China angekündigt, alle Zölle für die 53 afrikanischen Länder, mit denen es diplomatische Beziehungen unterhält, zu streichen. Dies eröffnet afrikanischen Volkswirtschaften die Möglichkeit, ihre Exporte verstärkt auf den chinesischen Markt zu lenken statt in die USA. Tatsächlich haben die Handelsvolumina in den vergangenen Jahren stark zugenommen: Im Jahr 2024 stieg der Handel zwischen China und Afrika im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 Prozent. Allerdings konzentriert sich der bislang geförderte Handel auf eine begrenzte Zahl afrikanischer Länder.³⁰ Zudem umfassen die Exporte nach China hauptsächlich Rohstoffe und geringwertige Güter, während die Importe aus verarbeiteten und gefertigten Produkten bestehen. Dieses Ungleichgewicht führt zu einem wachsenden Handelsdefizit der Länder Subsahara-Afrikas

mit China und wirft Fragen zur Nachhaltigkeit dieser Handelsbeziehung auf.³¹ Darüber hinaus sind die Länder Subsahara-Afrikas gleichzeitig verpflichtet, einen größeren Zugang zu ihren Märkten zu gewähren, was lokale Industrien, insbesondere in den Bereichen Textilien, Elektronik und Konsumgüter, untergraben kann. Die starke Abhängigkeit von China im Handel und bei Investitionen könnte zudem Afrikas Verhandlungsmacht und internationale Autonomie verringern.

Das aktuelle Handelsumfeld eröffnet schließlich der Europäischen Union eine strategische Chance, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Subsahara-Afrika zu vertiefen. Die EU hat mehrere Initiativen gestartet – darunter das Sustainable Investment Facilitation Agreement sowie die Clean Trade and Investment Partnerships –, die afrikanischen Exporteuren sinnvolle Alternativen bieten können, um ihre Abhängigkeit vom US-Markt zu verringern. Diese Initiativen zielen nicht nur darauf ab, den Handel zu erleichtern, sondern auch nachhaltige Entwicklung, gute Regierungsführung sowie höhere Umwelt- und Sozialstandards zu fördern.

Im März 2025 startete die Europäische Union eine Partnerschaft mit Südafrika (Clean Trade and Investment Partnership; CTIP) die sich auf die Energiewende, digitale und physische Infrastruktur, die Herstellung von Pharmazeutika sowie die Entwicklung von Fähigkeiten und Technologien konzentriert. Sie wird durch Investitionen in Höhe von 4,7 Milliarden Euro im Rahmen der EU-Initiative Global Gateway unterstützt.³² Dies ist ein gutes Beispiel für ein gezieltes bilaterales Handelsabkommen.

Die Zollstruktur der EU, die afrikanischen Gütern über Programme wie „Everything But Arms“ (EBA) und EPAs in der Regel bevorzugten Zugang gewährt, kann eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung afrikanischer Staaten spielen. Durch die Senkung oder Abschaffung von Zöllen auf eine breite Palette von Produkten trägt die EU dazu bei, dass afrikanische Länder in globale Wertschöpfungsketten integriert werden, und fördert den Export

höherwertiger Güter. Um diese Vorteile jedoch vollständig zu realisieren, müssen afrikanische Volkswirtschaften auch nichttarifäre Hindernisse abbauen und in den Ausbau ihrer inländischen Kapazitäten investieren.

- übersetzt aus dem Englischen -

- 1 Britz, Wolfgang / Oleksejuk, Zoryana / Vogel, Tim 2025: Killing AGOA softly? The impact of Trump's tariffs for Sub-Saharan Africa, IDOS Policy Brief 9/2025, German Institute of Development and Sustainability, in: <https://ogy.de/rsho> [10.10.2025].
- 2 International Trade Center (ITC) 2025: The End of AGOA? Africa's trade at a crossroads, ITC's Monthly Briefs on The Global State of Trade, 09/2025, in: <https://ogy.de/63nn> [10.10.2025].
- 3 Britz / Oleksejuk / Vogel 2025, N. 1.
- 4 Office of the United States Trade Representative 2024: 2024 biennial report on the implementation of the African Growth and Opportunity Act, 06/2024, in: <https://ogy.de/kv8t> [02.12.2025].
- 5 Britz / Oleksejuk / Vogel 2025, N. 1.
- 6 Peyton, Nellie 2025: Lesotho textiles to struggle even with lower 15% Trump tariff, minister says, Reuters, 01.08.2025, in: <https://ogy.de/x6u1> [10.10.2025].
- 7 Cook, Nathaniel P. S. / Jones, Jason Cannon 2015: The African Growth and Opportunity Act (AGOA) and export diversification, *The Journal of International Trade & Economic Development* 24: 7, S. 947-967, hier: S. 961, in: <https://ogy.de/ih0l> [04.11.2025].
- 8 AFL-CIO Solidarity Center 2014: Building a Strategy for Workers' Rights and Inclusive Growth. A New Vision for the African Growth and Opportunity Act (AGOA), 01.07.2014, S. 2, in: <https://ogy.de/un5q> [10.10.2025].
- 9 Europäische Kommission: What is the Global Gateway?, in: <https://ogy.de/jl48> [10.10.2025].
- 10 Kassa, Woubet / Coulibaly, Souleymane 2019: Revisiting the Trade Impact of the African Growth and Opportunity Act: A Synthetic Control Approach, Policy Research Working Paper, World Bank Group, 22.08.2019, in: <https://ogy.de/gdev> [10.10.2025].
- 11 Pan African Chamber of Commerce and Industry 2024: Making AfCFTA Effective: What We Can Learn from AGOA, Policy Pointer, 10/2024, in: <https://ogy.de/ax3h> [10.10.2025].
- 12 AFL-CIO Solidarity Center 2014, N. 8.
- 13 Amboko, Julians 2025: WTO downplays impact of Agoa expiry on Africa trade, Business Daily, 22.09.2025, in: <https://ogy.de/poiu> [10.10.2025].
- 14 ITC 2025, N. 2.
- 15 Boateng, George 2016: Looking Beyond AGOA: How Can African Countries Position Themselves for Global Competitiveness After 2025?, Wilson Center, 15.07.2016, in: <https://ogy.de/4w5j> [10.10.2025].
- 16 Ebd.
- 17 McKibbin, Warwick J. / Noland, Marcus / Shuetrim, Geoffrey 2025: The global economic effects of Trump's 2025 tariffs, Working Paper 25: 13, Peterson Institute for International Economics, S. 1-2, in: <https://ogy.de/de9f> [10.10.2025].
- 18 Ebd.
- 19 Yun, He 2025: US pursues 3 objectives by imposing differentiated tariffs on African countries, AGOA.info, 19.08.2025, in: <https://ogy.de/q21z> [10.10.2025].
- 20 Ebd.
- 21 Ongera, Peter 2025: U.S. Tariffs: We Want Your Raw Materials, Not Your Finished Goods, The Kenya Times, 07.04.2025, in: <https://ogy.de/x3h5> [10.10.2025].
- 22 Asadu, Chinedu / Lee, Matthew / Knickmeyer, Ellen 2025: Congo and Rwanda sign a US-mediated peace deal aimed at ending decades of bloody conflict, Associated Press, 28.06.2025, in: <https://ogy.de/ne8p> [10.10.2025].
- 23 Baskaran, Gracelin 2025: Building Critical Minerals Cooperation Between the United States and the Democratic Republic of the Congo, CSIS Briefs, Center for Strategic and International Studies, 25.03.2025, in: <https://ogy.de/ckz4> [10.10.2025].
- 24 Singh, Kanishka / Holland, Steve 2025: Trump signs order to cut funding for South Africa, Reuters, 08.02.2025, in: <https://ogy.de/56yg> [10.10.2025].
- 25 Mathekga, Ralph 2025: Trump's tariff hits South Africa, ANC coalition falters in response, Geopolitical Intelligence Services, 09.09.2025, in: <https://ogy.de/pmmz> [10.10.2025].
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Wapmuk, Sharkdam / Muhammed Ali, Jamaludden 2022: The African Continental Free Trade Area (AfCFTA) and Regional Economic Integration: Prospects and Challenges, *Zamfara Journal of Politics and Development* 3: 1, 06.04.2022, S. 12-13, in: <https://ogy.de/htjp> [04.11.2025].
- 29 Kangoye, Thierry 2025: Trump's new trade war could accelerate the AfCFTA, The London School of Economics and Political Science, 02.05.2025, in: <https://ogy.de/auqg> [10.10.2025].
- 30 The Africa Report 2025: Infographic: Who Are China's Top Trading Partners in Africa?, China Global South Project, 07.02.2025, in: <https://ogy.de/nmeh> [10.10.2025].
- 31 Ademola, Oyejide Titiloye / Bankole, Abiodun S. / Adewuyi, Adeolu 2009: China-Africa Trade Relations: Insights from AERC Scoping Studies, *European Journal of Development Research* 21: 4, 09/2009, S. 485-505, hier: S. 491-495, in: <https://ogy.de/ljea> [04.11.2025].
- 32 Mkhize, Lethabo 2025: Strengthening Partnerships Amid Tariff Tensions: SA-EU Summit Investment and Trade Strategies, Brand South Africa, 16.04.2025, in: <https://ogy.de/84so> [01.11.2025].

Wenn alle Befürchtungen übertrumpft werden

Auswirkungen der US-Politik auf die globale Gesundheit



Foto: © Depositphotos, Imago.

Auf einen Blick

Die zweite Amtszeit von Präsident Trump hat die globale Gesundheitsarchitektur tiefgreifend verändert. Mit der Auflösung von USAID und dem Austritt der USA aus der WHO entfielen zentrale Finanzierungsquellen für Programme gegen Malaria, Polio, HIV/AIDS und andere Krankheiten. Organisationen wie die WHO, UNAIDS und der Globale Fonds kämpfen seither mit massiven Haushaltslücken.

In den vergangenen Jahrzehnten waren im Bereich Global Health enorme Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch bestehen in vielen Ländern weiter nationale Governance-Defizite und viele lokale Eliten sind sich nach wie vor der Bedeutung funktionierender Gesundheitssysteme auch für den Wirtschaftsstandort nicht

ausreichend bewusst. So droht der plötzliche Wegfall amerikanischer Hilfe, vergangene Erfolge zunichte zu machen.

Deutschland und andere europäische Staaten versuchen, die Lücke zu schließen, stoßen jedoch an finanzielle Grenzen. China nutzt die Situation zur Ausweitung seiner Gesundheitsdiplomatie, ohne das US-Hilfsvolumen vollständig zu ersetzen.

Die internationale Gemeinschaft muss die globale Gesundheitsarchitektur und ihre Finanzierungsinstrumente neu denken. Globale Gesundheit bleibt ein Gebot humanitärer Verantwortung und ein zentraler Pfeiler internationaler Stabilität.



Andrea Ellen Ostheimer ist Leiterin des Multilateralen Dialogs Genf der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Für die meisten UN-Organisationen, -Fonds und -Programme waren die USA bislang der größte Beitragszahler, sowohl bei den Pflichtbeiträgen als auch bei den freiwilligen Beiträgen. Bis 2025 wurden 22 Prozent des UN-Budgets durch Pflichtbeiträge der USA finanziert. Unter Berücksichtigung der freiwilligen Beiträge belief sich dieser Anteil im Jahr 2023 (letztes Jahr mit verlässlichen Zahlen) auf 27,9 Prozent.¹ Obwohl sich die Führung der UN auf die schlimmsten Szenarien vorbereitet hatte und Organisationen wie der Bevölkerungsfonds UNFPA oder das Palästina-Flüchtlingshilfswerk (UNRWA) sich der bevorstehenden Kürzung der Mittel durch die Trump-Regierung voll bewusst waren,² rechnete niemand mit der vollständigen Abschaffung der nationalen Entwicklungsorganisation USAID, dem Einfrieren der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und der Streichung der vom Kongress genehmigten Budgets.

83 Prozent der USAID-Programme und 5.200 USAID-Verträge wurden in den ersten sechs Wochen der zweiten Trump-Präsidentschaft aufgelöst. Trotz der verzweifelten Versuche, vor US-Gerichten die Ausradierung der internationalen Zusammenarbeit und ihrer Institutionen zu stoppen, wurde schnell deutlich, dass die Errungenschaften von USAID der vergangenen Jahrzehnte in kürzester Zeit zunichte gemacht würden.³

Noch im Haushaltsjahr 2023 war Gesundheit der zweitgrößte Bereich der US-Auslandshilfe (22,3 Prozent), während 27 Prozent in die wirtschaftliche Entwicklung flossen.⁴ Laut einer aktuellen Lancet-Studie haben die von USAID über zwei Jahrzehnte unterstützten Initiativen dazu beigetragen, mehr als 91 Millionen Todesfälle in allen Altersgruppen zu verhindern, darunter 30 Millionen Kinder. USAID-Finanzierung

trug zu einem Rückgang der Sterblichkeit durch HIV/AIDS um 65 Prozent, durch Malaria um 51 Prozent und durch vernachlässigte Tropenkrankheiten um 50 Prozent bei.⁵

Mit dem Wegfall der US-Unterstützung prognostizierte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Ghebreyesus, im März 2025 15 Millionen zusätzliche Malariafälle und 107.000 zusätzliche Todesfälle. Fortschritte der vergangenen 15 Jahre bei der Ausrottung der Malaria werden damit zunichte gemacht.⁶

Rückzug aus der WHO und weniger Geld für globale Gesundheitsinitiativen

Während der COVID-19-Pandemie in der ersten Amtszeit von Präsident Trump war die WHO bereits zur Zielscheibe seiner Kritik geworden und der Präsident leitete einen Austritt seines Landes ein. Während seiner zweiten Amtszeit traten die USA am 20. Januar 2025 mit sofortiger Wirkung erneut aus der WHO aus, obwohl eigentlich eine einjährige Frist vorgesehen ist. Die Regierung forcierte alle US-Finanzierungen ein, zog die Annahme der 2024 auf der Weltgesundheitsversammlung (WHA) verabschiedeten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) zurück und blieb den weiteren Verhandlungen zum Pandemieabkommen fern.⁷

Nach den neuesten verfügbaren Daten (2023) war die US-Regierung mit einem Anteil von 25,18 Prozent an den Pflicht- und freiwilligen Beiträgen zum Gesamtbudget der größte Geldgeber der WHO.⁸ Der Finanzierungsverlust ist jedoch nur ein Aspekt des Austritts. Auch der versperrte Zugang zu Fachwissen, Daten und Technologie verschärft die Situation für die WHO. Besonders stark betroffen ist die weltweite Kampagne zur Ausrottung der Kinderlähmung.

Mit der Entscheidung zum Austritt aus der WHO endete auch das Engagement der Centers for Disease Control and Prevention (CDC) in der Global Polio Eradication Initiative.⁹ Der Zugang zum Speziallabor für Polioviren der CDC, einer zentralen Anlaufstelle für Polioviren-Tests, Genomsequenzierung und die Erkennung von Polio-Ausbrüchen, wurde gesperrt. Das von den CDC finanzierte Personal in Ländern, in denen Polio endemisch ist, wie Afghanistan und Pakistan, musste abgezogen werden. Ebenso musste die Überwachungs- und Community-Engagement-Arbeit in von Polio betroffenen Ländern aufgrund der gestrichenen USAID-Finanzierung zurückgefahren werden.¹⁰

Die Masernfälle in Europa, den USA und in Kanada nehmen zu.

Dies geschieht zu einer Zeit, in der neue Polioausbrüche aus Französisch-Guyana, Guinea, Indonesien, Somalia, Sudan, Jemen und dem Gazastreifen gemeldet und Impfkampagnen in Konfliktländern schwieriger werden.¹¹

Die Einstellung der US-Finanzierung für das Global Measles and Rubella Laboratory Network zur Masern- und Rötelnbekämpfung gefährdet den Bestand des Netzwerks, da es zu 100 Prozent durch die CDC finanziert wurde. Gleichzeitig nehmen Masernausbrüche in Europa, Kanada und den USA zu.¹² Laut einem WHO-Bericht vom November 2024¹³ stieg die Zahl der Masernfälle im Jahr 2023 um 20 Prozent. Insbesondere wenn die Impfquoten unter 95 Prozent fallen, treten Ausbrüche häufiger auf und sind schwieriger zu kontrollieren. Eine frühzeitige Erkennung ist entscheidend, scheitert jedoch ohne ausreichende Laborkapazitäten.¹⁴

Um das Netzwerk von mehr als 700 Laboren in 164 Ländern zu retten, versucht die WHO-Stiftung¹⁵ derzeit, 3,6 Millionen US-Dollar aufzubringen, wobei die philanthropische Elma Vaccines and Immunization Foundation bereits

2 Millionen US-Dollar beisteuert. Das reicht aber bei Weitem nicht aus, da insgesamt 9 Millionen US-Dollar benötigt würden und es offensichtlich ist, dass philanthropische Organisationen die durch den Rückzug der USA aus globalen Gesundheitsinitiativen verschärfte Finanzierungslücke nicht schließen können.¹⁶

Auswirkungen auf die globale Gesundheitsarchitektur

WHO

Während der 78. WHA im Mai 2025 haben die WHO-Mitgliedstaaten nicht nur gemeinsam und ohne die USA das Pandemieabkommen verabschiedet, sondern auch einer zusätzlichen Erhöhung der WHO-Beiträge um 20 Prozent zugestimmt. In der Vergangenheit waren diese Pflichtbeiträge zum Haushalt der WHO erstaunlich niedrig, nur 16 Prozent des WHO-Budgets wurden aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten finanziert. Mehrheitlich stützte sich der Haushalt der WHO auf freiwillige und oft zweckgebundene Beiträge. Dank der Führungsrolle Deutschlands in diesem Prozess einigten sich die Mitgliedstaaten 2022 darauf, die Pflichtbeiträge bis 2030 schrittweise auf 50 Prozent anzuheben und damit der WHO mehr Planungssicherheit und Flexibilität zu ermöglichen.¹⁷

Um sich jedoch an die neuen Realitäten nach dem Wegfall der US-Finanzierung anzupassen, musste die WHO ihre Haushaltsplanung für den Zweijahreszeitraum 2026/2027 mehrfach reduzieren und von 5,3 auf 4,2 Milliarden US-Dollar kürzen. Aber selbst damit bleibt für 2026 eine Finanzierungslücke von 1,7 Milliarden US-Dollar bestehen.¹⁸

WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus nutzte die Gelegenheit der WHA im Mai 2025 und leitete, noch bevor UN-Generalsekretär António Guterres die Direktoren der UN-Organisationen in Kopenhagen zu einer Krisensitzung einberief, eine Strukturreform der WHO ein, die sich mit dem hohen Personalanteil am Schweizer Hauptsitz befasste (2.938 WHO-Mitarbeiter in Genf gegenüber 9.452 weltweit). Als

Signal an die Geber begann der Personalabbau an der Spitze, wodurch das Führungsteam des Generaldirektors von zwölf auf fünf stellvertretende Generaldirektoren und die Zahl der Direktoren von zuvor 65 auf 35 reduziert wurden. Weitere 600 Stellen sollen gestrichen werden, zusätzlich zu den 409 Mitarbeitern, die die WHO seit Anfang 2025 verlassen haben. Leistungsorientierte Personalentscheidungen wurden allerdings schnell von einigen als Vergeltungsmaßnahmen und Abrechnungen diffamiert, was den Prozess zusätzlich erschwert.¹⁹ Zusätzlich zum Personalabbau beginnt die WHO, wie andere UN-Organisationen, eine Verlagerung an kostengünstigere Dienstorte wie Lyon (WHO-Akademie für Gesundheitspersonal), Berlin (WHO Global Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence), Dubai (WHO-Logistikzentrum) und Indien (WHO Global Traditional Medicine Centre). Für den Generaldirektor der Organisation sind die notwendigen strukturellen Anpassungen auch ein

Versuch, die WHO wieder auf ihr Kernmandat zu konzentrieren: Gesundheit für alle.

Mit der Streichung der Entwicklungshilfe verlor UNAIDS fast 80 Prozent der Mittel für projektbezogene Ausgaben.

UNAIDS und PEPFAR

Bis 2024 waren HIV/AIDS-Infektionen sowie die damit verbundenen Todesfälle rückläufig. Nach dem Höhepunkt von etwa 3,3 Millionen Neuinfektionen pro Jahr zwischen 1995 und 1997 wurden bis 2024 nur noch 1,3 Millionen gemeldet, was einem Rückgang von 60,61 Prozent über fast drei Jahrzehnte entspricht. Auch die Sterblichkeit



Am 20. Januar 2025 unterzeichnete Donald Trump ein Exekutivdekret mit dem Titel „Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Weltgesundheitsorganisation“, das die Kündigung der WHO-Mitgliedschaft einleitet.

Foto: © MediaPunch, Imago.

ging in etwa zwanzig Jahren um 71,36 Prozent zurück, von 2,2 Millionen im Zeitraum 2004 bis 2005 auf 630.000 im Jahr 2024. Sensibilisierungsprogramme und Öffentlichkeitsarbeit, Programme zur Bekämpfung von Stigmatisierung und vor allem die Entwicklung lebensrettender Therapien und Präventivmedikamente sind die Elemente dieses Erfolgs. UNAIDS war besonders von US-Finanzmitteln abhängig. Mit 111,8 Millionen US-Dollar im Jahr 2024 finanzierten die USA 50 Prozent des UNAIDS-Budgets.²⁰ Mit der Streichung der Entwicklungshilfe verlor UNAIDS fast 80 Prozent seiner Mittel für projektbezogene Ausgaben, welche für die Öffentlichkeitsarbeit, die Überwachung der Infektionsraten und den Stigma-Index verwendet wurden. UNAIDS hat zudem nicht nur mit dem Verlust der eigenen Finanzierung zu kämpfen, sondern auch mit der Ungewissheit über die neuen operativen Rahmenbedingungen von PEPFAR – einer weiteren zentralen Säule im Kampf gegen HIV/AIDS.²¹

Einem Globalen Fonds ohne US-Mittel droht eine Milliardenlücke.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang hatten die Vereinigten Staaten durch PEPFAR, den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und durch ihre Unterstützung von UNAIDS eine unangefochtene Führungsrolle in der weltweiten AIDS-Bekämpfung. Schätzungen zufolge hat PEPFAR mehr als 26 Millionen Menschen gerettet und fast fünf Millionen neue HIV-Infektionen in 55 Ländern verhindert.²²

Als die PEPFAR-Gelder über Nacht eingefroren wurden, führte dies zum Verlust von Arbeitsplätzen für Gesundheitspersonal und zur Schließung von Gesundheitseinrichtungen, zu Unterbrechungen bei Behandlungen sowie zu Einschränkungen bei Test- und Präventionsdienstleistungen. Derzeit schätzt UNAIDS, dass eine dauerhafte Einstellung der von PEPFAR unterstützten HIV-Programme zwischen 2025 und 2029 zu 6,6 Millionen zusätzlichen HIV-Neuinfektionen

und 4,2 Millionen zusätzlichen AIDS-bedingten Todesfällen führen würde.²³

Nach Monaten der Ungewissheit, ob PEPFAR überhaupt fortgesetzt werden würde und auf welcher Ebene, wurde es plötzlich als Flaggschiff der neuen globalen Gesundheitsstrategie „America First“ gepriesen, die im September 2025 ins Leben gerufen wurde. Die vollständige Umleitung der PEPFAR-Unterstützung von NGOs zu Regierungen und die Streichung von technischen Unterstützungs- und Überwachungsprogrammen lassen jedoch viele Fragen offen. Zweifellos wird PEPFAR jedoch im Sinne von „America First“ als Druckmittel gegenüber den Empfängern eingesetzt werden.

Gavi und der Globale Fonds

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Malaria, HIV/AIDS und Tuberkulose, der 2024 von PEPFAR 1,65 Milliarden US-Dollar für seine HIV/AIDS-Programme und insgesamt etwa ein Drittel der Mittel für seine Aktivitäten aus den USA erhielt, musste sich ebenfalls an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Im aktuellen Finanzierungszyklus 2024 bis 2026 musste er bereits verplante Mittel um 1,43 Milliarden US-Dollar (elf Prozent des Budgets) kürzen.

Damit weist der aktuelle siebte Finanzierungszyklus des Globalen Fonds eine Finanzierungslücke von 2,3 Milliarden US-Dollar auf und es scheint, dass die Beiträge privater und philanthropischer Stiftungen diese Lücke nicht schließen können. Die überwiegende Mehrheit der mehr als 100 Länder, in denen der Globale Fonds tätig ist, wird Kürzungen der Mittel um zehn Prozent hinnehmen müssen. Länder wie Südafrika, in denen ausreichende nationale Ressourcen mobilisiert werden könnten, müssen mit einer Kürzung der Mittelzuweisungen aus dem Globalen Fonds um 16 Prozent rechnen.²⁴ Der 8. Wiederauffüllungsgipfel des Globalen Fonds, der strategisch am Rande des G20-Gipfels in Südafrika am 21. November stattfand, brachte jedoch eine positive Überraschung seitens der USA. Obwohl dies im dem Kongress vorgelegten Haushaltsentwurf nicht einmal erwähnt wurde, sagten die USA

4,6 Milliarden US-Dollar zu und behielten ihre Zusagequote bei, wonach der Globale Fonds für jeden gespendeten US-Dollar zwei weitere US-Dollar von anderen Gebern einwerben muss.

Seit der Gründung des Globalen Fonds im Jahr 2002 ist die Zahl der durch Malaria verursachten Todesfälle um 29 Prozent zurückgegangen, obwohl die Bevölkerung in den vom Fonds unterstützten Ländern um 43 Prozent gewachsen ist. Es ist jedoch zu erwarten, dass Klimawandel, Konflikte, Resistenzen gegen Insektizide und nun fehlende Finanzierung diesen fragilen Fortschritt in einigen der am stärksten betroffenen Gebiete gefährden werden.²⁵

Auch die Impfallianz Gavi versucht, Mittel für ihren aktuellen Wiederauffüllungszyklus und ihr Spendenziel von 11,9 Milliarden US-Dollar zu mobilisieren. Angesichts des Gegenwinds aus Washington hatte Gavi sogar ihren für März geplanten Global High Level Summit auf Ende Juni 2025 verschoben. Es war sicherlich keine Überraschung, dass die USA ihre Unterstützung zurückzogen und der vorab aufgezeichnete Redebeitrag des US-Gesundheitsministers Robert F. Kennedy Jr. zu einer harten Zurechtweisung von Gavi wurde, in der er die Sicherheit von Impfstoffen infrage stellte und verlautbarte, die USA würden sich erst dann wieder an Gavi beteiligen, wenn die Impfallianz „das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückgewonnen“²⁶ habe.

Die internationale Staatengemeinschaft zeigte jedoch eine außergewöhnliche Solidarität mit Gavi und sagte mehr als 9 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung des nächsten fünfjährigen Strategieplans (2026 bis 2030) zu. Die Gates Foundation steuerte zusätzlich 1,6 Milliarden US-Dollar bei und Indonesien, ein ehemaliger Empfänger von Gavi-Unterstützung, leistete einen Beitrag von 13 Millionen US-Dollar.

Trotzdem bleiben die Herausforderungen auch für Gavi bestehen. Das Erreichen des Impfziels für 2030, eine Durchimpfungsrate von 90 Prozent für Diphtherie-Tetanus-Pertussis, Masern und Pneumokokken, wird immer schwieriger. Bislang haben nur 18 von 204 Ländern diese

Quote geschafft. Um die Impfziele zu erreichen, braucht es das Engagement der Gemeinschaft und maßgeschneiderte, kulturell angemessene Strategien zur Verbesserung des Vertrauens in Impfstoffe. All dies sind Bereiche, in denen die Mittel aufgrund von Kürzungen der allgemeinen Entwicklungshilfe knapp werden.

Investitionen in die globale Gesundheit haben der US-Wirtschaft Vorteile gebracht.

Verlust der US-Spitzenposition in der globalen Gesundheitsforschung und -entwicklung

Jahrzehntlang investierte die US-Regierung in biomedizinische Innovationen zur Entwicklung neuer Impfstoffe, innovativer Behandlungsmethoden und bahnbrechender Gesundheitstechnologien. Diese haben Millionen Menschen in den USA und auf der ganzen Welt das Leben gerettet und verbessert. So wurden seit 1999 67 neue Gesundheitstechnologien für vernachlässigte und neu auftretende Krankheiten zugelassen, darunter zwölf neue Produkte für Ebola, elf für Malaria und zwölf für Tuberkulose, bei der eine alarmierende Ausbreitung resistenter Stämme zu beobachten ist. Jenseits der positiven Wirkungen auf die Gesundheit haben diese Investitionen der US-Wirtschaft erhebliche Vorteile gebracht. Zwischen 2007 und 2022 wurden mindestens 86 Prozent aller Mittel, die die US-Regierung für globale Gesundheitsforschung und -entwicklung bereitgestellt hat, in US-amerikanische Unternehmen und Institutionen reinvestiert. Diese Investitionen haben schätzungsweise 600.000 neue Arbeitsplätze in den USA geschaffen, direkte wirtschaftliche Aktivitäten in Höhe von 104 Milliarden US-Dollar angeregt und wissenschaftliche Erkenntnisse hervorgebracht, die weitere Innovationen inspirierten.²⁷

Die Axt der neu geschaffenen Regierungseffizienzbehörde DOGE und der Ansatz „Make



Zukunft ungewiss: In New York protestieren Anfang 2025 Menschen gegen die Kürzungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und lebenswichtiger Dienste. Betroffen war auch PEPFAR – ein Hilfsprogramm der USA zur Bekämpfung von HIV/AIDS. Mittlerweile scheint sicher, dass das Programm erhalten bleibt, die operativen Rahmenbedingungen aber bleiben unklar. Foto: © NurPhoto, Imago.

America Healthy Again (MAHA)“ brachten nicht nur für die CDC, sondern auch für die National Institutes of Health (NIH) und die Food and Drug Administration (FDA) drastische Veränderungen mit sich. Laufende Forschungsprojekte wurden aus der staatlichen Finanzierung gestrichen, der Zugang zu bislang öffentlichen Daten wurde blockiert und Tausende von Arbeitsverträgen wurden gekündigt, darunter auch Führungspositionen der

CDC. Bislang haben die CDC etwa ein Viertel ihrer Mitarbeiter verloren, etwa 3.000. Die FDA musste rund 3.500 Stellen abbauen und die NIH verloren 1.200 Stellen.²⁸

Aber damit nicht genug: Die USA, einst ein führender Akteur im Bereich der globalen Gesundheit, haben nicht nur eine große Lücke hinterlassen, sondern sind auch zu einer Quelle von Fehlinformationen geworden. Obwohl das

Land eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen über die aktualisierten IGV gespielt hatte, die 2024 von der WHA verabschiedet wurden, behaupteten sowohl US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. als auch US-Außenminister Marco Rubio fälschlicherweise, dass die IGV-Änderungen „die Befugnisse der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Bezug auf internationale Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit erheblich ausweiten [...] und] einen unangemessenen Einfluss auf unsere nationalen Gesundheitsmaßnahmen haben“ würden.²⁹ Weder die IGV noch das neu ausgehandelte Pandemieabkommen, das die USA nicht unterzeichnen werden, beeinträchtigen die souveränen Entscheidungsprozesse eines Landes bei der Bekämpfung von Epidemien oder Pandemien.

Wie lässt sich die Finanzierungslücke schließen?

Im Bereich der globalen Gesundheit droht der internationalen Gemeinschaft der Abbau von drei Jahrzehnten beispiellosen Fortschritts. Der drastische Rückgang der US-Auslandshilfe fällt mit allgemeinen Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit anderer Geber zusammen. Traditionelle Geber wie das Vereinigte Königreich haben ihr Budget für Auslandshilfe 2025 um 40 Prozent gekürzt.³⁰

Mit dem Rückzug der USA hat Deutschland eine neue Führungsrolle im Bereich der globalen Gesundheit übernommen.

Als die USA ihren Austritt aus der WHO proklamierten, kündigte China einen zusätzlichen WHO-Finanzierungsbeitrag von 500 Millionen US-Dollar an und stimmte einer Erhöhung der Beitragszahlungen um 20 Prozent zu. Damit wird Chinas Beitragszahlung an die WHO das bisherige Niveau der USA erreichen.³¹ Allerdings

hat China generell wenig Interesse daran, die US-Auslandshilfe zu ersetzen. Die chinesische Auslandshilfe belief sich 2024 auf 3,46 Milliarden US-Dollar³² und lag damit nicht einmal in der Nähe der 63,3 Milliarden US-Dollar der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) der USA.³³ Außerdem werden 85 Prozent der chinesischen Entwicklungsfinanzierung als Schulden (marktübliche Kredite und Exportkredite) und nicht als Hilfe vergeben.³⁴ Trotz der zunehmenden Kritik im eigenen Land, dass Gelder im Ausland und nicht national ausgegeben werden, könnte China dennoch auf die bereits etablierte „Gesundheits-Seidenstraße“ und seine Kanäle der Gesundheitsdiplomatie setzen.³⁵ Auf jeden Fall wird die chinesische Regierung die Gelegenheit nutzen, sich als der moralisch überlegene und zuverlässigere Partner für Entwicklungsländer zu präsentieren.

Auf dem afrikanischen Kontinent sind vermehrt Stimmen zu hören, die in der Krise eine Chance für eine Reform der globalen Gesundheitsarchitektur und darüber hinaus sehen. Vom ghanaischen Präsidenten Mahama wurde während der UN-Generalversammlung im September 2025 die Accra Reset Initiative lanciert, welche neben einem Gremium der Staats- und Regierungschefs aus Afrika, Asien und Lateinamerika auch ein hochrangiges Beratergremium bestehend aus Gesundheits- und Finanzexperten sowie Vertretern des Privatsektors vorsieht. Die bisherigen Beziehungen zwischen Geber- und Empfängerstaaten sollen durch diese Initiative neu definiert und von beiderseitigen Rechenschaftspflichten und Verantwortlichkeiten geprägt werden (*mutual accountability*).

Der Leiter der Africa CDC, Jean Kaseya, ging während der Herbsttagung von IWF und Weltbank sogar noch weiter und stellte mit dem Argument, dass 60 Prozent der bisherigen Unterstützung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern aufgrund fehlender Governance-Strukturen und Koordination ohne Wirkung blieben, den gesamten entwicklungspolitischen Ansatz infrage. Der sich daraus ergebenden Frage, welche Verantwortung dabei Regierungseliten in den Empfängerländern

tragen, blieb er in seiner Argumentation allerdings eine Antwort schuldig.

Trotz aller Reforminitiativen blicken sowohl traditionelle Geber im Bereich der globalen Gesundheit als auch Entwicklungsländer vor allem auf Deutschland. Das Land ist seit Langem nicht nur im Bereich der öffentlichen Gesundheit weltweit führend, sondern prägt auch die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich in Foren wie der G7 und der G20. Zudem hat sich Deutschland zu einer Drehscheibe für globale Gesundheitsinitiativen entwickelt.³⁶ Mit dem Rückzug der USA hat Berlin eine neue Führungsrolle im Bereich der globalen Gesundheit übernommen. Obwohl Deutschlands Engagement in wichtigen Organisationen des globalen Gesundheitsökosystems (beispielsweise Gavi, Global Fund, Pandemic Fund) unübertroffen ist, kann dies nicht für sich allein stehen. Es muss mit bilateraler Entwicklungshilfe einhergehen, die die Defizite in den nationalen Gesundheitssektoren wie auch die sozioökonomischen und ökologischen Einflussfaktoren von Gesundheit adressiert.

Die sukzessive Einstellung bilateraler Gesundheitsprojekte in einer Zeit, in der die Partnerländer mit den finanziellen Zwängen einer Mehrfachkrise konfrontiert sind, ist falsch. Multilaterale Initiativen erfordern solide nationale Gesundheitsinstitutionen und Umsetzungskapazitäten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure bis hinunter auf die lokale Ebene. Die nationalen Regierungen in den Entwicklungsländern müssen erkennen, dass Gesundheit nicht nur ein soziales Gut ist, sondern auch ein Schlüsselement für Produktivität und Wirtschaftswachstum. Geberländer sollten globale Gesundheit nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Solidarität und Entwicklungshilfe betrachten, sondern als eine Frage des gegenseitigen Interesses und der globalen Interdependenz. In Zeiten des Klimawandels, vernetzter Volkswirtschaften und erhöhter Mobilität der Menschen können Krankheiten wie Cholera, Ebola und Mpox leicht Grenzen überschreiten, während tropische Krankheiten wie Malaria und Chikungunya aufgrund sich verändernder Wetterbedingungen

auch in der nördlichen Hemisphäre immer häufiger auftreten.

Das Engagement für die globale Gesundheit ist ebenso eine Frage der menschlichen wie der wirtschaftlichen Sicherheit. Nichts hat dies so dramatisch gezeigt wie die COVID-19-Pandemie.

- 1 United Nations System Chief Executive Board for Coordination (UNSCEB) 2025: Revenue by Government donor, in: <https://ogy.de/nuvd> [30.09.2025].
- 2 Ostheimer, Andrea Ellen 2025: Was eine zweite Trump-Administration für den Multilateralismus per se und insbesondere das internationale Genf bedeuten könnte, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 13.01.2025, S. 6., in: <https://ogy.de/wc4u> [30.09.2025].
- 3 Kates, Jennifer / Rouw, Anna / Oum, Stephanie 2025: U.S. Foreign Aid Freeze & Dissolution of USAID: Timeline of Events, Kaiser Family Foundation, 24.10.2025, in: <https://ogy.de/s81d> [28.10.2025].
- 4 DeSilver, Drew 2025: What the data says about U.S. foreign aid, Pew Research Center, 06.02.2025, in: <https://ogy.de/b4fv> [30.09.2025].
- 5 Cavalcanti, Daniella Medeiros et al. 2025: Evaluating the impact of two decades of USAID interventions and projecting the effects of defunding on mortality up to 2030: a retrospective impact evaluation and forecasting analysis, *The Lancet* 406: 10500, 19.07.2025, S. 283–294, in: <https://ogy.de/ccpn> [28.10.2025].
- 6 Lei Ravelo, Jenny 2025: With US funding loss, WHO forced to make 'terrible' programmatic choices, *Devex*, 18.03.2025, in: <https://ogy.de/8orx> [30.09.2025].
- 7 The White House 2025: Withdrawing the United States from the World Health Organization, 20.01.2025, in: <https://ogy.de/or9d> [30.09.2025].
- 8 UNSCEB 2025, N. 1.
- 9 Die in den 1980er-Jahren gegründete Globale Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung (GPEI) agiert als Kooperation zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), UNICEF, Rotary International, der Impfallianz Gavi, der Gates Foundation und der U.S. Centers for Disease Control and Prevention (CDC).
- 10 Lei Ravelo, Jenny 2025: US decision to cut ties with WHO hurting polio eradication efforts, *Devex*, 10.02.2025, in: <https://ogy.de/di65> [30.09.2025].
- 11 International Health Regulations Emergency Committee 2025: Statement of the Forty-second meeting of the Polio IHR Emergency Committee, WHO, 28.07.2025, in: <https://ogy.de/ojsk> [30.09.2025].
- 12 Emanuel, Gabrielle 2025: The Global Measles Laboratory is 'under severe threat of collapse' as U.S. pulls funding, *National Public Radio*, 20.03.2025, in: <https://ogy.de/ehs3> [30.09.2025].
- 13 WHO 2024: Measles cases surge worldwide, infecting 10.3 million people in 2023, 14.11.2024, in: <https://ogy.de/dp6d> [30.09.2025].
- 14 Ebd.
- 15 Die WHO-Stiftung wurde 2020 ins Leben gerufen, um es vor allem dem Privatsektor einfacher zu machen, die Arbeit der WHO, welche auf ihre Integrität und Unabhängigkeit achten muss, zu unterstützen.
- 16 Branswell, Helen 2025: Philanthropies rush to save measles surveillance network pushed to brink of collapse by U.S. cuts, *STAT News*, 09.06.2025, in: <https://ogy.de/rhdt> [30.09.2025].
- 17 WHO 2025: In historic move, WHO Member States approve 20% funding increase and 2026–27 budget, 20.05.2025, in: <https://ogy.de/h62l> [30.09.2025].
- 18 Clancy, Dawn 2025: Der WHO fehlen Milliarden – hilft Finanzierung durch Private?, *SWI swissinfo.ch*, 29.07.2025, in: <https://ogy.de/2nwp> [28.10.2025].
- 19 Fletcher, Elaine Ruth 2025: WHO Junior Staff at Risk as Pressure Mounts to Protect Top Jobs In Budget Cuts, *Health Policy Watch*, 26.08.2025, in: <https://ogy.de/d9ny> [30.09.2025].
- 20 UNAIDS Programme Coordinating Board 2025: 2024 Financial report and audited financial statements, UNAIDS/PCB (56)/25.11, 27.05.2025, in: <https://ogy.de/d7ha> [30.09.2025].
- 21 PEPFAR ist der US-Notfallplan zur Bekämpfung von HIV/AIDS, der 2003 von US-Präsident George W. Bush ins Leben gerufen wurde.
- 22 PEPFAR / U.S. Department of State 2024: Latest Global Results & Projections Factsheet, 01.12.2024, in: <https://ogy.de/sytd> [30.09.2025].
- 23 UNAIDS 2025: About the impact of US funding cuts on the global HIV response, in: <https://ogy.de/eadt> [30.09.2025].
- 24 Green, Andrew 2025: Global Fund plans to cut \$1.4 billion from grants it has already awarded, *European AIDS Treatment Group*, 10.07.2025, in: <https://ogy.de/j4t8> [30.09.2025].
- 25 Jefford, Kasmira 2025: Global Fund boss warns aid cuts jeopardise progress against malaria, *Geneva Solutions*, 10.09.2025, in: <https://ogy.de/xr1k> [30.09.2025].
- 26 Cullinan, Kerry / Fletcher, Elaine Ruth 2025: GAVI Vaccine Alliance Secures More than \$9 Billion from Donors – Despite US Ambush at Pledging Event, *Health Policy Watch*, 25.06.2025, in: <https://ogy.de/o7on> [30.09.2025].
- 27 Global Health Technologies Coalition (GHTC) / Policy Cures Research 2024: New Report Finds Public Spending on Global Health Innovation Delivers Blockbuster Returns, Saving Lives While Generating Billions of Dollars in Benefits Globally and Domestically, 14.03.2024, in: <https://ogy.de/3h70> [30.09.2025].
- 28 Lovelace, Berkeley et al. 2025: Widespread job cuts begin at health agencies, *NBC News*, 01.04.2025, in: <https://ogy.de/bbra> [30.09.2025].
- 29 U.S. Department of Health and Human Services 2025: Joint Statement by Secretary of Health and Human Services Robert F. Kennedy, Jr. and Secretary of State Marco Rubio on International Health Regulations Amendments, 18.07.2025, in: <https://ogy.de/h8ik> [30.09.2025].
- 30 Landale, James / Graham, Chris 2025: Africa to be hit hard as UK foreign aid cuts revealed, *BBC*, 23.07.2025, in: <https://ogy.de/k9qu> [30.09.2025].
- 31 Fletcher, Elaine Ruth 2025: China's 2026 WHO Fee Could Match US Levels Today – But Beijing Resists Planned Increase, *Health Policy Watch*, 10.02.2025, in: <https://ogy.de/zyjz> [30.09.2025].
- 32 China Africa Reseach Initiative 2025: Data: Chinese Global Foreign Aid, 2003–2024, in: <https://ogy.de/74ay> [30.09.2025].
- 33 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2025: International aid falls in 2024 for first time in six years, says OECD, 16.04.2025, in: <https://ogy.de/6uq0> [30.09.2025].
- 34 Custer, Samantha / Burgess, Bryan / Sritharan, Narayani 2024: Into the Breach: Will China Step Up as the U.S. Retreats on Global Development?, *Policy Brief*, 03/2025, S. 5, in: <https://ogy.de/ck2l> [30.09.2025].
- 35 Ebd., S. 21 f.
- 36 Lingenthal, Lukas 2025: Plötzlich in Führung – Deutschlands neue Rolle in der Globalen Gesundheit, in: *Analysen & Argumente* 554, Konrad-Adenauer-Stiftung, 31.07.2025, in: <https://ogy.de/9g1f> [30.09.2025].

ISSN 0177-7521
41. Jahrgang
Ausgabe 4|2025



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
auslandsinformationen@kas.de
www.auslandsinformationen.de
www.fb.com/internationalreports
www.x.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Jan Cernicky
Christian Echle
Florian C. Feyerabend
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Dr. Christian Hübner
Caroline Kanter
Dr. Christina Krause
Christoph Plate
Hendrik Sittig
Dr. Thomas Volk
Fabian Wagener
Dr. Jan Woischnik
Daphne Wolter

Redaktionelle Betreuung:
Magdalena Falkner

Unter Mitwirkung von:
Marie Rössel, Leonie Schade, Georg Tannen
und Fabian Wiesnet

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die
Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-,
Landtags- und Kommunalwahlen sowie für
Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger.
Für Schüler und Studenten wird ein Sonder-
rabatt gewährt. Für weitere Informationen und
Bestellungen wenden Sie sich bitte an:
auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Donald Trump umarmt die Flagge der USA,
nachdem er eine Rede auf der Conservative
Political Action Conference (CPAC) im Februar
2020 beendet hat.
© UPI Photo, Imago.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Oliver Seifert, Weimar

Gestaltung/Satz:
sustentio GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock



natureOffice.com/DE-324-YNDY8YT

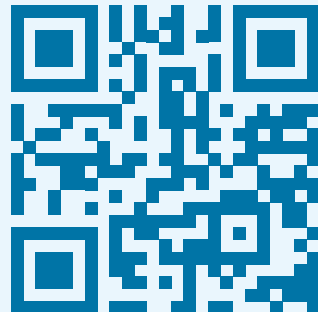
CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach
DIN ISO 12647-2 gedruckt.

**Ihre Meinung
ist uns wichtig!**



Was haben Sie von
dieser Ausgabe zur **neuen**
US-Außenpolitik
gehalten?

Scannen Sie den QR-Code und
lassen Sie es uns wissen.



<https://ogy.de/rq4w>

AUSLANDSINFO

SPOTLIGHT

Der Außenpolitik-Podcast der Konrad-Adenauer-Stiftung

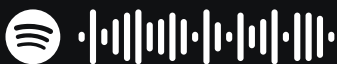
In unserem Auslandsinfo-Podcast hören wir uns in der Welt um. Wo stehen Wahlen an? Welche Entwicklungen müssen wir auf dem Schirm haben? Was könnte die Sicherheit einer Region gefährden?

Wir sprechen mit Expertinnen und Experten und beleuchten Zusammenhänge – auch in Staaten, die hierzulande selten im Fokus stehen. Wir fragen nach wichtigen Details und behalten den Blick fürs Ganze.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt mit rund 100 Auslandsbüros über ein großes Netzwerk an globaler Expertise. Diese bringen wir mit dem Auslandsinfo-Podcast zu Ihnen – informativ und kurzweilig.

**Abonnieren Sie uns
überall dort, wo es
Podcasts gibt.**

z. B. bei Spotify



Magdalena Falkner

Rana Taskoparan



auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo